

**32. Bautzen-Forum  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
9.–10. September 2021**



# Die DDR in den 1970er und 1980er Jahren

## Stabilisierung, Erstarrung, Verfall

32. Bautzen-Forum

**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**

Landesbüro  
Sachsen

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung  
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

In Zusammenarbeit mit  
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



ISBN 978-3-98628-038-3



## **Die DDR in den 1970er und 1980er Jahren Stabilisierung, Erstarrung und Verfall**

32. Bautzen-Forum  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Landesbüro Sachsen

9. und 10. September 2021

DOKUMENTATION

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der  
Friedrich-Ebert-Stiftung

## 32. BAUTZEN-FORUM 9. UND 10. SEPTEMBER 2021

**EINLEITUNG** 6  
Matthias Eisel

### GRUSSWORTE

Alexander Latotzky 9

Hanka Kliese 13

Dr. Robert Böhmer 16

**VORTRAG** 21  
SED-Diktatur im Wandel? Die DDR in der Ära Honecker  
Prof. Dr. Hermann Wentker

**PODIUMSGESPRÄCH** 40  
Die Ostpolitik Willy Brandts, das Ringen der DDR um internationale  
Anerkennung und die damit einhergehende Destabilisierung der Macht  
der SED  
Dr. Nancy Aris, Prof. Dr. Peter Brandt, Markus Meckel,  
Walter Momper  
Moderation: Pia Heine

**GESPRÄCH** 69  
Meine Ausbürgerung am 16. November 1976 als Zäsur und  
folgeschwere Machtprobe der SED  
Wolf Biermann  
im Gespräch mit Anne Hähnig

**PODIUMSGESPRÄCH** 88

Nischengesellschaft DDR? Die schweigende Mehrheit, eine wachsende  
Opposition und die Härte des Überwachungsapparates für den  
Machterhalt der SED in den 1980er Jahren  
Dr. Jessica Bock, Prof. Dr. Rainer Eckert, Petra Morawe,  
Peter Wensierski  
Moderation: Claudia Euen

**PODIUMSGESPRÄCH** 118

Generation 1975: mit 14 ins neue Deutschland  
Markus Achtelik, Dr. Sarah Bornhorst, Katharina Franke,  
Stefan Krauss  
Moderation: Silke Klewin

**KONZERT** 136

Wolf Biermann

**ANDACHT** 138

auf dem Karnickelberg  
Pfarrer Christian Tiede

Referent\_innen des 32. Bautzen-Forums 141

Bautzen-Foren im Überblick 143

Impressum 146

## EINLEITUNG

Matthias Eisel

„Die DDR in den 1970er und 1980er Jahren – Stabilisierung, Erstarrung und Verfall“ hatten wir unser 32. Bautzen-Forum am 9. und 10. September 2021 überschrieben. Es liegt nahe, sich diesen Zeitraum zusammen zu betrachten, steht er doch gleichermaßen auch für die Ära von SED-Chef Erich Honecker. Diese beiden Dekaden, die zweite Hälfte der SED-Herrschaft, die anfänglich noch mit Hoffnungen und verhaltenem Aufbruch verbunden waren, reichen zudem bis zum Ende der DDR 1989 im Herbst der Friedlichen Revolution.

Spätestens die Ausbürgerung von Wolf Biermann im November 1976 aber zeigte ganz deutlich, dass Honecker und die SED nach dem Tod Walter Ulbrichts trotz gewisser Zugeständnisse gerade im Kunst- und Kulturbereich weit davon entfernt waren, wirklich den Spielraum zu erweitern oder gar den alleinigen Machtanspruch der SED in irgendeiner Weise antasten zu lassen. So wurde 1968 in der benachbarten ČSSR der Prager Frühling mithilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen.

Unser Forum schaute darauf, wie diese Machtsicherung der SED in der zweiten Hälfte der DDR funktionierte – wie sich über die Jahre eine Mehrheit mit dem System arrangiert und eingerichtet hatte und dass die SED gerade zu Beginn der 1970er auf einzelne sozialpolitische Maßnahmen setzte, die darauf zielten, die Bevölkerung trotz aller überdrüssigen Propaganda und Indoktrination in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zufriedener zu stellen.

Dazu gehörten immer wieder auch Anstrengungen für ein verbessertes Konsumgüterangebot, das aber mit den Verlockungen des benachbarten Westens am Ende doch nie mithalten konnte. Damit verbunden war beispielsweise ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm, das allerdings einseitig auf den Bau von immer neuen Plattenbausiedlungen und Trabantenstädten an den Peripherien der großen Städte setzte, dabei aber den Erhalt und die Sanierung von Bestandsbauten derart vernachlässigte, dass die Innenstädte und Altbauquartiere fortwährend verfielen. Der Volksmund nannte das: „Ruinen schaffen ohne Waffen.“

Nebenbei gesagt, um diesen Verfall zu stoppen, starteten die SED und die FDJ in den 1980ern die Initiative „Dächer dicht“. Die Bevölkerung war aufgerufen, in Eigeninitiative die massenhaft kaputten Dächer ihrer Miethäuser zu reparieren, was viele wegen der drängenden Wohnungsnot auch gern getan hätten. Weil aber selbst dafür das nötige Baumaterial und Baugerüste fehlten, wurde daraus nichts oder je-



denfalls nicht viel. Vielleicht hätte geholfen, wenn Erich Honecker selbst mit Hand angelegt hätte, denn der hatte immerhin als junger Mann im Saarland eine Dachdeckerlehre begonnen. So aber musste man sich – und das kennen viele Ostdeutsche noch gut – damit behelfen, auf den Dachböden an undichten Stellen irgendwelche Schüsseln und alte Badewannen aufzustellen, um Regenwasser aufzufangen und Schäden zu begrenzen.

Wolf Biermann hatte ich bereits erwähnt. Seine Teilnahme an diesem Bautzen-Forum und sein Konzert am Abend im ehemaligen Zellentrakt von Bautzen II, der heutigen Gedenkstätte, waren sehr beeindruckend. Im Forum sprach er über seine Zeit als verbotener Liedermacher in der DDR, sein berühmtes Kölner Konzert am 13. November 1976, seine Ausbürgerung und die Folgen für ihn und die DDR. Biermanns Ausbürgerung und die Proteste prominenter DDR-Künstler\_innen stellten eine Zäsur dar und führten zu einer folgenschweren Machtprobe auch für die SED, die in ihren Wirkungen kaum zu überschätzen ist.

Natürlich gab es viele andere Menschen, Künstler\_innen, Sportler\_innen, Kirchenleute, die das System gleichermaßen herausgefordert haben, die den Repressalien der SED ausgesetzt waren oder verfolgt wurden. Die aber konnten kaum auf mediale

Aufmerksamkeit im Westen und damit einen gewissen Schutz hoffen. Viele dieser Mutigen konnten wir mit ihren Geschichten bei den über 30 Bautzen-Foren kennenlernen, ob auf unseren Podien oder im Saal.

Mich persönlich, als Oberschüler in Leipzig, hatte Mitte der 1970er Jahre das Verbot der Leipziger Rockband Klaus-Renft-Combo und ihres Texters Gerulf Pannach tief erschüttert. Obwohl meine Altersgenoss\_innen und ich vor allem auf englische und amerikanische Rockmusik standen, war ich auch ein großer Fan dieser Leipziger Band, kannte fast alle Songs auswendig und war nach Möglichkeit bei ihren Konzerten in Leipzig und Umgebung dabei. Viele ihrer Lieder liefen anfänglich im DDR-Rundfunk. Es gab auch zwei heute noch legendäre Amiga-Schallplatten. Renft, wie sich die Band dann nannte, saß immer ein wenig zwischen den Stühlen: nicht so opportunistisch wie beispielsweise die geschmeidigen Puhdys; anderen wiederum war die Band nicht konsequent und radikal genug. Als die Gruppe Renft bei ihren Live-Konzerten dann aber ganz unverstellt über DDR-Tabuthemen wie Republikflucht und Wehrdienstverweigerung sang, kannte die SED keine Gnade mehr. Die inzwischen sehr populäre Band erhielt Berufsverbot, die Musiker wurden inhaftiert, in den Westen abgeschoben oder durften über Jahre nicht mehr in der DDR auftreten. Das war 1975. Ein Jahr vor der Ausbürgerung von Wolf Biermann. In dieser Dokumentation werden Sie durchweg sehr interessante Vorträge, Beiträge und Diskussionen nachlesen können. Dafür bedanke ich mich noch einmal sehr herzlich bei unseren Gesprächsgästen. Um nicht in Eigenlob zu verfallen, zitiere ich besser das MDR-Fernsehen, das in seiner Berichterstattung dieses Bautzen-Forum „eine hochkarätige Veranstaltung“ nannte.

Der einführende Vortrag von Hermann Wentker lautete etwa „Die DDR im Wandel? Die DDR in der Ära Honecker“. Ein Podium fragte nach den Wirkungen der neuen Ostpolitik der Bundesregierung von Kanzler Willy Brandt und dem unbändigen Bemühen der SED um internationale Anerkennung. Brandts neue Ostpolitik des „Wandels durch Annäherung“ und die damit zumindest in eine Richtung durchlässigere Mauer führten langfristig zu Aufweichung und Destabilisierung des SED-Regimes. Dazu diskutierten unter anderem Walter Momper, Regierender Bürgermeister von Berlin a. D., Markus Meckel als Bürgerrechtler, SDP-Gründer und letzter Außenminister der DDR und der renommierte Historiker Prof. Dr. Peter Brandt.

Spannend waren auch die Runden zum widerspruchreichen Thema „Nischengesellschaft DDR“ und die Präsentation eines Interviewprojekts, das Frauen und Männer der Generation 1975 aus Ost und West (die zum Mauerfall 14-Jährigen) nach ihren Perspektiven auf die jüngere deutsche Geschichte fragte.



## GRUSSWORT

Alexander Latotzky

Liebe Kamerad\_innen, verehrte Anwesende, es ist schön, so vielen Freund\_innen wieder direkt gegenüberzustehen und auch in ihren Augen die Freude darüber sehen zu können. Nicht nur wir als Bautzen-Komitee haben unter den Folgen der Pandemie gelitten. Auch bei uns fanden fast alle Gedenkveranstaltungen, wenn überhaupt, nur im kleinsten Rahmen und mit Abstand statt. Dass sie trotzdem aber nicht ganz ausgefallen sind, dafür bedanke ich mich von ganzem Herzen bei meinen Mitstreiter\_innen hier vor Ort.

Ich bemühe mich aber immer, stets auch das Positive zu sehen, und das hat es in dieser Pandemie auch gegeben. Opferverbände und Gedenkstätten waren plötzlich dabei, neue Wege zu gehen, und haben unter anderem verstärkt das Internet entdeckt.

Überall finde ich auf Plattformen wie YouTube plötzlich kleine Filme und Zeitzeug\_innenberichte, die sich mit den sowjetischen Lagern und den Gefängnissen der DDR befassen.

Auch wir sind in die Offensive gegangen, unser Bautzen-Komitee soll endlich wieder mehr in das öffentliche Bewusstsein der Bevölkerung gebracht werden. Orte wie das Gräberfeld „Karnickelberg“ sollten nicht weiterhin nur an den wenigen Gedenktagen besucht werden, sondern aktiv in das Alltagsleben einbezogen werden. Mit dem Staatswissenschaftler Ulrich Ingenlath und in Zusammenarbeit mit der Stadt Bautzen und dem Tourismusbüro bemühen wir uns, und das ist, so denke ich, auch schon ganz gut gelungen.

So bietet das Tourismusbüro seit diesem Sommer unter dem recht harmlos klingenden Titel „Wildromantischer Spaziergang durch das Spreetal, zum ehemaligen Speziallagergebiet“ Touren an, die Herr Ingenlath anführt und die durch kurze szenische Lesungen oder Darstellungen von Haftschicksalen immer wieder unterbrochen werden. Der Spaziergang endet auf dem Karnickelberg mit einem Gang über das Gräberfeld und der Besichtigung der Kapelle. Hier erfahren die Teilnehmer\_innen alte und neue Fakten über die Geschichte des Lagers.

Eine andere Tour beginnt in der Gedenkstätte Bautzen und führt zunächst durch die Speziallagerausstellung. Mit dem eigenen PKW, Fahrrad oder Bus fahren die Teilnehmer\_innen dann zum Karnickelberg, wo sie die Kapelle und Ausstellung besichtigen sowie weitere Informationen zum Areal des Speziallagers und zu geplanten Suchgrabungen nach den Toten des Lagers erfahren. Im Anschluss besteht noch die Möglichkeit zur Andacht in der Kapelle.

Und Sie werden es nicht glauben, diese Führungen werden gebucht, das Interesse ist vorhanden, es muss eben nur erst geweckt werden. Für Schulen, Universitäten und Bildungseinrichtungen sind diese Touren übrigens kostenlos. Die wollen wir ganz gezielt dafür interessieren. Und natürlich arbeitet auch Herr Ingenlath nicht umsonst. Ihn bezahlen wir aus unseren Spendengeldern und mit Unterstützung der Sächsischen Landesbeauftragten Nancy Aris, mit der wir ebenso erfolgreich und gut zusammenarbeiten wie zuvor mit ihrem Vorgänger Lutz Rathenow, der dieses Jahr in den Ruhestand ging.

Aber es finden nicht nur Führungen statt, auch Konzerte soll es geben. Noch in diesem Jahr sollen Besucher damit auf den Karnickelberg gelockt werden, wo sie dann automatisch mit der Geschichte des Ortes konfrontiert werden. So findet schon am kommenden Wochenende das Konzert eines Streichquartetts statt. Und für die Adventszeit sind Konzerte der Bautzener Musikschule beschlossen. All diesen Aktionen finden natürlich unter Beachtung der Würde des Ortes statt und wir hoffen, un-

ser Komitee so aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken. Ob wir damit Erfolg haben, wird sich zeigen, aber eine Alternative haben wir nicht.

Schön wäre es, wenn wir für diese Aktionen auch immer die notwendige Unterstützung finden würden. Dass das leider nicht immer der Fall ist, will ich Ihnen kurz an einem Negativbeispiel aufzeigen. Meine Tochter ist Referendarin an einer Schule in Berlin. Zusammen mit einer Kollegin hat sie im Kunstunterricht ein Projekt entworfen, bei dem den Schüler\_innen am Beispiel von Wieland Förster und Wilhelm Sprick die künstlerische Verarbeitung der Hafterlebnisse vermittelt werden sollte. Beide sind nach ihrer Entlassung aus der Haft international bekannte und anerkannte Künstler geworden. Wilhelm Sprick hat seine Hafterlebnisse in bewegenden Bildern verarbeitet, die Sie unter anderem in der Kapelle auf dem Karnickelberg sehen können. Von Wieland Förster, der später mit Kunstpreisen überhäuft wurde, ist die Aussage bekannt, dass er sich in Bautzen angesichts der enormen Todesrate schwor, diesen Opfern politischer Willkür durch Mahnung und Gedenken in künstlerischer Form ein Weiterleben zu sichern.

Das Projekt wurde vom Seminarleiter jedoch mit dem Argument abgelehnt, das wäre nichts für eine zehnte Klasse. In der zehnten Klasse ist man im Durchschnitt 16 Jahre alt. Wann, wenn nicht dann, ist denn bitte das richtige Alter für dieses Thema? Es sind genau diese Verhaltensweisen, gegen die wir auch 31 Jahre nach dem Ende der DDR noch immer kämpfen müssen. Und genau darum sind Veranstaltungen wie das Bautzen-Forum und andere noch immer so wichtig.

Dass es auch anders geht, konnte ich vor einigen Jahren selbst erleben. Unter uns ist Dieter Starke, er war bis zu seiner Pensionierung vor wenigen Monaten Leiter des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums in Oranienburg. Was Sie an Ihrer Schule an politischer Bildung alles veranstaltet haben, ist wirklich beispielhaft, Herr Starke. Ich konnte es vor einigen Jahren selbst erleben und hoffe, Ihre Nachfolger\_innen führen diese Arbeit fort.

Sich einer Diktatur entgegenzustellen bedeutet immer, ein hohes Risiko einzugehen. Fast alle, die in Bautzen und an anderen Orten eingesperrt wurden, waren sich dieses Risikos bewusst. Es war ihre freie Entscheidung, die sie oft viel Leid und Tränen gekostet hat, und sie haben es nicht nur für sich, sondern auch für ihre Angehörigen und Mitbürger\_innen getan.

John F. Kennedy sagte in seiner Rede 1963 vor dem Rathaus Schöneberg nicht nur, dass er ein Berliner sei, was von den Zuhörer\_innen übrigens falsch verstanden wurde. Er sagte auch: „Ein Leben in Freiheit ist nicht leicht, und die Demokratie ist nicht vollkommen. Aber wir hatten es nie nötig, eine Mauer aufzubauen, um unsere Leute bei uns zu halten und sie daran zu hindern, woanders hinzugehen.“

Wenn darum Menschen heute in unserem Land von einer neuen Diktatur schwafeln und erzählen, sie müssten die Wende vollenden, wenn sie Vergleiche mit der DDR-Diktatur ziehen und sich in eine Traditionslinie mit den politischen Häftlingen der SBZ und DDR stellen, dann ist das für mich eine Anmaßung und Verhöhnung, die nur schwer zu ertragen ist. Mit den Plakaten, mit denen sie heute auf die Straße gehen, wären sie in der SBZ und DDR keine fünf Meter weit gekommen. Keiner wird von unserer Regierung wegen seiner politischen Meinung mit dem Tod bedroht, und sei sie noch so dumm. Kein\_e Oppositionelle\_r wird heute verhaftet, keine Partei wird verboten, „leider“ möchte man manchmal gerne sagen.

Die Aufgabe von Opferverbänden kann es nicht sein, nur an begangenes Unrecht zu erinnern. Es müssen daraus auch Konsequenzen folgen, zu Mahnungen und im Bedarfsfall auch zu Einmischungen in die aktuelle Tagespolitik. Wenn Sie in 17 Tagen zur Wahl gehen, dann wählen Sie bitte nicht impulsiv aus dem Bauch heraus oder aus Trotz, weil Sie mit der Politik oder einem Abgeordneten vielleicht nicht so zufrieden sind, sondern überdenken Sie Ihre Entscheidung. Freiheit bedeutet nicht, zu tun oder zu lassen, was man gerade will, sondern sie ist, wie Hegel einmal sagte, die Einsicht in die Notwendigkeit.

Es liegt noch immer viel Aufklärungsarbeit vor uns, und mit uns meine ich alle Opferverbände und Gedenkstätten. Wenn Sie feststellen, dass Sie uns bei unserer Arbeit aktiv unterstützen wollen, wenn Sie vielleicht auch Mitglied bei uns werden wollen, dann finden Sie unter bautzen-komitee.de unseren Aufnahmeantrag. Wir brauchen Sie alle für unsere Arbeit!



## GRUSSWORT

### Hanka Kliese

Zunächst ist es mir ein Herzensanliegen, Ihnen zu sagen, wie sehr ich mich freue, dass in diesem Jahr wieder ein richtiges Bautzen-Forum stattfinden kann. Denn: Viele Dinge, die es 2020 nicht so geben konnte, haben mir persönlich gefehlt! Auch mir, die nicht als Zeitzeugin hierherkommt, sondern als Nachvollziehende. Ich habe die Begegnungen, Impulse und Gespräche vermisst, für die im politischen Alltag oft wenig Zeit bleibt, die auch deshalb so wertvoll sind.

Wenn ich als Spätgeborene über die 1970er und 1980er Jahre sprechen soll, dann kann ich das akademisch und in Zahlen tun. Wie Honecker im Komplott mit Moskau Ulbricht absägte, wie Mielke durch Honecker aufstieg, wie die Staatssicherheit

sich auf 200.000 IM aufblähte. Doch was sind die Zahlen gegen das persönliche Erleben.

Ein Künstler sagte mir unlängst, das ist alles langweilig in den Gedenkstätten, immer dieselbe Machart, wen erreicht das denn, man müsse mehr provozieren. Das mag sein und auch Provokation ist ein Mittel zur Begegnung, ein Impuls. Aber am Ende ist es doch immer der einzelne Mensch, der Lebensgang, der berührt. Ich kann Schüler\_innen erzählen, dass die DDR am Freikauf von 33.755 Häftlingen 34 Milliarden D-Mark verdient hat.

Doch was bedeutet das? Für jede\_n Freigekaufte\_n etwas anderes! Für den einen den Jubel im Bus nach Gießen, für die andere bittere Tränen, als sie das letzte Mal an ihrem Hof, ihrem Haus, den Eltern, der Schwester und dem Hund vorbeifuhr und nicht Auf Wiedersehen sagen durfte. Die Beerdigung der eigenen Mutter nicht besuchen zu dürfen, im Westen ganz von vorn anzufangen mit dem Wissen, dass die Familie im Osten nun schwere Repressalien ertragen muss.

Wie mag der Geschmack der Freiheit sein, wenn man weiß, dass Geschwister und Eltern nun doppelt leiden müssen? Wie fühlte sich der goldene Westen an, wenn die Kinder zurückbleiben mussten? Es wird zu wenig berichtet und gesprochen über die Schattierungen.

Warum hat die politische Linke im Westen zu oft romantisiert, was in der DDR geschah? Ich habe mal eine Zeitzeugin befragt, warum sie im Westen so einen konservativ bis rechts orientierten Verlag für ihr Buch gewählt hat, denn das war mir nicht so angenehm. „Weil es die Linken zu wenig interessiert hat“, war die Antwort, die mich beschämt hat. Und so passiert es immer wieder, dass Erinnerungskultur für politische Zwecke genutzt wird.

Und das möchte ich mit Ihnen gern besser machen. Erinnerung dient nie einer Ideologie. Sie dient allein dem Respekt gegenüber den Opfern und dem klaren Aufzeigen, was geschehen ist. Genauso lese ich auch unser Programm des diesjährigen Bautzen-Forums und freue mich darauf.

Auch ich habe wie Sie im vergangenen Jahr Kamerad\_innen verabschieden müssen. Etwa Rudolf Sehm (1932–2020), der noch im hohen Alter die Kraft fand, an seine unsägliche Haftzeit in der SBZ zu erinnern.

Das Gedenken an die Verstorbenen soll gerade die Politik mahnen, nicht zu viel Zeit verstreichen zu lassen. Zwar freue ich mich sehr, dass wir auf dem Kaßberg nun wirklich auf der Zielgeraden sind, doch ich denke auch mit gemischten Gefühlen an Hoheneck.

Dieser Ort unsagbaren Leids, das Frauen erdulden mussten, darf nicht länger Zankapfel verschiedener Gruppen sein. Auch dort muss ein würdiger Ort entstehen, und

am besten so, dass ihn die Frauen, die dort leiden mussten, noch sehen dürfen, um zu wissen: Unsere Geschichte wird nicht vergessen.

In diesem Sinne wünsche ich uns zwei gute Tage mit schweren Erinnerungen, Kontroversen, aber auch einem Lachen, das viele sich trotzdem bewahrt haben.



## GRUSSWORT

**Dr. Robert Böhmer**

Witam was wutrobnje w mjenje města Budyšin! Herzlich willkommen im Namen der Stadt Bautzen! Sie wissen, unsere Stadt wird mit vielen Dingen verbunden, aber auch ganz besonders mit der DDR-Geschichte assoziiert. Diese Wahrnehmung empfinden die Menschen hier zwiespältig.

Ich bin sehr glücklich, dass ich heute so viele interessierte Menschen sehe. Ich bin ein Kind dieser Stadt, 1972 hier geboren. Auf dem Bautzen-Forum unter dem Titel „Die DDR in den 1970er und 1980er Jahren. Stabilisierung, Erstarrung und Verfall“ sprechen zu können, hätte ich mir vor Jahrzehnten nicht vorstellen können: in meiner Heimatstadt, bei einem Forum, bei dem es immer auch um Erinnerung, um die Häftlinge zu DDR-Zeiten in dieser Stadt geht. Dieses heutige Forum ist dazu prominent besetzt, mit herausragenden Persönlichkeiten der Zeitgeschichte der 1980er

und 1990er Jahre wie Walter Momper, Markus Meckel, Wolf Biermann, Petra Morawe und vielen anderen. Das ist für mich sehr bewegend.

Obwohl ich als heute 49-Jähriger nicht zur direkt betroffenen Generation gehöre, wurde ich gestern zum stellvertretenden Vorsitzenden des Bautzen-Komitees gewählt. Das ist ein Vertrauensvorschuss. Und viele von Ihnen interessiert dabei sicherlich mein persönliches Verhältnis zur DDR-Vergangenheit in Bautzen.

Ich komme aus einer regimekritischen Familie. Meine Generation musste zwischen Anpassung und Hoffnung kritisches Denken selbst entwickeln. Bei mir hat spätestens mit zwölf Jahren das Bewusstsein dafür eingesetzt, dass ich in zwei völlig verschiedenen Welten gleichzeitig lebte. Ich habe jede politische Entscheidung, jedes Ereignis, jede Unterrichtsstunde für mich übersetzt. Auf der anderen Seite hatten wir Kinder der 1970er und 1980er auch eine glückliche Kindheit, häufig wird das wiederum nostalgisch überzeichnet. Wir waren eine lebendige Generation: viele Kinder, die Demografie war scheinbar in Ordnung. Wir hatten viele Sportvereine, man spürte Gemeinschaft und Zugehörigkeit selbst in der politischen Nische. Daran erinnert man sich heute natürlich gern.

Aber wir spürten auch ein starkes nagendes Gefühl, in einer eingemauerten Welt der Unfreiheit zu leben. Wir wussten nicht, ob sich das jemals ändern wird. Ich hörte beispielsweise schon als Kind konsequent die Sender des Klassenfeindes. Mein Tag ging mit dem Deutschlandfunk los. Deutsche Welle oder Rias waren für mich bedeutender als jegliche DDR-Radiosender. Es ging dabei nicht nur darum, sich in Politik und Kultur unterhalten und informiert zu fühlen, sondern auch um so „Existenzielles“ wie Fußball in der glitzernden Welt des Westens.

Ich habe im Fußball stets für den Klassenfeind mitgefiebert. Wissen Sie, was das größte Fußballspiel aller Zeiten war? Ich hoffe, die Dynamo-Fans im Raum sehen es mir an dieser Stelle nach. Laut dem Fußballmagazin „11 Freunde“ wurde eindeutig die Europacup-Partie Bayer Uerdingen gegen Dynamo Dresden vom März 1986 gewählt. Ich war damals im Hinspiel mit meinem Vater im Dynamo-Stadion. Uerdingen hatte leider 2:0 verloren, das war für uns bitter enttäuschend. Beim Rückspiel, wir saßen vorm Fernseher, stand es für Dynamo zur Halbzeit schon 3:1. Alles schien gelaufen. Der Sozialismus siegt?! Doch dann geschah das Wunder von der Grotenburg – Bayer Uerdingen schoss wie von Sinnen ein Tor nach dem anderen, das Spiel ging 7:3 aus. Wir jubelten ohne Ende. Jedes Tor war für uns ein Sargnagel für den real existierenden Sozialismus der DDR. Es gab noch andere Fußballspiele, in denen der DDR-Serienmeister BFC oder Dynamo Dresden dramatisch gegen westliche Mannschaften verlor. Das waren paradoxerweise immer herzerfrischende Großereignisse meiner Kindheit in der DDR.

Kulturell war es für mich schon früh unbedingte Notwendigkeit, die kritische Fähigkeit zu erwerben, zwischen den Zeilen zu lesen und ab einem gewissen Alter auch zwischen den Zeilen zu schreiben und sich zu äußern: sich nicht mundtot machen zu lassen. Die Dinge deuten zu lernen, dabei nicht alles sagen zu können und dennoch seinen Freiraum der Meinungsäußerung allmählich immer weiter auszudehnen. Das waren die 1980er Jahre.

Bei all dem – trotz bei mir fehlender Jugendweihe und verweigerter Wehrerziehung – musste ich auch durch besondere Pflichterfüllung in der Schule meine Qualifikation für das Abitur unterstreichen. Das war kein Selbstläufer, auch wenn man sich anstrenge. Es bedurfte immer auch des Muts einzelner kritischer Lehrer\_innen, Schüler\_innen ohne Jugendweihe zu fördern und zu unterstützen. Bei mir war es meine Klassenleiterin, die ausgerechnet SED-Parteisekretärin war. Sie grüßte im Übrigen als Einzige ganz selbstbewusst täglich mit einem freundlichen „Guten Tag“ anstatt mit „Freundschaft“ oder „Für Frieden und Sozialismus seid bereit“. Ihr Parteiausschluss stand 1988/89 scheinbar kurz bevor. Sie half mir, dass ich gut durchkam und den Weg zum Abitur gehen konnte. Nach dem Ende der DDR konnte ausgerechnet sie ihren Beruf nicht fortsetzen.

Ich möchte Ihnen noch ein weiteres Beispiel schildern, das ich jüngst erlebt habe. Als Bürgermeister hat man viele Bürger\_innenbesuche, 90. Geburtstage, 60. Hochzeitstage. Man trifft immer wieder auf beeindruckende Menschen und Einzelschicksale, die besonders mit dieser Stadt verbunden sind. Ich traf jüngst auf eine Familie, die trotz allem mit Würde durch das schwierige Leben in der DDR gegangen ist. Der Vater war viele Jahre lang Wärter im Gelben Elend. Er erklärte mir, wie das in den 1970er Jahren war. Er hat die Tätigkeit dann niedergelegt, weil er den Weg nicht mehr mitgehen wollte. Er nahm alle Repressalien dafür in Kauf und hat mehr als ein Jahrzehnt seines Arbeitslebens als Flaschensortierer in der Brauerei von Bautzen verbracht. Das sind auch Dinge, die wir in Erinnerung behalten sollten, wenn wir an die Vergangenheit in Bautzen denken.

Totalitäre Systeme können durch die Ethik und die Kraft selbstbewusster Bürger\_innen überwunden werden. Es gibt aber auch hier gewissermaßen eine nostalgische Überzeichnung der Situation in der DDR der 1980er. Ich denke, die Menschen in Polen oder Ungarn waren manchmal schon weiter und selbstbewusster in ihrer Kritik am realen Staatssozialismus. Sie sind besonders in Polen weitere Schritte gegangen und haben dabei uns Ostrdeutschen vielfach geholfen, unseren Weg zu finden.

Oder totalitäre Systeme wachsen mit einer naiven staatsgläubigen Unterwürfigkeit der Einzelnen. Sie wachsen mit der Sehnsucht, dabei zu sein, gesellschaftlich zu par-

tizipieren, Anteil an dem zu haben, was angesagt ist. Sie wachsen mit dem Zeitgeist, der jeweiligen Masse angehören zu wollen. Deshalb braucht der Mensch eine Ethik, eine feste Identität, um standzuhalten. Er braucht feste Koordinaten im Leben, Sinn und unbeugsames Selbstbewusstsein.

Unter Ihnen sind viele im Bautzen-Komitee Engagierte, Aufrechte, die überwacht wurden, die in Schauprozessen standgehalten haben. Viele wurden drangsaliert oder für Bagatellen verurteilt, oft nach dem Motto „Bestrafe einen und erziehe viele“. Wir kennen die Geschichten aus den Jahrzehnten.

Aber die 1970er und 1980er waren für die meisten Menschen eher eine subtile Repression. Es gab noch gewisse Repressalien, aber viele Bürger\_innen hatten die Sehnsucht nach der Nische vervollkommen. Die Nische bestimmte vielfach das Leben. Damit wurde aber auch eine große Gemeinschaft von Mitläufer\_innen geformt, die sich leidlich mit dem System arrangierte.

Die wirkliche Sehnsucht nach Freiheit, nach unveränderlichen und unverhandelbaren Grundrechten, diese Sehnsucht nach Meinungs- und Redefreiheit, nach politischem Diskurs, nach Gewissensfreiheit in der Entscheidung war sicher nur ein Treiber einer aufrechten Minderheit. Für viele Menschen war vielmehr die Sehnsucht nach materiellem Wohlstand mitentscheidend, nach Teilhabe an einer besseren Gesellschaft; eine Sehnsucht nach Reisen, Autos und guter Versorgung.

Wir kennen die Ausnahmen, die Geschichten und Schicksale, über die es heute Bücher gibt. Vieles unterstützen wir auch über das Bautzen-Komitee. Vor Kurzem fiel mir das Buch von Hermann Flade in die Hände: „Die Freiheit ist mir lieber als mein Leben.“ Ich denke, es ist wichtig, den Menschen ein Bewusstsein für diesen radikalen Freiheitswillen weiterzugeben. Der Freiheitswille mag zwar im Laufe der vergangenen Jahrzehnte allgemein gewachsen sein – durch Lebenserfahrung, politische Bildung oder aber auch durch politische Enttäuschung und Ernüchterung.

Bei jedem Menschen beginnt die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft anders. Ehrenamt, allgemeines politisches Interesse – das ist bei jedem individuell. Bewusstsein für Freiheit dürfen wir den Menschen nicht absprechen, sondern wir müssen es fördern.

Denn eine Gefahr sehe ich auch heute: Man muss oder möchte sich nicht mehr so sehr mit den Dingen auseinandersetzen. Viele Gespräche zeigen mir heute: Früher gab es diese Sehnsucht nach Wohlstand. Heute sicher auch, aber es ist subtiler. Menschen werden müde, nehmen Freiheit vielleicht nicht mehr als das war, was sie eigentlich bedeutet – in einer Art Wohlstandssättigung.

Kontinuität – damals wie heute – hat vielleicht bei manchen wieder die Auffassung, partizipieren zu wollen und sich eine Nische einzurichten.

Etwas können wir festhalten bei allem Mitläufer\_innentum, bei allem Opportunismus, den es auch in der Vergangenheit gab. Die Ostdeutschen haben der westdeutschen Bevölkerung etwas voraus: die lange Zeit einer zweiten Diktaturerfahrung.

Neulich habe ich bei einem finnischen Schriftsteller gelesen, und das umreißt es ganz gut: „Was ist die Freiheit? Es gibt nichts anderes, das es mehr wert wäre zu besitzen als sie. Die Freiheit steht im Zeichen hoher Sterne, und verloren ist das Volk, das sie verliert.“



Prof. Dr. Hermann Wentker

## VORTRAG

### SED-Diktatur im Wandel? Die DDR in der Ära Honecker

Prof. Dr. Hermann Wentker

So etwas hatte es in Ost-Berlin noch nicht gegeben. Vom 28. Juli bis zum 5. August 1973 verwandelte sich die Berliner Mitte in eine gigantische Party-Meile. Auf zahlreichen Open-Air-Bühnen und in den Clubs der Stadt gab es Live-Musik von internationalen Künstler\_innen und einheimischen Bands, die abendliche Sperrstunde war ausgesetzt. Zu den gut 300.000 ostdeutschen Jugendlichen, organisiert in der FDJ, kamen 25.000 Gäste aus 140 Ländern, darunter 800 aus der Bundesrepublik. Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten signalisierten Weltoffenheit und Toleranz: Die inoffizielle Festival-Hymne, das Lied der Leipziger Gruppe Renft „Ketten werden knapper“, bezog sich zwar ausdrücklich auf Vietnam und die griechische Militärdiktatur, ermöglichte aber auch andere Assoziationen. Das Spektrum der eingeladenen westdeutschen Jugendlichen reichte vom Bund der Katholischen Jugend bis zum Sozialistischen Hochschulbund. Und nicht nur in der Jugendpoli-

Vortrag · SED-Diktatur im Wandel?

tik, sondern auch in der Kulturpolitik schien es unter Erich Honecker, seit Mai 1971 Erster Sekretär der SED, liberaler zuzugehen. Im Dezember 1971 führte er vor dem Zentralkomitee aus: „Wenn man von der festen Position des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens auf dem Gebiet der Kunst und der Literatur keine Tabus geben.“ Auf die Worte folgten auch Taten: Ulrich Plenzdorfs „Die Leiden des jungen Werther“ konnte aufgeführt werden; Brigitte Reimanns Roman „Franziska Linkerhand“, Volker Brauns Erzählung „Unvollendete Geschichte“ und Werke, die Zensur und Unterdrückung der Kunstfreiheit kritisierten, durften erscheinen.

Wären das Anzeichen eines grundlegenden Wandels der SED-Diktatur unter dem Nachfolger Walter Ulbrichts? Manche in der Bundesrepublik waren beeindruckt und prophezeiten, dass die SED-Führung in Zukunft „eine Vielfalt von Meinungen zulassen“ müsse. Sie übersahen dabei jedoch zweierlei: Zum einen hatte der Sicherheitsapparat vor und während der Weltfestspiele einen gigantischen Aufwand betrieben, um deren störungsfreien Ablauf zu sichern – allein 9000 Personen waren vorher vorsorglich festgenommen worden. Die Diktatur setzte weiterhin ihre Instrumente ein, auch wenn sie sich Mühe gab, dies zu verbergen. Zum anderen war die Toleranz in der Kunst- und Kulturpolitik nur von kurzer Dauer. Honecker hatte, was vielfach übersehen worden war, die feste Verankerung im Sozialismus zur Bedingung künstlerischer Freiheit gemacht. Bereits 1976 nutzte die Führung daher den Auftritt des ihr unbequemen Liedermachers Wolf Biermann in Köln, um diesen auszubürgern. Sie hatte freilich nicht damit gerechnet, dass dies zu einer Welle öffentlicher Solidaritätsbekundungen mit dem Ausgebürgerten unter den DDR-Künstler\_innen führte. Infolge dieser und anderer Vorfälle verlor die DDR zahlreiche Kulturschaffende an den Westen: Zwischen 1977 und 1987 verließen mehr als 350 von ihnen das Land.

Die Beispiele verdeutlichen, dass es in der Ära Honecker anscheinend einen begrenzten Wandel gab, dass sich aber an den Strukturelementen und grundsätzlichen Konstellationen, die für die DDR prägend waren, nichts änderte. Um Genaueres dazu ausführen zu können, werden im Folgenden zunächst knapp die grundlegenden Merkmale und Existenzbedingungen der SED-Diktatur genannt, zweitens wird auf die Wendung zur Betonung der Sozialpolitik, drittens auf den engen Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik und viertens auf den Wandel der innerstaatlichen Repression eingegangen. Fünftens und abschließend werden die Verschärfung der skizzierten Problemlagen in den 1980er Jahren und vor allem der Wandel im Verhältnis zwischen Volk und Führung behandelt.

## I. Struktur und Existenzbedingungen der DDR

Die DDR war von ihrer Gründung bis zu ihrem Ende eine Parteidiktatur. Führende Kraft war die SED, ihr war der Staatsapparat untergeordnet; mithilfe der Blockparteien und Massenorganisationen versuchte sie, ihre Herrschaft auf die ganze Gesellschaft auszudehnen. Zur Absicherung ihrer Herrschaft verfügte sie über einen umfangreichen Sicherheitsapparat – neben Polizei und Armee ist hier vor allem das Ministerium für Staatssicherheit zu nennen. Recht und Justiz dienten, anders als in demokratischen Systemen, nicht der Begrenzung des staatlichen Machtanspruchs, sondern seiner Durchsetzung. Aufgebaut nach 1948, änderte sich an den Grundstrukturen dieses Systems auch in der Ära Honecker nichts.

Das hing auch damit zusammen, dass die SED-Diktatur, anders als der Nationalsozialismus, nicht von einem breiten Konsens der Bevölkerung getragen wurde. Sie war vielmehr der Masse der Ostdeutschen nach Ende des Zweiten Weltkriegs von der sowjetischen Besatzungsmacht mithilfe der SED aufgezwungen worden. Hinzu kam, dass sich das planwirtschaftliche System als weitgehend ineffektiv erwies und nicht in der Lage war, den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Vor diesem Hintergrund suchten die Machthaber\_innen immer wieder nach Möglichkeiten, diesen inneren Konsens zu erzeugen: So präsentierten sie die DDR als den antifaschistischen, den friedliebenden und den auf eine paradiesische sozialistische Zukunft orientierten deutschen Staat – insgesamt aber mit mäßigem Erfolg. Denn die DDR hatte während ihrer ganzen 40-jährigen Existenz damit zu kämpfen, dass sie nur ein deutscher Teilstaat war. Der westliche Teilstaat, die Bundesrepublik Deutschland, exerzierte den Ostdeutschen Tag für Tag vor, wie Deutsche auch leben konnten: in politischer Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand.

Daraus ergaben sich zwei entscheidende Existenzbedingungen, die ebenfalls bis zum Ende der DDR galten. Zum einen ihre Abhängigkeit von der Sowjetunion, insbesondere in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht. Deutlich geworden war dies beim Volksaufstand von 1953, als die DDR nur aufgrund des Einschreitens sowjetischer Truppen überleben konnte. Aber auch Egon Krenz beschwor Michail Gorbatschow noch bei seinem Antrittsbesuch in Moskau Anfang November 1989: „Die DDR sei in gewisser Weise das Kind der Sowjetunion, und die Vaterschaft über seine Kinder müsse man anerkennen.“

Aufgrund der Sogwirkung, der die DDR durch Westdeutschland ausgesetzt war, war sie zum anderen geradezu gezwungen, sich von der Bundesrepublik in jeder Hinsicht abzugrenzen. Wenn die SED-Führung in den 1950er Jahren noch vehement für die deutsche Einheit eintrat, dann ging es ihr um die Übertragung des eige-



Zuhörer\_innen beim Vortrag

nen Systems auf ganz Deutschland. Denn sie konnte die Einheit so, wie die ostdeutschen Bürger\_innen sie anstrebten – in Frieden und Freiheit – nicht wollen, ohne ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Ganz konkret bewirkte der Westsog die Abwanderung von Hunderttausenden Menschen jährlich bis 1961, als mit dem Bau der Berliner Mauer das letzte Schlupfloch für die Ostdeutschen verschlossen wurde. Die Mauer war nicht nur symbolisch die steingewordene Abgrenzung nach Westen; sie war gleichzeitig die notwendige Bedingung für die zweite Staatsgründung der DDR.

## II. Der Stellenwert der Sozialpolitik in der Ära Honecker

Mit seinem Machtantritt versuchte Erich Honecker nicht nur, wie eingangs dargestellt, Weltoffenheit zu signalisieren und der DDR in kulturpolitischer Hinsicht einen liberaleren Anstrich zu geben. Sehr viel wichtiger war ein grundlegend neuer Akzent, den er auf dem SED-Parteitag im Juni 1971 setzte. Dort verkündete er die „weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion“. Dabei handelte es sich nicht um einen ostdeutschen Alleingang – die KPdSU hatte sich

auf ihrem Parteitag im April ein ähnliches Ziel gesetzt. Honecker vollzog diese Wendung aus zwei Gründen mit: Zum einen hatten durch Preiserhöhungen ausgelöste Streiks in Polen im Dezember 1970 nicht nur Moskau, sondern auch Ost-Berlin erheblich beunruhigt. Honecker zog daraus die Lehre: „Man kann nie gegen die Arbeiter regieren!“ Zum anderen hoffte er, mit dieser Art der Sozialpolitik die Zustimmung der Bevölkerung zur DDR zu erhöhen. Sozialpolitik rückte nun in den Mittelpunkt der SED-Generallinie. Seit 1971 praktiziert, wurde die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ im Parteiprogramm von 1976 verankert. Mit diesem „Markenzeichen des Sozialismus in der DDR“ – so der SED-Wirtschaftssekretär Günter Mittag – sollte die große Utopie Sozialismus in Form verbesserter Lebensbedingungen und eines höheren Lebensstandards für die DDR-Bürger\_innen auch im Alltag erfahrbar werden.

Hinter der Formel „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ stand freilich kein fest umrissenes Konzept. Es war nur eine vage Vorstellung, dass ein besseres Leben auch zu einer Bewusstseinsänderung und damit zu einer Erhöhung der Produktivität führen würde. Das war letztlich ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft: Ob sich diese Hoffnung auch erfüllen würde, war äußerst zweifelhaft. Die sozialpolitischen Maßnahmen umfassten eine leichte Rentenerhöhung, die Verbesserung der medizinischen Versorgung und die Ermöglichung einer maximalen Frauenerwerbsquote. Auch hielt die DDR-Führung die Preise für Güter des Grundbedarfs dauerhaft niedrig, verbesserte die Konsumgüterversorgung und sorgte für kontinuierlich steigende Einkommen. Kern der Sozialpolitik war ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm, das den Bau oder die Modernisierung von 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen bis 1990 vorsah. Um die Mieten billig zu halten, wurden diese sehr stark subventioniert. Im Ergebnis entstanden zahlreiche Neubauwohnungen in günstiger Plattenbauweise; gleichzeitig ließ man die Altbauten in den Innenstädten aber verfallen, sodass weniger zusätzlicher Wohnraum geschaffen wurde als geplant.

Obwohl beim Wohnungsbau einiges geleistet wurde, verfehlte man das angestrebte Ziel. Das verweist auf das zentrale Problem, dass die sozialistische Planwirtschaft die Konsumerwartungen der Ostdeutschen auf die Dauer nicht erfüllen konnte. Zu Beginn der Ära Honecker stellte die Ausweitung des Warenangebots die Menschen noch zufrieden. Dass die Versandhäuser der DDR 1976 bereits wieder schlossen, weil sie den Bestellungen nicht hinterherkamen, war jedoch ein erstes alarmierendes Zeichen. Ein Jahr später, 1977, kam es zur sogenannten „Kaffeekrise“. Denn aufgrund steigender Weltmarktpreise für Rohkaffee beschloss das Politbüro, die preiswerteste Kaffeemarke aus dem Sortiment zu nehmen und stattdessen eine Mischung aus Röstkaffee und Ersatzstoffen anzubieten. Die Verbraucher\_innen beschwerten

sich massiv über die neue Kaffeesorte, die sie in Anspielung auf eine westdeutsche Kaffeemarke „Erichs Krönung“ nannten. Die Führung beeilte sich daraufhin, mehr Kaffeebohnen einzuführen, um den Mischkaffee aus dem Sortiment nehmen zu können. Sowohl der Import begehrter Waren aus dem Ausland als auch die Erhaltung der dauerhaft niedrigen Preise für den Grundbedarf belasteten den Staatshaushalt erheblich. Das führte 1979 dazu, dass in einem Führungszirkel über eine Erhöhung der Verbraucher\_innenpreise diskutiert wurde. Honecker beendete die Diskussion aber mit den Worten: „Wenn man das macht, dann kann gleich das Politbüro zurücktreten und die Regierung auch.“ Auf dem einmal betretenen Pfad des „Konsumsozialismus“ gab es für ihn aus Gründen des Machterhalts kein Zurück.

Dabei war der Umstand, dass die ostdeutsche Wirtschaft mit massiven Problemen zu kämpfen hatte, für Honecker von untergeordnetem Interesse. Deren Automatisierungsgrad war gering; Anlagen und Maschinen hatten aufgrund fehlender Ersatzinvestitionen einen hohen Verschleiß, was wiederum zu hohen Ausfallstunden führte. Die Produktivität war niedrig, die zentral gelenkte Wirtschaft strukturell innovationsfeindlich. Hinzu kam der Ölpreisschock nach 1973. Er betraf die DDR erst zeitverzögert, weil die Sowjetunion ihr Erdöl im Ostblock zu Sonderpreisen verkaufte; ab 1975 folgte jedoch auch hier eine Erhöhung, die sowjetischen Preise wurden nun jährlich an den Weltmarktpreis angepasst. Das belastete die DDR besonders, weil sie das aus der Sowjetunion importierte Rohöl weiterverarbeitete und die raffinierten Erdölprodukte zu Weltmarktpreisen weiterverkaufte. Die Gewinnspanne der DDR verringerte sich durch die Preiserhöhungen erheblich. Das war auch deshalb von Bedeutung, weil die defizitäre Handelsbilanz gegenüber dem Westen bereits 1975 zu einer so hohen Auslandsverschuldung geführt hatte, dass Honecker intern eingestand: „An sich müssten wir Pleite anmelden.“ Verzweifelt versuchte die DDR, ihre Exporte ins westliche Ausland zu steigern; das durfte jedoch nicht zu sehr auf Kosten des inländischen Konsums erfolgen, da Honecker, wie bereits dargelegt, den Unmut der Ostdeutschen nicht provozieren wollte. Die DDR verschuldete sich daher im westlichen Ausland, insbesondere bei der Bundesrepublik, immer weiter.

Die Ostdeutschen zufriedenzustellen war indes nicht einfach. Denn die meisten maßten ihre Konsummöglichkeiten und Sozialstandards an denen der Bundesrepublik. Und die Bundesrepublik hatte – wie alle anderen westeuropäischen Staaten – um 1970 herum den sozialen Wohlfahrtsstaat weiter ausgebaut. Gleichzeitig rückte sie im Zuge der Entspannungspolitik näher an die DDR heran.

### III. Die ambivalenten Auswirkungen der ostdeutschen Außenpolitik

In der Außenpolitik fiel der Beginn der Ära Honecker zusammen mit dem Grundlagenvertrag und der internationalen Anerkennung der DDR. Nachdem die Bundesrepublik im Zuge ihrer Ostpolitik zunächst Gewaltverzichtverträge mit der Sowjetunion und Polen geschlossen hatte, folgten 1972 der deutsch-deutsche Verkehrsvertrag und, sehr viel wichtiger, der sogenannte Grundlagenvertrag. Dieser gestand der DDR die eigene Staatlichkeit zu, bedeutete aber keine völkerrechtliche Anerkennung, da die Bundesrepublik die DDR nicht als Ausland betrachtete. Dementsprechend gab es für die Bundesrepublik auch nur eine deutsche Staatsbürgerschaft, während die DDR auf der eigenen Staatsbürgerschaft beharrte; die beiden deutschen Staaten tauschten danach auch keine Botschaften, sondern lediglich Ständige Vertretungen aus. Gleichwohl bescherte der Grundlagenvertrag der DDR die internationale völkerrechtliche Anerkennung. Die allermeisten nichtsozialistischen Staaten der Welt nahmen ab 1972 diplomatische Beziehungen mit Ost-Berlin auf, und beide deutsche Staaten traten 1973 den Vereinten Nationen bei.

Im Gegenzug für die staatliche Anerkennung musste die DDR jedoch intensiviertere innerdeutsche Beziehungen zulassen – und das nicht nur auf staatlicher und wirtschaftlicher Ebene, sondern auch bei den menschlichen Beziehungen von West- und Ostdeutschen. Der innerdeutsche Reiseverkehr kam nach dem Grundlagenvertrag wieder in Gang, freilich stärker in Richtung Osten als in Richtung Westen: Mitte der 1970er kam es jährlich zu rund drei Millionen Reisen in die DDR und mehrtägigen Aufenthalten in Ost-Berlin; die Zahl der Ostdeutschen unterhalb des Rentenalters, die in den Westen reisen durften, blieb in diesem Jahrzehnt unter 50.000 pro Jahr.

Was bedeutete all dies für die DDR? Sie musste erstens versuchen, aus der „halben“ Anerkennung eine ganze, also eine völkerrechtliche, zu machen. Denn nur so schien es ihr möglich, zum einen ihr Legitimationsdefizit im Innern auszugleichen und zum anderen die desintegrierenden Wirkungen der Zweistaatlichkeit zu beseitigen. Zweitens musste sie die Politik der Abgrenzung verstärken. Dabei galt es, jeglicher Wiedervereinigungsrhetorik eine entschiedene Absage zu erteilen. Denn damit hätte sie sich ihrer eigenen Existenzgrundlage beraubt. Insgesamt musste sie die Auswirkungen der intensivierten innerdeutschen Kontakte und Kommunikation möglichst beschränken. Denn der ostdeutschen Führung war bewusst, dass mit der Entspannungspolitik westliche Werte, westliche Lebensweisen und westliche Produkte, ja sogar westliches Geld in der DDR weitere Verbreitung fanden. Dem musste so effektiv wie möglich entgegengewirkt werden – durch Propaganda, durch Unterbindung von Kontakten, durch Einschränkung der Pressefreiheit westdeutscher Journa-

list\_innen. Dabei wollte sie aber drittens die Chancen, die die Öffnung nach Westen bot, in wirtschaftlicher Hinsicht nutzen. Denn sie war, wie bereits erwähnt, auf Kredite und Transferleistungen aus der Bundesrepublik aufgrund ihrer prekären wirtschaftlichen Situation immer stärker angewiesen.

Lassen Sie mich die Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik anhand von zwei Beispielen verdeutlichen. Zum einen anhand der verbalen Hervorhebung der Eigenständigkeit der DDR, die 1971 einsetzte. Im Zuge einer bewussten Sprachpolitik sollten möglichst viele Bezüge auf „Deutschland“ oder „deutsch“ gestrichen und durch „DDR“ ersetzt werden. Aus dem „Deutschlandsender“ wurde die „Stimme der DDR“, aus dem „Deutschen Fernsehfunke“ das „Fernsehen der DDR“, aus dem „Deutschen Turn- und Sportbund“ der „Turn- und Sportbund der DDR“ – die Reihe ließe sich fortsetzen. Die Nationalhymne, die das einzige Vaterland Deutschland beschwor, wurde nicht mehr gesungen, sondern nur noch intoniert. Und in der Verfassung von 1974 war nicht mehr vom „sozialistischen Staat deutscher Nation“, sondern nur noch vom „sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern“ die Rede. Nichts sollte angesichts der intensivierten Kontakte mit Westdeutschland mehr daran erinnern, dass die Deutschen ein Volk waren, das beanspruchen konnte, auch in einem Land zu leben.

Zum anderen versuchte die DDR die Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschen durch die Erhöhung des Zwangsumtauschs für Einreisende zu reduzieren. Bereits im November 1973 – also knapp ein Jahr nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrags – wurde dessen Verdoppelung von 10 auf 20 D-Mark pro Tag für Erwachsene verfügt. Fortan war dieser Zwangsumtausch ein Dauerthema der deutsch-deutschen Regierungsgespräche. Die Bundesregierung erreichte zwar Ende 1974 dessen partielle Reduzierung, konnte aber nicht verhindern, dass Honecker die Sätze 1980 erneut an hob – für Erwachsene auf 25 D-Mark.

Auf der anderen Seite war die DDR jedoch gegenüber der Bundesrepublik zu einem gewissen Entgegenkommen bereit, vor allem aus finanziellem Interesse. So hatte die DDR Ende 1974 den Zwangsumtausch reduziert, weil ihr im Gegenzug die Verlängerung und eine Erhöhung des „Swing“ angeboten wurde – der Swing war ein von der Bundesrepublik gewährter Überziehungskredit im innerdeutschen Handel. Außerdem wurden Ende 1975 Vereinbarungen über Verbesserungen im Berlin-Verkehr und ein Verkehrsprotokoll unterzeichnet – Abmachungen, an denen die Bundesrepublik wegen ihrer Berlin-Politik interessiert war. Dabei verpflichtete sie sich zu erheblichen Zahlungen an die DDR, die für den Ausbau der Autobahn Berlin-Marienborn vorgesehen waren. Eine weitere Vereinbarung ähnlicher Art folgte Ende 1978. Wie wichtig der DDR diese finanziell äußerst attraktiven Abmachun-

gen waren, geht auch daraus hervor, dass sie die entsprechenden Verhandlungen teils vor der sowjetischen Führung verheimlichte, teils dafür sogar massive Kritik aus Moskau in Kauf nahm. Denn die sowjetische Führung war zum einen aus strategischen Gründen gegen die Bauvorhaben; zum anderen war sie beunruhigt über den Strom der Besucher\_innen aus der Bundesrepublik in die DDR, mit dem – so Leonid Breschnew – auch die feindliche Ideologie hereinkomme. Honecker glaubte dieses Risiko aber begrenzen und tragen zu können – nicht zuletzt, weil er sich politisch eng an die Sowjetunion gebunden hatte und sich dadurch abgesichert sah.

Wie stark der Sog der Bundesrepublik auf die DDR dennoch blieb, lässt sich vor allem an den Folgen der KSZE-Schlussakte vom 31. Juli 1975 verdeutlichen. Dieses Dokument war kein Vertrag, aber eine politisch bindende Erklärung, die von den Staats- und Regierungschefs der 35 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas unterzeichnet wurde. Damit erhielt die Sowjetunion eine Garantie der territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs in Europa. Im Gegenzug verpflichteten sich alle Staaten – auch die Ostblockstaaten – auf die Einhaltung der Menschenrechte als eines der Grundprinzipien des staatlichen Zusammenlebens; auch sagten sie eine Verbesserung der Kommunikation und der menschlichen Kontakte zu – das war die sogenannte humanitäre Dimension der Schlussakte. Dazu zählte ebenso die Erleichterung von Familienzusammenführungen. Das war eine Möglichkeit, die zahlreiche Ausreisewillige in der DDR beim Schopf ergriffen: Denn es gab sonst keine Berufsgrundlage, um legal aus der DDR auszureisen. Die Schlussakte stellte aus der Sicht von DDR-Bürger\_innen eine solche Grundlage dar. Denn auch Honecker hatte das Dokument unterzeichnet, das zudem vollständig im „Neuen Deutschland“ abgedruckt worden war. Die Zahl der Antragsteller\_innen stieg 1976 daher um 54 Prozent gegenüber 1975. In absoluten Zahlen waren es zwar immer noch unter 10.000; aber im Verlauf der 1970er Jahre wurden es immer mehr, bevor die Ausreisen Einzelner in den 1980er Jahren zu einer regelrechten Ausreisebewegung anschwellen. Dagegen vorzugehen – auch mit repressiven Mitteln – wurde zu einer der wichtigsten staatlichen Aufgaben.

#### **IV. Staatliche Repressionspolitik im Wandel**

Die SED-Diktatur blieb, wie eingangs erwähnt, in der Ära Honecker ein im Kern repressives Regime. Wie in allen Diktaturen waren Einschüchterung und Unterdrückung Andersdenkender auch nach 1971 in der DDR unverzichtbare Herrschaftsmethoden. Aber angesichts der Entspannungspolitik, die die Westorientierung der Ostdeutschen revitalisierte und die DDR für die Westmedien zunehmend öffnete, wandelte sich auch die ostdeutsche Repressionspolitik erheblich.

Dieser Wandel bezog sich zunächst auf die Aufgaben der Stasi und die politische Strafjustiz. Das MfS war schon vor Honecker zu einer Politik übergegangen, die die Herrschaftsstrukturen konservieren und sichern sollte. Im Rahmen der politischen Strafjustiz, wo die Stasi als Untersuchungsorgan fungierte, verfolgte sie unter den neuen Bedingungen eine Doppelstrategie. Zum einen musste sie verdeckte, beziehungsweise besser legitimierbare, Vorgehensweisen suchen; zum anderen wurde die Strafpraxis insgesamt abgemildert. Im Ergebnis sank die Zahl der Ermittlungsverfahren in den 1970ern, um im folgenden Jahrzehnt wieder etwas anzusteigen; die Anzahl der politischen Häftlinge verringerte sich ebenfalls – die Zahl der gleichzeitig Einsitzenden schwankte in den 1970ern zwischen knapp 2000 und knapp 3500. Außerdem wurden sie zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt als zuvor – und, wie seit 1963 üblich, oft durch die Bundesrepublik freigekauft. Die allermeisten Ermittlungsverfahren und auch die gesetzlichen Änderungen des Strafgesetzbuches richteten sich gegen Ausreiseantragsteller\_innen. Insgesamt galt für die Stasi inzwischen der Grundsatz, möglichst keine politischen Märtyrer\_innen zu machen. Und bei den Oppositionellen war oft der Bekanntheitsgrad im Westen ausschlaggebend dafür, wie hart die Repressionsorgane gegen sie zuschlugen.

Im Zusammenhang mit der stärkeren Öffnung nach Westen stand auch, dass die Stasi die Anwendung physischer Gewalt bis zum Mord möglichst geheim hielt. Die Gewaltoption blieb erhalten, die Todesstrafe bestand sogar bis 1987 – aber wenn möglich, sollte ein solches Vorgehen nicht öffentlich bekannt werden. Nur in einem Bereich wurde offen weiter getötet: an der innerdeutschen Grenze. Zwar wurde auch hier versucht, sogenannte „Republikflüchtlinge“ im Vorfeld abzufangen. Aber damit die Grenze ihre Funktion als Machtsicherungsinstrument erfüllen konnte, musste der Schießbefehl weiter in Kraft bleiben.

Da das Regime immer weniger auf offene Einschüchterung und Kriminalisierung seiner Gegner setzte, wurden die Methoden des MfS raffinierter. Die Stasi zielte mit ihrer Richtlinie 1/76 auf sogenannte Zersetzungmaßnahmen. Diese sollten die oppositionelle Wirksamkeit der „Zielpersonen“ einschränken oder ganz beseitigen. Die Richtlinie nannte zwölf Methoden, unter anderem die Diskreditierung des öffentlichen Rufs, die Organisierung beruflicher und sozialer Misserfolge, das Schüren persönlicher Rivalitäten und gegenseitiger Verdächtigungen sowie das Verbreiten kompromittierender Fotos. Diese Maßnahmen sollten verdeckt erfolgen, damit die Stasi nicht als Auslöser erkannt werden konnte. Gruppen von „feindlich-negativen Kräften“ sollten auf diese Weise zersplittert, gelähmt und desorganisiert werden.

Hinzu kam ein Weiteres: Die Stasi sollte, wenn möglich, verhindern, dass es überhaupt zu oppositionellen Regungen kam. Das heißt, sie musste in deren Vorfeld ak-

tiv werden und die Überwachung verstärken. Dem diente der Ausbau des Netzes von Inoffiziellen Mitarbeiter\_innen, aber auch die Zusammenarbeit mit den sogenannten Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei, die wiederum Ansprechpartner\_innen für Hausgemeinschaftsleitungen und Hausbuchführer\_innen waren. Soziale Kontrolle und Überwachung gingen Hand in Hand.

Vor diesem Hintergrund war es kein Wunder, dass die Stasi in der Ära Honecker in einem vorher unbekanntem Ausmaß wuchs. Das Wachstum begann bereits 1968. Da mit dem Näherrücken des Westens im Zuge der Entspannungspolitik eine Destabilisierung der Diktatur drohte, blieb das MfS die ganzen 1970er Jahre auf Expansionskurs. Umfasste es 1971 rund 45.500 hauptamtliche Mitarbeiter\_innen, waren es 1982 bereits 81.500. Das Gleiche galt für das IM-Netz, dem 1968 ungefähr 100.000 Personen angehörten und 1975 ungefähr 180.000 – eine Zahl, die bis zum Ende der DDR im Wesentlichen konstant blieb.

#### **V. Die Potenzierung der Probleme in den 1980er Jahren und die Reaktion der Bevölkerung**

In den 1980er Jahren potenzierten sich die Probleme, die bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre unübersehbar geworden waren, insbesondere in der Wirtschaft. Zu einer Zäsur wurde hier die sowjetische Entscheidung, die jährlichen Erdöllieferungen an die DDR ab 1982 von 19 auf 17 Millionen Tonnen zu reduzieren. Das skizzierte Geschäftsmodell der DDR mit dem Verkauf raffinierter Erdölprodukte in den Westen funktionierte nicht länger. Das bedeutete, dass nun noch mehr als vorher auf die heimische Braunkohle als Energieträger zurückgegriffen wurde – mit verheerenden Konsequenzen für die Umwelt. Überdies trieb diese sowjetische Entscheidung die DDR geradezu in die Arme der Bundesrepublik, von deren Unterstützung sie immer abhängiger wurde.

Überdeutlich wurde dies mit dem vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß vermittelten Kredit über eine Milliarde D-Mark, der die Zahlungsunfähigkeit der DDR verhinderte. 1984 folgte ein weiterer Kredit in ähnlicher Höhe. Nur mithilfe des westlichen Klassenfeindes konnte der ostdeutsche Staat seine Kreditwürdigkeit erhalten! Im Gegenzug bröckelte die Politik der Abgrenzung: Honecker machte eine Reihe von Zugeständnissen im innerdeutschen Verhältnis, besonders auf humanitärem Gebiet. Unter anderem durften immer mehr Ostdeutsche in die Bundesrepublik reisen. Zu Beginn der 1980er Jahre waren es rund eine bis anderthalb Millionen DDR-Bürger\_innen, darunter aber lediglich 40.000 unterhalb des Rentenalters. 1986 waren es rund zwei Millionen, darunter aber schon 600.000 Nichtrentner\_innen – Zahlen, die 1987 auf 5,1 Millionen beziehungsweise 1,3

Millionen anstiegen. Damit die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik möglichst unbeeinträchtigt blieben, war Honecker darauf bedacht, auch die innerdeutschen Beziehungen möglichst aus der seit 1979 heftiger werdenden Ost-West-Konfrontation herauszuhalten. Er riskierte dafür die Verärgerung Moskaus, konnte sich aber mit seiner Linie weitgehend durchsetzen. Nur als er 1984 einer Einladung in die Bundesrepublik Folge leisten wollte, musste er sich dem Einspruch des großen Bruders fügen. Insgesamt florierten die deutsch-deutschen Beziehungen jedoch Mitte der 1980er Jahre und kulminierten 1987 in Honeckers Besuch in Westdeutschland. Offiziell handelte es sich lediglich um einen Arbeitsbesuch, aber das war nur für Spezialist\_innen des Protokolls erkennbar. Nach außen erschien die Visite als Staatsbesuch, was eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR impliziert hätte. Bundeskanzler Helmut Kohl goss zwar etwas Wasser in den Wein, indem er sich in seiner Tischrede beim festlichen Abendessen zur Überwindung der deutschen Teilung bekannte. Am Gesamteindruck änderte dies jedoch wenig. Honecker hatte folglich am Rhein einen Triumph gefeiert, mit dem die Existenz der DDR langfristig gesichert werden sollte.

Doch dazu war nicht nur Anerkennung von außen, sondern auch Anerkennung von innen erforderlich, also die Zustimmung der Ostdeutschen zu ihrem Staat. Ein bis dahin relativ hohes Maß an Zufriedenheit hatten viele DDR-Bürger\_innen zu Beginn der Ära Honecker gezeigt: Wenn man den Worten des Generalsekretärs damals Glauben schenkte, schien es mit dem Lebensstandard aufwärts zu gehen. Auf dieser Hoffnung basierte eine Grundstimmung, die nicht mehr so negativ war wie in den Jahren zuvor. Jedoch war der Westen nähergerückt. Sowohl das allabendliche Westfernsehen als auch die Besucher\_innen aus Westdeutschland demonstrierten das enorme Gefälle zur Bundesrepublik im Hinblick auf Konsum und politische Freiheit. Daher wendete sich das Blatt schon bald wieder. Hinzu kam, dass ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Grenzen der östlichen Konsumwelt unüberschaubar wurden – die „Kaffeekrise“ von 1977 habe ich bereits genannt. Die zunehmende Unzufriedenheit der Ostdeutschen drückte sich auch in einem vermehrten Ausreisendrang aus. Da vielen eine legale Ausreise verwehrt wurde, kam es auch zu Botschaftsbesetzungen in Ost-Berlin. Die Besetzer\_innen ließen sich nur durch die Zusage einer Ausreise zum Verlassen der Vertretungen bewegen. Da das Beispiel Schule machte, wollte Honecker sich 1984 Luft verschaffen, indem er mehrere Zehntausend Menschen ziehen ließ: In diesem Jahr erhielten insgesamt über 48.000 Personen eine Ausreisegenehmigung. Damit war freilich nicht, wie er gehofft hatte, das Problem gelöst; das Beispiel fand viele Nachahmer\_innen, es entstand eine regelrechte Ausreisebewegung.



Winfried Schneider-Deters (Mitte), 1990 Mitbegründer der Bautzen-Foren als erster Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sachsen

Dazu trug eine weitere Verschlechterung der Stimmung in der DDR in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bei. Denn seit 1985 gab es mit dem neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow einen Hoffnungsträger in der Sowjetunion. Er demonstrierte den Ostdeutschen, dass es anscheinend möglich war, das realsozialistische System zu reformieren. Viele DDR-Bürger\_innen hofften, dass der SED-Führung, die bisher immer nach dem Motto „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ gehandelt hatte, nichts anderes übrigblieb, als sich dem Reformkurs anzuschließen. Doch die Regierenden in Ost-Berlin dachten nicht daran. Als Ende 1988 klar war, dass Honecker nicht, wie vielfach gemutmaßt, 1990 zurücktreten, sondern die DDR noch in das kommende Jahrzehnt zu führen gedachte, machte sich endgültig Resignation breit. Aus der allgemeinen Stagnation sahen viele nur die Ausreise in den Westen als Ausweg: Zu Beginn des Jahres 1989 warteten bereits 125.000 Personen auf eine Genehmigung ihres Antrags, im ersten Halbjahr kamen weitere 23.000 Antragsteller\_innen hinzu.

Warum folgte die SED-Führung nicht Gorbatschows Beispiel? Honecker und seiner Mannschaft war nur zu bewusst, dass bei ernsthaften Reformen nicht nur der Machtverlust, sondern auch der Untergang der DDR drohte. Niemand brachte das deutlicher auf den Punkt als Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschafts-

wissenschaften beim ZK der SED: „Sie [die DDR] ist nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine. Nur wenn wir diese Tatsache immer vor Augen haben, wird klar erkennbar, wie wichtig für uns eine Gesellschaftsstrategie ist, die kompromißlos auf die Festigung der sozialistischen Ordnung gerichtet ist.“

Es war letztlich die ungelöste deutsche Frage, die die DDR strukturell reformunfähig machte. Umso wichtiger wurden damals die beiden bisher bewährten Säulen der SED-Herrschaft: die sowjetische Unterstützung und die Mauer. Als beides um die Jahreswende 1989/90 infolge der Friedlichen Revolution nicht mehr gegeben war, waren auch die Tage der SED-Diktatur gezählt, und die Wiedervereinigung Deutschlands rückte auf die Tagesordnung der Weltgeschichte.

## Diskussion

**Matthias Eisel:** Lieber Herr Prof. Wentker, haben Sie sehr vielen Dank für Ihre Darstellung der DDR in diesen beiden Jahrzehnten und Ihre Analyse der Rolle Honeckers.

**Frage aus dem Publikum:** Sie sind tätig für eine wissenschaftliche Institution in München, Berlin. Hans Möhring, der hier in Bautzen über 15 Jahre in Haft war, sagte nach dem Kredit von Strauß 1983 auf einer Veranstaltung der VOS (Vereinigung der Opfer des Stalinismus) in Karlsruhe: „Protestiert nicht als ehemalige politische Häftlinge gegen diesen Kredit, das ist notwendig, damit die DDR eine Alternative zur Sowjetunion hat.“ Ist Ihnen bekannt, dass dieser ehemalige Häftling für diesen Kredit für die DDR warb? Er hat für den BND und für einen englischen Dienst gearbeitet. Möglicherweise wurde er vom BND geschickt und sollte bei den ehemaligen Häftlingen werben.

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Das wäre eine Möglichkeit, aber diese Episode ist mir nicht bekannt. Man müsste die genaue Motivation dieses ehemaligen politischen Gefangenen kennen, um das erklären zu können.

**Frage aus dem Publikum:** Sie erwähnten die Botschaftsbesetzungen, die man aus Budapest, Prag und Warschau kennt. Es gab sie auch in Ost-Berlin, sagten Sie. Wie wurde damit umgegangen, wenn auch dort Leute versuchten, in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik einzudringen? Und gab es auch Besetzungs- oder Fluchtversuche in Botschaften anderer westlicher Bündnisstaaten?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Es gab tatsächlich Vorläufer der Botschaftsbesetzungen 1989, und zwar in Ost-Berlin. Da wurden sowohl die Ständige Vertretung der

Bundesrepublik als auch die Botschaften anderer Staaten – etwa der USA, damit ging es los in den 1980ern – von Ausreisewilligen besetzt, die sagten: „Wir bleiben so lange hier, bis wir raus dürfen.“ Das führte zu Verhandlungen mit der DDR-Regierung, die dann in der Regel ihren Beauftragten, den Anwalt Wolfgang Vogel, schickte. Der verhandelte dann mit den Botschaftsbesetzer\_innen und sagte sinngemäß: „Wir können euch nicht direkt aus der Botschaft in den Westen schaffen, aber wenn ihr euch bereit erklärt, kurzzeitig zurückzugehen, und einen Ausreiseantrag stellt, dann kommt ihr zügig in den Westen.“ Am Anfang sagte Honecker, er wolle das Problem möglichst rasch lösen, es ging flott, aber später sah er, dass auch dieses Beispiel Schule machte. Es wurden immer mehr. Zeitweise machte das dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik schwer zu schaffen. Er sagte: „Eigentlich müsste ich die Vertretung schließen.“ Damit wurde es etwas komplizierter, aber im Wesentlichen funktionierte es nach diesem Schema.

**Frage aus dem Publikum:** Und wie wurde damit innerhalb Ost-Berlins konkret umgegangen? Wurde mehr darauf geachtet, die Botschaften hermetisch abzuriegeln? Oder warum gab es diese Bilder, die man aus Prag kennt, nicht auch in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Genau das wurde gemacht. Vor der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik wurde massiv Polizei hingestellt, um den freien Zugang zu verhindern.

**Matthias Eisel:** Sie hatten die Schlussakte von Helsinki erwähnt, die ja von der DDR unterzeichnet wurde und die seinerzeit sogar im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlicht wurde. Für viele war das damals ein Grund, diese Zeitung erstmals zu kaufen. Doch das Berufen auf die in der Schlussakte festgeschriebenen Bürger\_innen- und Freiheitsrechte führten zu keinem Anspruch darauf. Sehen Sie diese Schlussakte dennoch als ein Instrument, das den Wunsch nach bestimmten Freiheitsrechten wie der Ausreise aus der DDR befeuerte?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Natürlich gab es keinen Anspruch, der in der DDR-Verfassung verankert gewesen wäre. Aber die Berufung auf die Schlussakte war ein Druckmittel, man konnte damit argumentieren, denn Honecker hatte sie unterschrieben. Wenn man damit zu den Polizeibehörden oder wohin auch immer wegen seines Ausreiseantrags ging, war es allerdings auch nicht so einfach, dass sie etwa sagten: „Ihr dürft jetzt ziehen.“ Sondern es kam zu einem oftmals langwierigen Verfahren. Man versuchte, die Leute zu bewegen, ihren Ausreiseantrag zurückzunehmen, man machte ihnen Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, sie verloren ihre Arbeit und so weiter. Man brauchte also auch mit dieser Berufungsgrundlage einen langen Atem. Dass den aber viele Leute hatten, zeigt, wie schlimm sie die Situation empfanden.



Prof. Dr. Hermann Wentker, Matthias Eisel

**Prof. Dr. Rainer Eckert aus dem Publikum:** Der Eingang zur Ständigen Vertretung an der Chausseestraße, Ecke Friedrichstraße war ja relativ schwach bewacht. Da standen zwei, drei Volkspolizisten und daneben befand sich dieses typische Wachhäuschen wie vor allen Botschaften in Ost-Berlin. Man konnte zum Eingang der Vertretung durchgehen, ohne aufgehalten zu werden. Die Voraussetzung war, dass von innen die Tür geöffnet wurde. Dann war es möglich, das Gebäude zu betreten. Die Staatssicherheit saß aber im Haus gegenüber und filmte alles. Das war das gleiche Haus, in dem Wolf Biermann wohnte.

Was ich aber sagen oder fragen will: Diktaturen existieren nicht nur durch die totalitäre Staatspartei und ihren Machtapparat, sondern auch durch Unterstützung durch Teile der Bevölkerung. Wir rätseln immer, wie viel Prozent das sein könnten, und haben nur relativ schwache Daten. Wie viel Prozent der Ostdeutschen, würden Sie schätzen, haben dieses System aktiv unterstützt und standen hinter ihm? Es gibt ja ebenfalls Diskussionen darum, wie viele Menschen die Revolution 1989 unterstützten – manche meinen, die gesamte DDR-Bevölkerung. Ilko-Sascha Kowalczuk und ich vertreten dagegen die Meinung, dass es nur eine kleine Minderheit war, vielleicht eine Million Menschen. Was schätzen Sie?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Ein Anhaltspunkt ist die Zahl der SED-Mitglieder. Die müssen ja schon ein gewisses Interesse an der Aufrechterhaltung der Diktatur gehabt haben. Wobei man auch da Abstriche machen muss. Ich würde die Zahl der Unterstützer\_innen nicht als zu hoch ansetzen. Aber ich kann keine Schätzung abgeben.

**Prof. Dr. Rainer Eckert:** Ich gehe von etwa 20 Prozent aus, kann es aber auch wissenschaftlich nicht beweisen.

**Alexander Latotzky aus dem Publikum:** Meine erste Frage bezieht sich auf die Schlussakte von Helsinki, die im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wurde. Trifft es zu, dass nur ein Bruchteil dieser Auflage in den öffentlichen Verkauf geriet und der Großteil eingestampft wurde?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Nein, das trifft nicht zu.

**Alexander Latotzky aus dem Publikum:** Und eine zweite Frage: Ein Bekannter von mir ist mit vielen Leuten in die Dänische Botschaft geflohen, aber die Dänen haben die Stasi auf das Gelände gelassen, und die hat alle da wieder rausgeholt. Ist so etwas auch von anderen Botschaften bekannt?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Das ist natürlich bedenklich, ist mir aber von anderen Botschaftsbesetzungen nicht bekannt. Die westlichen Botschaften haben eigentlich schon darauf geachtet, den Menschen, die zu ihnen kamen, zu helfen und sie nicht der Stasi auszuliefern. Denn sie wussten, was das bedeutete.

**Frage aus dem Publikum:** Mich interessiert auch, wie viele den Staat noch unterstützten. Aussagekräftig sind die Wahlergebnisse vom Mai 1989, ich habe selbst mit ausgezählt. Da lag der Anteil derer, die gestrichen haben, bei zehn bis 15 Prozent. Aber ich wollte etwas zu den Unterstützer\_innen aus dem Westen Deutschlands fragen, weil es eine enorme Rolle spielt. Ihr Vortrag war hervorragend, aber war das, was Sie hier vortrugen, in der Bundesrepublik 1989 auch in dieser Klarheit bekannt? Wenn man Westmedien verfolgte, hörte man sehr viele kritische Sendungen. Aber teilweise wurde Honecker dort auch dafür gelobt, dass er angeblich den Draht zu den eigenen Leuten wieder fand. Da fragte man sich zum Teil, wo diejenigen eigentlich leben, die so etwas behaupten. Wieso konnte die Unterstützung im Westen so groß sein für das Regime in der DDR? Für diejenigen, die wackelig waren, war das nämlich ein Maßstab, wenn sie aus dem Westen hörten, in der DDR sei es doch eigentlich ganz gut, auch dass dort die antifaschistische Tradition scheinbar bis heute anhalte. Wie schätzen Sie die Unterstützer\_innen der DDR-Diktatur im Westen ein?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Da muss man natürlich unterscheiden. Die einen sagten: „Honecker liberalisiert doch, damit kann man doch ganz gut leben, es ist nicht

mehr so schlimm wie unter Ulbricht.“ Auf der anderen Seite sagte man im Westen sinngemäß: „Wir machen jetzt Entspannungspolitik im Sinne der Menschen der DDR, damit es dort Lockerungen gibt. Wenn wir jetzt immer wieder die schlechten Seiten der DDR-Diktatur anprangern, ist das kontraproduktiv.“ Das war eine Grundhaltung, die in den 1970er und 1980er Jahren in vielen westdeutschen Parteien weit verbreitet war. Das führte auch dazu, dass die DDR etwas schöngeredet wurde. Das war ein Ergebnis dieser Idee vom Wandel durch Annäherung, da haben sich auch diejenigen gewandelt, die diesen Prozess angestoßen haben.

**Frage aus dem Publikum:** Ich komme aus Lübeck und danke Ihnen sehr für diese spannende Zusammenfassung einer Geschichte, die ich von der anderen Seite erlebt habe. Meine konkrete Frage bezieht sich auf den legendären Kredit, den Franz Josef Strauß eingeleitet hat und der damals einen mächtigen Rumor erzeugte. Wie beurteilen Sie dessen ökonomischen Stellenwert: War das ein echtes Hilfsangebot an die DDR – ein Versuch, dieser Wirtschaft auf die Beine zu helfen? Oder war es ein fast ironischer Beweis, dass die DDR von der Bundesrepublik völlig abhängig war?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Die DDR hat dieses Geld gebraucht, um wieder kreditwürdig zu werden. Das war das Hauptmotiv für die DDR. Sie hat vorher versucht, dieses Geld auf anderen Wegen zu bekommen. Als das nicht klappte, sprang die Bundesrepublik ein. Strauß war einer der größten Gegner der DDR im Westen. Es gibt eine Aussage von ihm, sinngemäß: „Die DDR muss vom Westgeld so abhängig werden wie ein Suchtkranker von seinem Rauschgift, sodass sie davon nicht mehr loskommt.“ Bei Strauß ging es sicher in diese Richtung, die Sie ansprechen.

**Frage aus dem Publikum:** Ich schließe mich der Frage an. Mein Wissen geht dahin, dass Strauß die Forderung stellte, die Grenzanlagen abzubauen. Darüber ist die Öffentlichkeit nicht gut informiert. Neulich hörte ich im MDR, der Strauß-Kredit wurde gegeben, es wurde nicht auf den Abbau der Grenzanlagen hingewiesen, und am Ende wurde ausgeführt, dass der Kredit zurückgezahlt wurde. Was ist Ihnen dazu bekannt?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Es ging natürlich auch um Gegenleistungen der DDR im humanitären Bereich. Inwieweit der Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze ein unmittelbares Ergebnis dieser Gespräche war oder ob das schon im Vorfeld in der DDR beschlossen worden war, ist noch etwas kontrovers. Aber es fiel zeitlich zusammen und wurde dann als humanitäres Entgegenkommen der DDR ausgelegt. In jedem Fall gab es solches Entgegenkommen.

**Frage aus dem Publikum:** Bei der Frage nach der Unterstützung der DDR im Westen möchte ich darauf hinweisen, dass die 1968er\_innen noch nicht erwähnt wurden, die an den Hochschulen sehr aktiv in diese Richtung tätig waren. Und zwei-

tens: Wer sich im Westen vor 1989 nicht für die DDR interessierte, einschließlich der Geschichtslehrer\_innen – ich bin einer –, der hat sich danach erst recht nicht dafür interessiert. Das unterstützt natürlich eine ganze Reihe von Leuten, die seit 1990 eine euphemistische Rolle bestimmter Leute in der DDR betonen wollen. Ich möchte alle Hochschulvertreter\_innen bitten, in der Lehrer\_innenbildung mehr Wert auf Faktenvermittlung zu legen.

**Frage aus dem Publikum:** Ich möchte mich anschließen. Ich habe es drei Stunden vor dem Mauerbau nach West-Berlin geschafft, lebe also seit 1961 in Westdeutschland. Mein Eindruck ist, im Wohlstand leidet die politische Bildung. Viele Leute, die sich ständig über alles beschweren, können sich einfach nicht vorstellen, was in der DDR passiert ist. Denen möchte ich sagen: Ich wünsche euch mal ein Jahr finstere DDR, dann würdet ihr eine ganz andere Meinung vertreten.

**Frage aus dem Publikum:** Führten der Kredit und die Abhängigkeit der DDR, die sich Franz Josef Strauß wünschte, auch dazu, dass Häftlinge gegen Devisen nach dem Westen geschafft wurden?

**Prof. Dr. Hermann Wentker:** Den Häftlingsfreikauf gab es schon seit 1963. Das hatte nichts mit dem Milliardenkredit zu tun. Und zu den 1968er\_innen: Die haben natürlich ein gewisses Klima an den Hochschulen der Bundesrepublik geschaffen, aber nicht alle waren, auch wenn sie links waren, zugleich Befürworter\_innen der DDR. Ich bin dafür, den 1968er\_innen gerecht zu werden. Die DDR-Befürworter\_innen gab es darunter sicher auch. Viele 1968er\_innen hatten aber einen idealistischen Sozialismus vor Augen, den es so nicht gab.



Prof. Dr. Peter Brandt, Dr. Nancy Aris, Pia Heine, Walter Momper, Markus Meckel (v. l. n. r.)

## PODIUMSDISKUSSION

Dr. Nancy Aris, Prof. Dr. Peter Brandt, Markus Meckel, Walter Momper  
Moderation: Pia Heine

### Die Ostpolitik Willy Brandts, das Ringen der DDR um internationale Anerkennung und die damit einhergehende Destabilisierung der Macht der SED

**Pia Heine:** Unser Thema ist ein sehr weites Feld. Für den Zusammenbruch der DDR Ende der 1980er werden viele verschiedene Faktoren verantwortlich gemacht, außenpolitische, innenpolitische, wirtschaftliche. Wir gehen in diesem Podium stärker auf die außenpolitischen Faktoren ein, morgen geht es dann mehr um die inneren. Ich freue mich auf unsere Gäste.

Da ist zum einen Walter Momper, geboren in Niedersachsen, der Politik, Geschichte und Volkswirtschaft in Münster, München und West-Berlin studierte und 1975 ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurde, wo er sehr lange Mitglied war. Seine prominenteste Station auf dem Lebensweg war seine Tätigkeit als Regierender Bür-

germeister von Berlin in den Jahren 1989 bis 1991, also erst in der geteilten, dann in der wiedervereinigten Stadt. Er war von 2001 bis 2011 Präsident des Abgeordnetenhaus in Berlin und später im Projektentwicklungsbereich tätig.

Daneben Markus Meckel, geboren in Müncheberg in Brandenburg, er ist Theologe und auch ehemaliger Politiker. Seit den 1970ern war er in der DDR-Opposition schon aktiv, er ist Mitbegründer der Ost-SPD, also der SDP, wiedergegründet am 40. Jahrestag der DDR in Schwante. Er war von April bis Oktober 1990 Mitglied der einzigen frei gewählten Volkskammer und von April bis August 1990 auch Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Damit nahm er neben Hans-Dietrich Genscher an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen teil. Später war er in den 1990ern Mitglied des Deutschen Bundestags und als solcher auch in den beiden Enquete-Kommissionen, die ja gerade auch hier für die Anwesenden nicht ganz irrelevant waren im Bereich der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Er hat zudem zahlreiche Ehrenämter, er war zum Beispiel lange Vorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung, ist zweiter Vorsitzender der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und Vorsitzender der Deutsch-belarussischen Gesellschaft.

Dr. Nancy Aris, geboren in Ost-Berlin, hat nach dem Mauerfall Russistik, Polonistik und Neuere deutsche Geschichte in Berlin, Moskau und Breslau studiert, wurde zur Geschichtsschreibung im Stalinismus promoviert und hat anschließend viel im Bereich Repressions- und Widerstandsgeschichte geforscht, besonders zu ehemaligen Haftorten. Sie war seit 2003 Stellvertretende Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, ist seit März 2020 die Sächsische Landesbeauftragte und hat natürlich auch schon einige Werke publiziert, unter anderem eine Studie zum Kaßberg-Gefängnis. Sie hat daneben verschiedene Ausstellungen erarbeitet und war in der historischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig.

Schließlich Prof. Dr. Peter Brandt, geboren in West-Berlin, er ist Historiker, Professor im Ruhestand für Neuere und neueste Geschichte an der Fern-Uni Hagen und politischer Publizist. Er wurde an der FU Berlin über den Wiederaufbau der deutschen Arbeiterbewegung nach 1945 am Beispiel Bremens promoviert, später mit einer Untersuchung zum Thema Studentische Bewegungen und Frühnationalismus um 1800 an der TU Berlin habilitiert. Er deckt eine große thematische und epochale Breite in seiner Forschung ab, ist also kein reiner Zeithistoriker. Und er ist Mitglied im Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Mitbegründer und Sprecher des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft. An Sie alle ein herzliches Willkommen.

Es steht schon im Titel: Die Ost-Politik von Willy Brandt. Ich möchte die Runde gleich mit Peter Brandt eröffnen. Der engste Vertraute Ihres Vaters, Egon Bahr,

prägte den Begriff von der „Politik der kleinen Schritte“. Wie hat sich denn dieser neue Umgang mit dem Osten konkret im Alltag für Sie bemerkbar gemacht und was verstehen Sie unter der „Politik der kleinen Schritte“?

**Prof. Dr. Peter Brandt:** Ich war Anfang der 1960er Jahre noch sehr jung. Als die Mauer gebaut wurde, war ich zwölf Jahre alt, habe jedoch alles sehr bewusst mitbekommen. Ich habe die Stadt noch erlebt, als sie zwar verwaltungsmäßig geteilt, aber noch ein sozialer Organismus war. Ich glaube, dass mich das sehr geprägt hat. Auch die Vorstellung, irgendwie gibt es weiterhin ein Berlin und ein Deutschland. Das ist ein Unterschied zu denen, die sehr viel später zugereist sind und unter Umständen nie ein Verhältnis zum anderen Teil der Stadt und zum Umland fanden.

Die Frage lautete, wie ich das erlebt habe: Man kann sagen, die Entspannungspolitik startete mit dem Höhepunkt des Kalten Krieges, mit der Doppelkrise um Berlin und Kuba, wobei wir heute noch genauer wissen, dass es besonders im zweiten Fall haarscharf an der ganz großen Katastrophe vorbeiging und wir alle froh sein können, dass wir hier überhaupt sitzen. Diese Erfahrung war ein Anknüpfungspunkt, zunächst für die Weltmächte, zu sagen: Wir können einander vernichten. Wer als Erster zuschlägt, stirbt als Zweiter. Wir haben also ein beiderseitiges Interesse, einen Modus Vivendi zu finden.

Alle anderen, namentlich die Deutschen, mussten entscheiden, wie sie sich da ein-gruppieren, nachdem nun diese schreckliche Mauer – zwar nicht mit Zustimmung, aber mit stillschweigendem Einverständnis der Westmächte – gebaut worden war. Die Frage für die Deutschen lautete konkret, wie sie jetzt darauf reagieren. Protestieren sie nur gegen dieses schreiende Unrecht oder versuchen sie, in dem Rahmen, wie er nun gegeben ist, ihre Interessen wahrzunehmen?

Das war der Ausgangspunkt sowohl für die „Politik der kleinen Schritte“ in West-Berlin als auch übrigens für die ersten Schritte zur Entspannungspolitik in der Bundesrepublik mit dem damaligen Außenminister Gerhard Schröder (CDU), der das die „Politik der Bewegung“ nannte. Das waren die ersten Ansätze noch in der ersten Hälfte der 1960er Jahre. In Berlin waren die Passierscheinverhandlungen das Herausragende. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie die Leute vor Weihnachten 1963 in klirrender Kälte standen, um zu ihren Verwandten auf der anderen Seite zu kommen. Da fanden sich auch viele aus der Rest-DDR ein, es war ein gesamtdeutsches Treffen. Das war das erste greifbare Ergebnis. Passierscheinregelungen konnten bis 1966 dann noch ein paar mal getroffen werden und gewissermaßen der Vorstellung zum Durchbruch verhelfen: Wenn wir die Mauer nicht auf Anhieb wegbekommen, müssen wir wenigstens versuchen, sie etwas durchlässiger zu machen, zumindest in eine Richtung. Und darauf hoffen, dass das – zusammen mit an-



Prof. Dr. Peter Brandt

deren Vereinbarungen – eine aufweichende Wirkung auf den östlichen Block hat.

**Pia Heine:** Herr Momper, wie haben Sie als Student in den 1960ern die Ostpolitik von Willy Brandt erlebt? Und – seit 1967 sind Sie SPD-Mitglied – wie wurde denn innerhalb der SPD diese neue Ostpolitik diskutiert?

**Walter Momper:** Ich kam 1967 nach West-Berlin, weil ich da studieren wollte, und habe es beim dritten Anlauf auch geschafft. Großgeworden bin ich in Bremen. Ich erinnere mich noch an den Mauerbau ein paar Jahre zuvor, da war ich mit meiner Großmutter allein, meine Eltern waren nach Dänemark in den Urlaub gefahren. Und als ich von der Mauer hörte, dachte ich, das kann gar nicht sein, man kann keine Stadt zertrennen. Mir ist dann bewiesen worden, dass es doch geht, sogar ziemlich perfekt.

Von da an wollte ich immer nach Berlin, zum einen wegen der Lage und der Nähe zur DDR, das interessierte mich, aber auch wegen der FU, die fortschrittlicher als andere Universitäten war und auch sehr schön. Ich habe das Leben in Berlin in vollen Zügen genossen, das kulturelle, aber auch später das politische. Als Willy Brandt zunächst Außenminister wurde in der Großen Koalition, war das für uns mit großer Hoffnung für die Ostpolitik verbunden. Vorher war es ätzend, wie die CDU-ge-

führte Regierung immer hinterherlief, wenn die DDR irgendwo wieder ein Fitzelchen Anerkennung in Pakistan oder sonst wo erwischte, dann zogen sie ihre Botschafter\_innen zurück und all so ein Theater. Wir hofften, das würde sich nun endlich ändern und dass Willy Brandt frischen Wind reinbringen würde, nämlich durch eine Politik des Wandels durch Annäherung.

Die Regierung Kiesinger war eigentlich schon ziemlich auf diesem Weg, die haben es dann schrittweise schon ein bisschen zugelassen. Dann kam das Viermächteabkommen, der deutsche Grundlagenvertrag, in diesen Tagen vor 50 Jahren, das war dann die realisierte Situation. Da gab es viele in West-Berlin, die nicht glaubten, dass die Situation auf den Transitwegen wirklich besser werden würde. Man traute es der DDR nicht zu, dass sie sich an diese Regeln halten würde. Es gab auch große Widerstände, nicht nur bei der CDU und Teilen der FDP, auch in der Sozialdemokratie, in Berlin ganz besonders. Das waren die alten Kämpfer\_innen gegen den Kommunismus, die mit der Sache nichts zu tun haben wollten.

Dann haben wir relativ schnell erfahren, dass sich die DDR durchaus an das Viermächteabkommen hielt, an den Verkehrsvertrag, sodass alles sehr viel glatter lief und sich damit die Situation auf den Transitwegen entspannte. Vorher war es ja abenteuerlich. Ich habe selbst einmal in Helmstedt mit dem Auto gestanden und versucht, nach West-Berlin zu kommen, da machten die einfach die Grenze dicht, ohne eine Erklärung. Das war ätzend. Und auch besonders, denn es gab ja keine Regeln dafür, was sie kontrollieren durften. Einmal hatte ich eine Kiste mit Kartoffeln von zu Hause mitbekommen, da sagte der Grenzer – das war noch vor dem Viermächteabkommen –, ich soll die auspacken. Das habe ich dann Kartoffel für Kartoffel gemacht. Dann wurde ihm das zu lang und er sagte, ich solle schneller machen. Schließlich sagte er, lass es sein, und ich konnte alles wieder einpacken. Solche verrückten Sachen gab es öfter, aber das wurde nun durch das Abkommen besser, auch für die West-Berliner.

Der Ausgleich mit Polen kam hinzu, das war großartig: Willy Brandt, wie er vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau auf die Knie fiel, auch der Ausgleich mit den Russen. Das waren Riesenschritte, eine große Veränderung, die Aussöhnung nach dem Osten. Das war die Komplettierung des Werks von Adenauer, der ja nur den Ausgleich mit dem Westen hinbekommen konnte. Den Ausgleich mit dem Osten hat Willy Brandt geschafft. Das führte ja dann langfristig auch zu guten Wirkungen mit der Sowjetunion. Dass das heute nun wieder ganz anders aussieht, ist eben das Auf und Ab der Geschichte.

Aber das alles war gut und hat mich ganz persönlich auch sehr gefreut. Ich habe auch bei Wahlkämpfen mitgemacht, denn für die Ostpolitik zu kämpfen, das war

für einen jungen Menschen wie mich eine Ehrensache. Damals hat die SPD die besten Wahlergebnisse bekommen, die haben sich seitdem nicht wieder eingestellt, aber das kann ja auch nochmal alles anders werden.

**Pia Heine:** Führen Sie die guten Wahlergebnisse auf die Ostpolitik zurück?

**Walter Momper:** Aber natürlich, das war doch eine Ehrensache, dass man dafür zur Wahl ging. Die dagegen waren, das waren so CDU-Leute, die nicht daran glaubten, das war schwierig. Aber wir Jüngeren traten dafür ein. Natürlich kam vieles zusammen, auch die Reformen im Inneren, die ganze Veränderung der Justiz, die neue Scheidungsgesetzgebung und was alles dazugehörte. Aber die Ostpolitik war der Kern, die Aussöhnung nach Osten hin, mit den Völkern, denen wir so unsägliches Leid angetan hatten, friedlich zu leben, darauf kam es uns an. Ich war 1970 erstmals nach Polen und Russland gereist und sagte dann immer: So europäisch, wie die Pol\_innen und die Russ\_innen denken, das glaubt in Deutschland keiner. Die wollten offen sein für Literatur, für alles aus dem Westen. Und dafür die ersten politisch wichtigen Schritte zu tun, das haben uns Willy Brandt und die neue Ostpolitik gebracht. Darüber, dass ich das persönlich miterlebt habe, bin ich froh und dankbar.

**Pia Heine:** Frau Dr. Aris, wie haben denn politische Häftlinge auf diese neue Ostpolitik reagiert? Hat sich für sie auch eine Hoffnung damit verbunden?

**Dr. Nancy Aris:** Sie waren ja nicht von Anfang an politische Häftlinge, sondern zunächst erst einmal Menschen, die in der DDR kritisch eingestellt waren und die Diktatur als solche benannt haben. Ich glaube, dass es unter ihnen Kritiker\_innen gab, die sich Sorgen machten, ob weiter am Wiedervereinigungsgebot festgehalten würde, ob man der DDR nicht zu viele Zugeständnisse mache und dadurch möglicherweise den diktatorischen Charakter des Landes irgendwann übersieht – zugunsten der Stabilisierung der gesellschaftlichen Prozesse und für die Friedenssicherung auf internationaler Ebene. Es veränderte sich auch die Bewertung von Widerstand. Die Fluchthelfer\_innen zum Beispiel: Unmittelbar nach dem Mauerbau, besonders Anfang der 1960er Jahre, wurden die Tunnelbauer\_innen zunächst als Held\_innen verehrt, aber dann wandelte sich das Bild und sie wurden als Störenfriede gesehen, weil sie eventuell die Entspannungspolitik gefährden könnten. Ich denke, das Ganze ist ambivalent zu betrachten. Es gibt ja auch den Spruch „Wandel durch Anbiederung“ statt „Wandel durch Annäherung“. Die Entspannungspolitik wurde nicht überall nur positiv und kritikfrei gesehen.

**Pia Heine:** Wie wurde das denn in den östlichen Nachbarstaaten aufgenommen, Herr Meckel? Kritisch oder mit Hoffnung? Hat man sich zum Beispiel in Polen durch die Entspannung des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und DDR bessere Beziehungen erhofft?



Dr. Nancy Aris

**Markus Meckel:** Zu allererst möchte ich etwas zur DDR sagen, weil das der Teil Deutschlands ist, über den bisher noch nicht gesprochen wurde. Man muss wissen, in der DDR war nicht alles gleich. Und ich kann nicht für die ganze DDR sprechen, denn es gab keine Öffentlichkeit, man wusste nicht, was andere denken, mit denen man persönlich nichts zu tun hatte. Sondern jeder lebte – wie man heute sagen würde – „in seiner Blase“. Deshalb müssen in der Frage der Aufarbeitung nicht nur die Wessis eine ganze Menge lernen, sondern auch ehemalige DDR-Bürger\_innen müssen durch Aufarbeitung etwas lernen, weil sich das Land erstens im Laufe der 40 Jahre verändert hat und zweitens jeder nur seinen Bereich kannte. Natürlich gab es ein paar Grundsätze, die man teilte.

Bei mir war es der kirchliche Bereich, in dem ich aufwuchs, den ich gut kannte. Er war über die Mauer hinaus institutionell vereint. Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) – unmittelbar nach dem Krieg Mitte der 1940er gegründet – war bis 1969, also die halbe Zeit der DDR, noch zusammen. Die Evangelische Kirche der Union (EKU) war sogar nie wirklich getrennt. Es gab eine strukturelle, auch institutionelle Zusammengehörigkeit von Ost und West über die gesamte Zeit der DDR. Mein Vater ist in Wuppertal aufgewachsen. Seine Heimatadresse, als er aus der

Kriegsgefangenschaft zurückkam, war Berlin-Britz. Als er eine Woche vor Gründung der DDR zurückkam, bekam er ein Angebot, nach Hannover als Jugendpfarrer zu gehen, hat sich dann aber für den Osten entschieden, weil die Evangelische Kirche hier dringend Pfarrer suchte, die den Gemeinden im Kommunismus beistanden. Deshalb bin ich in Müncheberg geboren, in einer Gemeinde in der Nähe war mein Vater Pfarrer. Ich war aber damit von vornherein DDR-Bürger mit einer „vererbten“ kritischen Haltung gegenüber dem Staat, in dem wir lebten. Das ist etwas völlig anderes, als wenn jemand in einem kommunistischen Umfeld aufwuchs.

So lebten meine Eltern und auch die Kirche in einem gesamtdeutschen Zusammenhang. Wenn man die Briefe liest, sich die Kontakte anschaut, dann erkennt man eine gesamtdeutsche Existenz, die sich nur unter schwierigen Bedingungen verwirklichen ließ. Ab 1959 lebten wir in der Nähe des Alexanderplatzes im Haus der Berliner Mission, wo heute die Evangelische Kirche Berlin ihren Bischofssitz hat. In diesem Haus trafen sich, als die Mauer gebaut wurde, ständig Leute, Gemeinden aus Ost und West. Jürgen Schmude, der spätere Ratsvorsitzende der EKD und Justizminister unter Helmut Schmidt, hat bei uns in der Wohnung 1961 seine Frau kennengelernt, es dauerte Jahre, bis sie zu ihm in den Westen konnte. Es gab ganz enge Verflechtungen.

Zur Ostpolitik. In den kirchlichen Kreisen, in denen ich aufwuchs, gab es das klare Bewusstsein: Willy Brandt kniet in Warschau auch für uns, stellvertretend für alle Deutschen. Mein Vater war Offizier der Wehrmacht gewesen, er kam aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft als Pazifist zurück. In den evangelischen Kirchen in Deutschland gab es ein klares Bewusstsein über Schuld und Verantwortung der Deutschen. Dadurch fühlten wir uns in diese Konstellation eingebunden und mit dem Westen verbunden, was jedoch für die offizielle DDR nicht der Fall war. Für die war die Mauer der „antifaschistische Schutzwall“, das heißt, verantwortlich für den Krieg waren die im Westen. Im Osten war man gewissermaßen automatisch durch die Ideologie entschuldigt.

Als ich in den 1970ern nach Polen fuhr, habe ich viele in meinem Alter erlebt, die erst dort feststellten, dass sie als Deutsche behandelt wurden, als Teil des Volkes, das in Polen so Furchtbares angerichtet hatte. Die dachten vorher, im Freundschaftsland hätten sie damit nichts zu tun, und merkten erst dort, dass sie einer großen Lüge aufgesessen waren und dass der Krieg auch etwas mit ihnen und ihrer Verflechtung mit der deutschen Geschichte zu tun hatte.

Willy Brandt sprach 1989 davon, dass zusammenwächst, was zusammengehört. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen ist ganz stark davon geprägt, dass die Begegnung von Menschen seit 1961 trotz Mauer möglich war. Natürlich

auch durch die Medien. Jede Kirchengemeinde hatte ihre Partnergemeinde im Westen. Viele, die im Westen keine Verwandten hatten, kamen über die Kirche in Kontakt, was stark zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl führte.

**Pia Heine:** Ich möchte noch etwas stärker auf ein Thema eingehen, nämlich den ständigen Wunsch nach internationaler Anerkennung der DDR. Es gab verschiedene Stationen, etwa das Passierscheinabkommen zwischen West- und Ost-Berlin, den Grundlagenvertrag, die neuen Besuchsregelungen. Kann man sagen, dass diese Öffnung bis zur Besuchsregelung ab den 1960ern und besonders den 1970er Jahren zur Erosion der DDR beitrug? Also hat es die Leute eher besänftigt, weil sie – zumindest als Rentner\_innen – nun reisen konnten, oder wurde der Wunsch nach freiem Reisen nur noch größer?

**Dr. Nancy Aris:** Es trug auf jeden Fall zur Destabilisierung bei, denn es waren ja viele, die in den Westen reisen konnten. Ab den 1980er Jahren waren es nach meinen Informationen etwa 120.000 pro Jahr, ab 1986 sogar 1,3, dann 1,5, später sogar 1,7 Millionen. Ich glaube, dass es ganz viel ausmachte, wenn DDR-Bürger\_innen in den Westen fahren und sich anschauen konnten, wie die Menschen dort leben, weil sie einerseits die ihnen vorgesetzte permanente Propaganda hinterfragten. Andererseits hatten sie keinen Anspruch auf so eine Reise. Sie durften nur in dringenden Familienangelegenheiten fahren. Sie waren Bittsteller\_innen und als solche einem willkürlichen System der Beantragung, Begutachtung und Überprüfung durch staatliche Organe unterworfen. Es gab also zwei Effekte: Einerseits hatten sie das Schaufenster in die freie Welt gesehen und kamen danach wieder in ihre DDR als „Insass\_innen“ zurück. Sie konnten nur in den Westen, wenn sie so ein Beantragungsprozedere, dessen Ausgang ungewiss war, mitmachten. Sie erlebten die Parteibürokratie selbst und hinterfragten die Strukturen auf eine neue Weise kritisch. Dass sie nach der Rückkehr in die DDR ihr Land mit anderen Augen sahen, muss sehr viel zur ideologischen Delegitimierung beigetragen haben. Und der dritte Punkt, warum das so wichtig ist: Weil über Jahre die Kontakte gehalten wurden, brach das Zugehörigkeitsgefühl zu „den Deutschen auf der anderen Seite“ nicht ab, man entfremdete sich über die Jahrzehnte nicht so sehr, wie das beispielsweise bei den Koreaner\_innen der Fall ist.

**Pia Heine:** Können sich die anderen dieser Einschätzung anschließen?

**Prof. Dr. Peter Brandt:** Wir wissen ja jetzt, wie es ausging. Und es ist immer die Gefahr, dass man als Historiker begründet, wieso es so kommen musste, wie es kam. Es musste aber nicht so kommen. In den frühen 1960ern gab es erste Überlegungen für eine Entspannungspolitik mit der Vorstellung, dass sich der Ostblock verändern und ein Prozess entstehen würde, in dem eines Tages die Sowjetunion ihre Bastion

in Ostdeutschland in ihrem eigenen Interesse aufgeben könnte. Aber das waren noch sehr allgemeine Vorstellungen – wie etwa die, dass man der Sowjetunion die DDR abkaufen könnte. Über Zeitdimensionen hätte sich niemand gewagt zu äußern. In der DDR gab es auch die gegenteilige Reaktion auf den Mauerbau, selbst unter kritischen Leuten. Manfred Krug sagte mal sinngemäß: Wir dachten, jetzt, da die Mauer steht, können wir freier agieren, weil nicht mehr die Gefahr besteht, dass alle weglaufen. Diese Haltung gab es auch. Sie ist natürlich bitter enttäuscht worden. Ich glaube, insgesamt sind die DDR-Forscher\_innen – zu denen ich nicht gehöre – relativ einhellig der Meinung, das erfolgreichste Jahrzehnt seien die 1960er Jahre gewesen, gewissermaßen die zweite Hälfte der Ulbricht-Ära. Es laufen immer verschiedene Tendenzen parallel, und was sich wie durchsetzen würde, war in den 1960ern und 1970ern noch nicht abzusehen.

**Markus Meckel:** Ich finde es auch problematisch zu fragen, wann der Anfang des Endes war. Denn das war schon der Anfang der DDR. Man muss sich ja auch mal deutlich machen, dass die deutsche Bevölkerung völlig durcheinandergewirbelt war. Es gab über zehn Millionen Vertriebene, ob sie nun durch Flucht oder Vertreibung ins Land kamen oder auf dem Weg waren. Viele kamen erst in den Osten, viele gingen weiter. Trotz allem war Mecklenburg, mehr noch als Schleswig-Holstein, ganz stark geprägt von sogenannten „Umsiedler\_innen“, die natürlich ihre Verwandten im Westen hatten. Und nicht nur sie.

**Prof. Dr. Peter Brandt:** Man geht davon aus, dass ein Drittel der Menschen im Westen Verwandte im Osten hatte. Im Osten waren es wahrscheinlich noch mehr.

**Markus Meckel:** Wenn es ein Drittel in Westen war, wo vier Fünftel der Deutschen lebten, gegenüber einem Fünftel in der DDR, dann muss ein ganz hoher Anteil der Bevölkerung in der DDR westliche Verwandte gehabt haben. Das änderte sich, zum einen durch Sterben der engen Verwandten, dann gingen Kontakte zu weiter entfernten Verwandten verloren. Auch hatten viele Menschen meines Alters im Westen, die keinen Kontakt mehr hatten, mit dem Osten nichts am Hut. Adenauer hatte als Rheinländer zum Osten Deutschlands kein besonderes Verhältnis, östlich vom Harz galten ihm alle als sozialdemokratisch „verseucht“, weil Brandenburg und Sachsen stark sozialdemokratische Länder gewesen waren. Wenn er durch die DDR fuhr, schloss er die Gardinen, er wollte da nicht hinsehen. Für Rhein- oder Saarländer\_innen der nächsten Generation gehörten die Toskana oder Südfrankreich zur Lebenswelt, aber nicht Leipzig oder Dresden. Neben der Verwandtschaft spielte das Westfernsehen eine große Rolle, das viele in der DDR schauten – da wurde ein Gefühl des Wohlstands vermittelt. Wenn jemand ein Stück Schokolade isst, ist sein Wunsch damit nicht befriedigt – sondern er will die ganze Tafel essen. So sagten al-



Walter Momper

le, die mal den Westen besuchten, das, wie es dort ist, sollte das Normale sein. Und ich sage, das war konzeptionell. Diese Anziehungskraft war ein Teil der These von Wandel durch Annäherung. Der Wandel sollte im Osten passieren, indem sich etwas bewegt. Und zwar sowohl in Bezug auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen als auch durch die Freiräume, die entstanden – etwa durch Journalist\_innen, die Informationszugang ermöglichten. Auch die Möglichkeiten zu reisen haben unheimlich viel gebracht. Adenauer war damals nicht wirklich begeistert, als Willy Brandt 1963 die erste Besuchsmöglichkeit in Ost-Berlin nach dem Mauerbau aushandelte. Das war dann der frühe Beginn einer neuen Ostpolitik, die von der CDU abgelehnt wurde.

**Pia Heine:** Herr Momper, Sie waren seit 1975 im Abgeordnetenhaus von West-Berlin. Wie gestalteten sich konkret die diplomatischen Beziehungen zur DDR und zu Ost-Berlin?

**Walter Momper:** Nach dem Verkehrsabkommen gab es eine direkte Verbindung. Und zwar traf sich ein leitender Senatsrat einmal im Monat mit einem Botschafter des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der DDR. Die besprachen dann

alle Dinge, die sich aus dem Verkehrsabkommen oder aus dem Grundlagenvertrag ergaben, und alles, was sonst noch so zu besprechen war. Etwa so etwas wie Kanalleitungen, Straßenbauwerke oder Ähnliches. Es gab auch Sonderverhandlungen. Zum Beispiel verhandelte die Bauverwaltung immer, wenn sie in den Wasserstraßen West-Berlins, die ja unter der Betriebsaufsicht der DDR waren, etwas verändert haben wollten, oder auch bei der Reichsbahn, die ebenfalls durch die DDR in West-Berlin betrieben wurde. Das waren die offiziellen Kontakte.

Viel später begann Richard von Weizsäcker damit, zweimal im Jahr den Staatsratsvorsitzenden zu treffen und mit ihm politisch interessierende Fragen zu besprechen. Das lief auch ganz gut. Da wurde zwar nur verhandelt, was auch verhandelt werden konnte. Strittige Fragen wurden oft nur so geklärt: Die eine Seite sieht es so, die andere Seite sieht es anders. Es wurden zum Teil menschliche Erleichterungen besprochen. Bei jedem Besuch bekam man eine von den Diplomaten zusammengestellte Liste besonders schwieriger Fälle, die in DDR-Gefängnissen einsaßen. Auch ich habe Honecker besucht und einmal einen Marinesoldaten von den Grenztruppen an der Ostsee rausgeholt, der zehn Jahre im Knast saß und nur noch einen Arm und ein Auge hatte. Da dachten wir, nach zehn Jahren reicht es nun mal. Das habe ich bei einem der „Gartengespräche“ bei Honecker vorgebracht.

Diese gab es nämlich neben den offiziellen Verhandlungen, wo man vorbereitete Zettel hatte, von denen man nur abzulesen brauchte – oder es auch sein lassen konnte. Bei einem Gespräch habe ich Honecker auch mal vorgeschlagen, es sei doch eine tolle Idee, wenn wir uns gemeinsam als Ost- und West-Berlin für die Ausrichtung der Olympischen Spiele bewerben würden. Das sei für die DDR mit einer enormen Aufwertung verbunden und wir in West-Berlin hätten auch eine Menge davon. Die Welt würde auf Berlin schauen. Da lächelte er, legte seinen Zettel weg und sagte sinngemäß: „Also wissen Sie, wenn wir mal in der DDR Olympia machen, dann in Leipzig, da ist nämlich alles noch da, die Stadien, die Sporthallen und was noch dazugehört.“ Da sagte ich: „Na gut, wenn Sie das so sehen, versuchen Sie es.“ Es wäre klar gewesen, dass Gesamt-Berlin den Zuschlag bekommen hätte, wenn wir beiderseits den Vorschlag gemacht hätten, da hätte sich die Welt gar nicht weigern können. Als dann später die Mauer offen war, habe ich das noch mal mit dem Oberbürgermeister von Ost-Berlin erörtert, und der war Feuer und Flamme für die Sache, weil der natürlich sah, was für seine Stadt dabei herauspringen würde. Aber Honecker lebte in seiner eigenen Welt, wenn er dachte, er könne das in Leipzig machen. Dazu kam es natürlich nicht.

**Markus Meckel:** In dem Zusammenhang muss ich eine Story zwischen uns beiden erzählen, Walter. Am 22. Juni 1990 fand am Checkpoint Charly in Berlin dieses

Happening der Amerikaner statt, an dem du ja leider nicht teilnehmen konntest. Das ist ein Ort, an dem hoffentlich irgendwann ein Zentrum des Kalten Krieges gebaut wird, das an diese internationale Dimension der Teilung Berlins erinnert. Damals, 1990, habe ich die besondere Rolle der Besatzungsmächte kennengelernt, hier der Amerikaner. Ich war zwar im Westteil, aber dennoch in meiner Heimatstadt, die Mauer war gefallen. Aber bei diesem Festakt am Checkpoint Charly, dem symbolischen Entfernen des Kontrollgebäudes, waren die Amerikaner die Akteure – und alle in Berlin Verantwortlichen waren Gäste. Eine merkwürdige Situation war das.

Dass die Sowjetunion ihre Truppen mit der deutschen Vereinigung würde abziehen müssen, war klar. Ebenso klar war: Die westlichen Truppen können bleiben, waren sie doch in die NATO integrierte Truppen, also auf einer anderen Rechtsbasis. Bei den Zwei-plus-Vier-Gesprächen schlug ich damals in Berlin vor, dass alle Alliierten ihre Truppen aus Berlin abziehen sollten, auch die westlichen. So hätte man es geschafft, dass ohne irgendeinen Verlust an Sicherheit alle Alliierten gleich behandelt werden und die Hauptstadt verlassen. Als ich das bei den Verhandlungen vorschlug, hast du mich im Anschluss ganz aufgeregt angesprochen und gefragt: „Aber wer beschützt uns denn dann?“ Ich sagte, den Schutz braucht ihr nicht, genauso wenig wie die Deutschen in Leipzig und Dresden!

**Walter Momper:** Wir waren anderes gewöhnt.

**Markus Meckel:** Ja genau, das ist bis heute ein Problem.

**Pia Heine:** Kommen wir noch mal kurz zurück zum Ringen nach internationaler Anerkennung und den Vertragswerken in den 1970ern. Was war denn damit aus der Perspektive politisch Verfolgter verbunden? Es kam ja häufig zu Amnestien, Gefangene machten sich große Hoffnungen, gerade nach der Unterzeichnung des Vertrages von Helsinki, aber auch seit der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Wie haben sich außenpolitische Brüche und Veränderungen auf das Haftregime und die Haftbedingungen ausgewirkt? Hat sich etwas verändert, verbessert?

**Dr. Nancy Aris:** Es gibt mehrere Faktoren, die mit der Entspannungspolitik zusammenhängen. Natürlich haben sich die Verfolgungsmethoden der Staatssicherheit verändert, ein Stück weit weg von den brutalen, offensichtlichen zu subtilen Verfolgungsmethoden, das war auch in den Haftanstalten so. Der Freikauf war ein ganz wichtiger Aspekt. Viele Häftlinge kamen in den Westen, durchliefen dort ein Verfahren im Notaufnahmelager Gießen und wurden zu ihrer Haft befragt. In Salzgitter gab es die wichtige zentrale Erfassungsstelle, wo politische Kriminalität erfasst wurde. Allein die Existenz dieser Erfassungsstelle war ganz wichtig für die Häftlinge. Sie wussten, wenn sie entlassen werden und im Westen darüber berichten, wie sie in der DDR verfolgt wurden, und Namen nennen, dann hätte das einen möglicher-

weise korrigierenden Einfluss. Damit wussten auch die Wärter\_innen genau, dass sie nun nicht mehr total willkürlich Gewalt ausüben konnten und dass herauskäme, wer was gemacht hat, wenn das System einmal anders wird. Ich denke, es hatte einen „zivilisierenden“ Einfluss und die Häftlinge erhofften sich etwas davon. Das sieht man auch daran, dass Briefe an Politiker\_innen im Westen geschrieben wurden. Dieses Mittel wurde intensiv genutzt. Es hat nicht immer geholfen, aber ich denke, es war ganz wichtig, dass es die KSZE, Amnesty International, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und andere Hilfsorganisationen gab, die im Westen ganz aktiv waren. Sie waren zwar teilweise auch von der Staatssicherheit infiltriert, aber es gab Informationsflüsse und Verbindungen, die in die DDR zurückwirkten.

**Walter Momper:** 1963 begann das mit dem Freikauf, das waren zunächst nur Einzelfälle. Nach dem deutschen Grundlagenvertrag explodierten dann die Zahlen. Es war klar, wenn hier wirklich jemand versuchte abzuhaufen und dabei nicht totgeschossen, sondern gefasst wurde, dann musste er oder sie einen Teil im Knast absitzen und wurde schließlich freigekauft. Das war schon ein ziemliches Massengeschäft. Die Kaufpreise haben mächtig zugenommen über die Zeit, nachher wurden teilweise auch Unbequeme rausgeschmissen, die gar nicht in Haft gewesen waren. Das war später auch ein beliebtes Mittel, sich unbeliebter Elemente zu entledigen.

**Pia Heine:** Frau Aris, Sie sagten, es hatte eine „zivilisierende“ Wirkung.

**Dr. Nancy Aris:** Ja, in Führungszeichen. Ich weiß nicht, ob im DDR-Strafvollzug überhaupt irgendetwas zivil war, aber die ganz offene Brutalität ließ nach. Auch weil durch die Zentrale Erfassungsstelle klar war, dass Vergehen größerer Art erfasst wurden. Die wurden ja nicht nur notiert, weil man sammelwütig war, sondern das hatte von Anfang an eine vorbereitende Funktion. Sie hatte den Zweck, dass dann eine Strafverfolgung erfolgt, wenn sich die Rechtspraxis ändert oder die DDR einmal Geschichte sein wird. Zum Teil hat bereits in der alten Bundesrepublik eine Strafverfolgung eingesetzt. Diese Stelle war kein Archiv oder Museum, sondern eine Strafverfolgungseinrichtung, die mit Staatsanwaltschaften zusammenarbeitete und insofern nicht so ein zahnloser Tiger war, wie man vermuten könnte.

**Pia Heine:** Mit dem Unterzeichnen der Helsinki-Akte von 1975 nahm die Zahl der Ausreisearträge immens zu. Herr Meckel, war Ausreise für Sie eine Option?

**Markus Meckel:** Nein, war es nicht. Als mich die Berlin-Brandenburgische Kirche am Ende meines Studiums nicht in den Dienst übernahm, musste ich sehen, wo ich unterkomme. Da gab es eine kurze Phase, bevor mir die Mecklenburger gewissermaßen „Asyl“ gaben, in der es für mich nicht klar war, wie es weitergeht. Für mich war es aber überhaupt kein Ziel, in den Westen zu gehen. Ich wollte im Land bleiben, in



Markus Meckel

der DDR, etwas verändern, aber wollte auch nicht nur jahrzehntelang Friedhofsgärtner sein. Ich wollte auch nicht nach Sachsen gehen, viele Sachsen waren mir zu pietistisch, das entsprach nicht meiner Frömmigkeit. In ein Dorf im Erzgebirge zu gehen, hätte mir auch nicht so gefallen. Also überlegte ich, wo will ich hingehen. Da gab es die Kirche Sachsen-Anhalt, aber die dortige Kirchenführung war viel zu angepasst, das galt auch für die Pommersche Landeskirche mit dem Bischofssitz in Greifswald. Schon diese damaligen Überlegungen zeigen, dass es Unterschiede zwischen den Kirchen gab. Insofern waren für mich Mecklenburg und die Kirchenprovinz Sachsen mit Magdeburg als Zentrum die beiden, wohin ich versuchte, Kontakt aufzunehmen. Die Mecklenburger haben mich dann schnell übernommen, dafür bin ich dem Bischof Radtke, der heute über 90 Jahre alt ist, immer noch dankbar. Er hatte eine sehr klare Position zu diesem Staat, da fühlte ich mich wohl und gut aufgehoben. Es gab also wirklich nur diese eine kurze Phase, in der ich zumindest an Weggehen dachte – als Option für den Fall, dass ich nirgendwo unterkomme.

**Pia Heine:** Herr Brandt, Sie haben in West-Berlin gelebt, wie waren denn Ihre persönlichen Beziehungen zu Ostdeutschland in dieser Zeit?

**Prof. Dr. Peter Brandt:** Bis zur Besucherregelung, also bis zum Berlinabkommen und dem, was folgte, konnte ich gar nicht nach Ost-Berlin. Ich habe mich nie als Wessi oder BRD-Bürger gefühlt und habe deshalb auch nie versucht, den westdeutschen Ausweis zu bekommen, was ja manche West-Berliner probierten. Vielleicht war ich ein bisschen bockig: Wenn schon, will ich Wahlrecht als Berliner haben. Sobald es ab 1971/72 möglich war, hatte ich Kontakte in die DDR. Natürlich war mir klar, dass ich das nicht wirklich verlässlich herausbekommen würde, aber mir war wichtig, verschiedene Bereiche von Auffassungen kennenzulernen: sowohl eindeutige Oppositionelle als auch normal „Angepasste“ – in jedem System passt sich ja die Mehrheit an –, aber auch SED-Leute. Ich habe eine Reihe von Fachkolleg\_innen kennengelernt; es gab in den 1980ern sogar gemeinsame Veranstaltungen von ost- und westdeutschen Historiker\_innen, sogar Zeithistoriker\_innen. Es war durchaus bemerkenswert, dass man sich bemüßigte, mit Historiker\_innen aus der Bundesrepublik und West-Berlin offen zu diskutieren, auch wenn es nicht öffentlich war.

**Pia Heine:** Wie offen waren diese Gespräche denn?

**Prof. Dr. Peter Brandt:** Die waren ziemlich offen, auch wenn es manchmal vorkam, dass ein Kollege hinterher sagte: „Das konnte ich jetzt nicht so sagen.“ Oder: „Ich musste Sie da mal angreifen.“

Aber zurück zu meinen Kontakten in den Osten: Ich kannte hauptsächlich Oppositionelle. Mehrfach war ich bei Robert Havemann, ich war auch mal bei einer größeren konspirativen Zusammenkunft in Ost-Berlin, allerdings schon relativ spät, so in den mittleren 1980ern. Natürlich war dann insgeheim jemand von der „Firma“ dabei. Irgendwann merkte man, da standen die Wagen draußen, und die Versammelten fingen an, sich abzusprechen, wie man sich verhält, wenn der ganze Laden hochgenommen wird.

In gewisser Weise gehöre ich ja auch zu diesen „schrecklichen“ 1968er\_innen, aber für die Stasi war ich ein „negativ-feindliches“ Element. Ich gehörte zu einem Schutzkomitee „Freiheit und Sozialismus“, mit dem wir uns schon in den 1970ern viel für Häftlinge einsetzten. Das spielte auf die Wahlkampflosung der CDU/CSU „Freiheit oder Sozialismus“ an, aber natürlich auch auf die DDR-Verhältnisse.

Ich würde behaupten, dass die Mehrzahl derjenigen, die gesellschaftspolitisch kapitalismuskritisch – dabei nicht antidemokratisch, sondern eher radikaldemokratisch – waren, auch der Diktatur im Osten kritisch gegenüberstanden. Meine Wahrnehmung damals war, dass es noch eine wichtigere Unterscheidung in der westdeutschen Bevölkerung gab als die Einstellung zum Ostblocksystem: Noch wichtiger war, ob man sich überhaupt für die andere Seite interessierte. Denn Desinteresse gab es in allen ideologischen Varianten: Bei den knallharten Antikommunist\_innen war

es vielen schnurzegal, was auf der anderen Seite passierte, es sei denn, man konnte im Wahlkampf darauf verweisen, wie schrecklich der Kommunismus sei. Aber ein Desinteresse gab es auch links. Der Dichter und Regisseur Franz Xaver Kroetz, der sogar eine Zeitlang in der DKP war, sagte mal, die DDR sei ihm so fremd wie die Mongolei. Das will ich gar nicht moralisch werten, aber man sollte sich klarmachen, ein wirkliches Interesse am Leben in der DDR, ein Gefühl der Verbundenheit mit den Menschen dort lief quer zu der Linie „pro oder kontra DDR“ oder wie man eben zur DDR stand.

**Pia Heine:** Frau Aris, Sie sind Jahrgang 1970, waren also noch sehr jung, als die Mauer fiel. Haben Sie selber auch Besuchsreisen nach West-Berlin unternommen? War das möglich?

**Dr. Nancy Aris:** Nein, ich durfte nicht in den Westen reisen. Ich bin in der Nähe der Mauer in Ost-Berlin großgeworden, meine Eltern sind auch aus Berlin, sie kannten die Stadt noch als soziales Gebilde, deshalb war das natürlich ein Thema, das immer mitschwang. Meine Eltern gingen als Jugendliche in West-Berlin tanzen, besuchten da Verwandte oder gingen dort ins Kino, das war sehr präsent. Es war schon eine skurrile Situation: Ich habe in der Schönhauser Allee gewohnt, und wenn man da mit der S-Bahn nach Pankow wollte, fuhr man durch die Sperranlagen und hörte an den Türen ein Geräusch und wusste, dass sich nun auf diesem Abschnitt die S-Bahn-Türen nicht mehr öffnen ließen. Aber so unheimlich das klingt, es war damals unsere Realität. Man sah die Mauerhasen, die da in Ruhe saßen, weil nie jemand dort lang kam und sie störte. Ich habe als Jugendliche nicht gedacht, dass ich erlebe, wie es mal anders sein wird. Am 9. November 1989 war ich dann – weil ich ganz in der Nähe wohnte – relativ früh am Grenzübergang Bornholmer Straße und sah die vielen Menschen. Da war ich mit dabei.

**Pia Heine:** Sie sagten gerade, Sie haben nicht damit gerechnet, dass es passieren würde. Wie geht es den anderen in der Runde?

**Prof. Dr. Peter Brandt:** Hinterher wollen es ja immer alle geahnt haben. Also ich war – nach bestem Wissen und Gewissen – seit Mitte der 1980er überzeugt, dass die Dinge in Europa und in Deutschland gründlich in Bewegung kommen. Ich war in diesen Jahren um 1990 gar nicht mehr in Berlin, sondern in Hagen am Rande des Ruhrgebiets. Aber ich erinnere mich, dass ich, kurz bevor ich dahin ging, im Frühjahr 1989 mit Freunden bei strahlendem Wetter an der Havel saß, und man guckte so in die Gegend und fragte, wie lange das mit diesen Grenzanlagen wohl noch halten wird. Da sagte ich kühnerweise, Leute, in fünf Jahren ist die Grenze weg. Das war natürlich gewagt, aber ich war sicher, dass sich etwas in diese Richtung bewegen wird. Dennoch hat es mich überrascht, dass die Mauer dann schon so bald fiel. Ich

hätte erwartet, dass der DDR-interne Prozess noch lange weitergeht, bevor es dazu kommt. Es ist mir fast peinlich, das zu sagen, aber meine Prognose, auch wenn es statt der fünf Jahre dann nur ein paar Monate gedauert hat, stimmte immerhin in der Richtung.

**Pia Heine:** Herr Momper, für Sie kam der Mauerfall ebenfalls nicht überraschend?

**Walter Momper:** Nein, aber ich dachte immer, das passiert, wenn ich mal ein alter Mann bin. Ich dachte, bis dahin wird sich das Grenzregime der DDR so verändert haben, dass es viel liberaler ist, dann hört die Schießerei auf und den Menschen geht es besser. So eine Entwicklung habe ich vorausgesehen. Aber dass ich sie noch selbst erleben werde, damit hatte ich nicht gerechnet.

Wir lästerten in West-Berlin immer darüber, wie Honecker sagte: Grenzregime wie überall auf der Welt. Da sagte ich, hoffentlich meint er nicht so wie in den USA, denn die amerikanischen Kontrollen bei der Einreise sind ja noch furchtbarer, als sie in der DDR je waren, so kleinlich und kleinkariert.

Für mich war aber 1988 klar, dass sich in der DDR einiges verändern würde, schon allein durch Honeckers Abgang, der bevorstand. Dass es einen Parteitag gäbe, war ja angedacht, geplant und auch in der Öffentlichkeit diskutiert, soweit möglich. Auch dass Krenz Honecker ersetzen würde.

Aber der eigentliche Mauerfall war für mich nur insofern vorher klar: Seit dem Frühjahr hatte sich eine Veränderung abgezeichnet, auch die schnelle innere Veränderung der DDR mit all den demokratischen Gruppen, die stark wurden. Am 30. Oktober waren wir dann bei Schabowski in Ost-Berlin, Honecker war weg, Krenz die neue Nummer eins, Schabowski die Nummer zwei, Manfred Stolpe war auch dabei. Wir wollten mal bereden, was denn die Veränderungen für West-Berlin bedeuten. Und dabei sagte Schabowski am Ende eines dreistündigen Gesprächs über dieses und jenes eher beiläufig, er werde Reisefreiheit geben. Und ich fragte ihn: „Was meinen Sie denn mit Reisefreiheit?“ Da sagte er: „Jeder, der ausreisen will, ob auf Dauer oder vorübergehend, kann ausreisen, wenn er will.“

Uns interessierte natürlich, wann das sein sollte – es sollte noch vor Weihnachten sein. Und wir mussten wissen, was das für West-Berlin bedeuten würde, wie viele Besucher\_innen wir ungefähr zu vergegenwärtigen hätten. Wir saßen so am Tisch, der Chef der Senatskanzlei und mein Pressechef waren auch dabei, und dachten, vielleicht würden so 500.000 kommen. Und wir fragten Schabowski, ob er denn Vorbereitungen dafür getroffen habe. Da kam raus: Vorbereitungen – null, nichts. Da fragten wir ihn, wie viele Besucher\_innen wohl aus der DDR und Ost-Berlin nach West-Berlin kommen würden? Er sagte, wir sollten uns nicht solche Sorgen machen. Nur zwei Millionen DDR-Bürger\_innen hätten überhaupt einen Pass, und bis die

anderen einen Pass und alle eine Visum hätten, das könne er regulieren. Da sagte ich zu ihm: „Aber Sie machen das Ganze doch, um den Druck loszuwerden.“ Ja, das sollte ich mal seine Sorge sein lassen. Ich dachte, na klar, ist ja auch seine Sorge, meine jedenfalls nicht. Wir sagten zu Schabowski, er solle uns rechtzeitig Bescheid geben, wenn es noch vor Weihnachten sein soll, am besten vier Wochen vorher. Wir machten ihm klar, dass es doch ein großes Ereignis für sein Land, für unser Land sei, für unsere Stadt und für seine Stadt und dass wir da ganz großen Bahnhof machen und das auch vorbereiten würden. Vier Wochen vorher wäre gut, eine Woche würde auch noch reichen, aber drei, vier Tage sei bisschen knapp. Das sicherte er uns auch alles zu.

Wir haben dann – vom 9. November wussten wir am 30. Oktober noch nicht, das kam ja dann schon überraschend, wie jeder weiß – mit 500.000 Besucher\_innen pro Tag geplant, das war unsere Messziffer. Das größte Problem für uns war, wie wir die alle transportieren sollten. Wenn alle mit dem Auto gekommen wären, dann wäre in West-Berlin landunter gewesen, da wäre gar nichts mehr gegangen. Also sagten wir, von den 500.000 können 250.000 mit Bahn und Bus morgens rein, abends wieder raus, die anderen müssen zu Fuß gehen.

Tatsächlich hatten wir am 9. November dann eine Million Besucher\_innen in West-Berlin, und das sah man auch. Die Straßen waren voll. Dank Schabowski ist ja alles etwas anders gelaufen, als er sich das gedacht und mit uns besprochen hatte. Er dachte irgendwie, es würde so ablaufen wie üblich in der DDR, mit Stempel, Abteilung für Inneres, Räte der Kreise, der Städte, alle Leute würden dahin und so weiter. Es gab große Unterschiede zwischen den Regionen, in denen man kein Westfernsehen empfangen konnte, und den anderen. Als am 9. November alle schon rüber konnten, sind die Leute aus Regionen ohne Westfernsehen noch zu den Räten der Kreise gegangen. In Bergen auf Rügen etwa standen die Leute so lange Schlange, bis die Ersten am Nachmittag aus Hamburg zurückkamen und sagten, ihr seid doch verrückt, fahrt so über die Grenze, ihr braucht dafür keinen Passierschein. Die Informationen waren nicht gleichmäßig verteilt, sondern von der Reichweite des Westfernsehens abhängig. Das habe ich wohl gemeint, als ich sagte, dass ich vorher wusste, was kommen würde. Nur wie es genau kommen würde, wussten wir natürlich vorher nicht.

**Pia Heine:** Sie sagten alle, für den Moment haben Sie es nicht kommen sehen. Im Mai 1989 wurden ja schon die ersten Grenzanlagen zwischen Österreich und Ungarn abgebaut. Da gab es also schon den ersten Riss im Eisernen Vorhang. War Ihnen da schon klar, dass es nun auch in der DDR losgehen würde? Oder dachte man, vielleicht machen die auch wieder zu?



Pia Heine

**Walter Momper:** Man weiß ja in der Politik nie, was kommt. Das ist auch in solchen Fällen so. Wenn ich erzählen würde, wie mir das vorkam, würde ich immer im Juni 1989 mit der Öffnung der Grenze zwischen Österreich und Ungarn beginnen: als die beiden Außenminister mit der großen Schere den Stacheldraht durchschnitten und die Ungarn sagten, sie würden niemanden mehr in die DDR zurückschicken, der versuche abzuhauen, auch die Grenzanlagen würden nicht mehr durch Scharfschützen gesichert. Da dachte ich, wenn das dort so ist, dann ist die DDR nicht mehr das Gefängnis, das sie bis dahin war. Dass das eine ganz grundlegende Änderung war, ist mir klar gewesen. Aber man weiß ja nie, wie es weitergeht.

Wir haben dann eher in die DDR hineingewirkt, indem wir Programmreden gehalten haben, was die Leute fordern sollten und so was alles. Im August kam das Pan-europäische Picknick an der österreichisch-ungarischen Grenze, das hatte ausgerechnet Otto von Habsburg veranstaltet. Es wurde abends auch groß im Fernsehen gezeigt, als Zeichen, dass da Leute von Ost und West zusammenkommen können.

Und auf einmal ging das Tor an der Grenze auf, paar Hundert DDR-Bürger\_innen gingen nach Österreich rein, aber niemand hinderte sie daran. Die ungarischen Grenzer standen dabei und schauten zu. Das war schon etwas anderes als bisher, und ich dachte, wenn das möglich ist, wird auch anderes möglich sein.

Außerdem schauten wir immer nach Leipzig, unser Maßstab war die Montagsdemonstration – wie viele Menschen dahin gehen. Es war mit 100 Leuten etwa losgegangen, dann wurden es mehr und mehr, bald waren es 1000, dann 3000 und 5000.

Am 10. Oktober waren zwei französische Attachés, die auf einer DDR-Reise gewesen waren, in der Senatskanzlei zu Gast. Die hatten am Vorabend die Demonstration in Leipzig gesehen und erzählten nun morgens beim Frühstück, es seien 60.000 Leute gewesen. Heute habe ich erfahren, es waren tatsächlich mehr, sogar 70.000 bis 100.000. Das war die Montagsdemonstration des 9. Oktober, des Tages, an dem der Staat hatte verlauten lassen, es werde keine Versammlung mehr zugelassen und es werde geschossen. Dann gab es den Appell von Gewandhauskapellmeister Kurt Masur an Polizei und Staat, keine Gewalt anzuwenden.

Und da dachte ich, wenn unter solchen Bedingungen, in dieser angstbesetzten Situation so viele Menschen auf die Straße gehen, dann ist klar, dass man das mit den Mitteln der Polizei, mit Gummiknüppeln, nicht mehr in den Griff bekommt. Dann hat die Staatsgewalt das Sagen verloren, dann ist es vorbei, dann bekommt man das nur noch mit Militär in den Griff, und das bedeutet dann Bürgerkrieg. Es ist nicht so gekommen, aber das war der revolutionäre Akt der Bevölkerung der DDR, das kam in Leipzig zum Ausdruck.

Ich habe dann später durch einen Stasibericht dieser zentralen Auswertungsgruppe erfahren, dass die Stasi das meiste recht gut gewusst hat. Aber sie konnte in der Situation gar nichts mehr machen. Und das ist eben Revolution – wenn von oben etwas durchgesetzt werden soll und die unten machen nicht mehr mit. In dem Stasibericht steht auch, dass in Markkleeberg schon die Truppen versammelt waren. Aber die Betriebskampfgruppen waren schon gar nicht mehr erschienen, die hatten keine Lust mehr. Die Bereitschaftspolizei sagte, als scharfe Munition ausgegeben wurde, die nehmen wir nicht an, wir schießen nicht auf die eigenen Leute. Und die NVA nahm die Munition zwar noch entgegen, aber die Soldaten sagten auch: Wenn ihr glaubt, wir schießen auf die eigenen Leute – das machen wir nicht. Daran sieht man eben, es war vorbei, die Staatsgewalt konnte sich nicht mehr durchsetzen.

**Markus Meckel:** Ich möchte auch meine Perspektive noch einbringen, die Frage war ja, ab wann man mit umfassenden Änderungen in der DDR rechnete. Bis 1987 hätte ich nie gedacht, dass ich einmal Demokratie oder gar die deutsche Einheit erleben

würde. Dann aber – und das hatte mit Gorbatschow zu tun – entstand so langsam ein Bewusstsein dafür, dass man darauf vorbereitet sein müsste und dass man, wenn sich etwas verändern lässt, dann auch selbst in der Verantwortung steht. Und zwar nicht in der abwartenden Haltung, mal gucken, wer bei uns der kleine Gorbatschow ist, der es macht, sondern schon im Bewusstsein: Das müssen wir selber machen.

Zentral waren Anfang 1988 die Verhaftungen im Zusammenhang mit der Rosa-Luxemburg-Demonstration in Berlin und die Ausreise der Inhaftierten. Das ist eine komplizierte Geschichte. Mein Gefühl war, jetzt beginnt es zu kochen, und wir hatten Interesse, dass es noch ein bisschen heißer wird. Es begannen überall Mahnwachen und wir dachten, da kann man doch die Luft nicht einfach rauslassen.

Dann hielt Gorbatschow am 7. Dezember 1988 seine Rede vor der UNO, die ich für absolut wichtig halte, in der er sagte, er ziehe 500.000 Soldaten aus Mitteleuropa ab, die Sowjetunion bekenne sich zu den Menschenrechten. Die Satellitenstaaten haben das Recht auf freie Wahl des sozialen Systems. Das war faktisch die Aussage: Ihr könnt machen, was ihr wollt – auch in der Systemfrage. Im Februar 1989 hat ja dann auch der Runde Tisch in Polen angefangen. Das hatte eine Signalwirkung dafür zu sagen, jetzt müssen wir in der DDR auch was tun.

Am 4. Februar 1989 entschieden Martin Gutzeit und ich, eine sozialdemokratische Partei zu gründen, die SDP. Damals ging es noch gar nicht um die deutsche Einheit, sondern um die Demokratie. Das zog sich dann durch bis zum 9. Oktober. Das war für mich der Tag, von dem an ich ganz subjektiv überzeugt war: Wir schaffen das mit der Demokratie. Wenn die nicht schießen, ziehen wir das durch.

Von da an bis zum 9. November war alles ein Riesenwirbel. In diesen vier Wochen organisierten wir alles in Richtung Demokratie und waren entsprechend aktiv wie so viele in dieser Zeit. Damit war die Mauer faktisch unbedeutend, denn zwei demokratische Staaten, getrennt durch eine Mauer, das konnte man vergessen. Wir sagten, darüber müssen wir uns heute nicht den Kopf zerbrechen, darum kümmern wir uns später. Denn ganz Europa war in Bewegung, erst mal ging es darum, die Demokratie zu etablieren.

Der 9. November 1989 änderte jedoch alles. Ich kam abends nach Hause, sah die Bilder im Fernsehen und sagte zu meiner Frau: „Jetzt wird alles komplizierter!“ Ich hatte keine Freudentränen, sondern sagte, jetzt sind es keine zwei Prozesse mehr, erst Demokratie, und um die Einheit kümmern wir uns später; sondern jetzt war klar, hier wollen und müssen viele mitreden! Und damit wird es kompliziert. Der zentrale Punkt war aber, die Einheit musste ausgehandelt werden. Dafür brauchte es eine demokratisch legitimierte Regierung – und diese galt es zu wählen. Denn wer sollte denn mit der Bundesrepublik über die Einheit verhandeln, doch nicht die SED!

Wir brauchten also weiterhin zunächst freie Wahlen, wir brauchten eine legitimierte Regierung, um die Einheit zu verhandeln.

Wenn man heute in der Schule fragt, weshalb die DDR-Bürger\_innen überhaupt noch eine Wahl gemacht haben – kaum einer würde das beantworten können. Aber das war der zentrale Punkt. Sodass klar war, die deutsche Einheit – und zu der haben wir uns am 3. Dezember 1989 auch bekannt – muss von beiden deutschen Staaten ausgehandelt werden. So ist es dann ja auch geschehen!

**Pia Heine:** Mit diesem Bogen würde ich gern unsere Runde hier vorn beschließen und das Podium fürs Publikum öffnen.

### Diskussion

**Frage aus dem Publikum:** 1964 gab es eine Amnestie, davor gab es den ersten großen Freikaufschub, da wurden 800 Personen freigekauft. Am 9. November hat der diensttuende Beamte in der sowjetischen Botschaft nach der Maueröffnung nicht in Moskau angerufen. Das war Verrat. Sie müssen das als SPD nicht wissen. 1987 hat ein Auftrag vom damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU, der Haushaltsexperte Bernhard Friedmann, ein Thesenpapier erarbeitet und dann ein Buch geschrieben, „Einheit statt Raketen“, das einen großen internationalen Wirbel auslöste. Russische Diplomaten sind dann zu dem Friedmann hin und sagten, das sind interessante Thesen. Meine Frage: Wer kennt die Thesen von Bernhard Friedmann? Kurz danach war Reagan in Berlin und hat Gorbatschow aufgefordert, die Mauer einzureißen.

**Prof. Dr. Peter Brandt:** Bernhard Friedmann war ein CDU-Politiker mit sehr eigenwilligen Thesen, die als ganz gefährlich angesehen wurden, weil er im Zusammenhang mit den diversen Raketenstationierungen die Frage aufwarf, ob man nicht im Hinblick auf die Herstellung der deutschen Einheit etwas machen müsste und könnte, was auch die NATO-Mitgliedschaft Westdeutschlands infrage stellt. Da war er übrigens nicht der Einzige, ich war an solchen Diskussionen auch beteiligt, das gab es rechts, das gab es links. Generell muss man aber sagen, dass alle diese Ansätze damals entweder ignoriert oder missachtet wurden. Das sage ich jetzt ohne Wehleidigkeit, es passte einfach nicht in die Landschaft. Und natürlich muss man auch einräumen, entscheidend war der reale Prozess innerhalb des Ostblocks, nicht was einzelne Leute sich dazu überlegt hatten, wie man die Dinge eventuell bewegen könnte.

**Frage aus dem Publikum:** Herr Brandt und Herr Meckel, wie nahmen Sie die Tendenzen innerhalb der SPD in den 1980er Jahren wahr? Es gab ja durchaus die Ten-



Frage aus dem Publikum

denz, das Prinzip des Wandels durch Annäherung in Richtung Wandel durch Anerkennung immer weiterzugehen. Ich möchte die kontrafaktische Frage in den Raum stellen: Wäre die DDR erst zehn Jahre später untergegangen, hätte sich dann die SPD noch stärker in Richtung einer Partei der gegenseitigen Anerkennung entwickelt? Oder sogar zu einer Partei, die sich kritisch gegenüber einer Wiedervereinigung positioniert hätte? Es gab ja 1987 mit der SED das gemeinsame Positionspapier, das auch innerhalb der SPD stark diskutiert wurde, und es gab Diskussionen über die Salzgitterbehörde.

**Frage aus dem Publikum:** Und ist denn bekannt, ob es aufgrund der von der Salzgitter-Behörde gesammelten Daten zu Prozessen kam und jemand belangt wurde? Oder sind die Prozesse im Sande verlaufen?

**Walter Momper:** Einen Wandel durch Anerkennung sehe ich nicht, sehe ich auch nicht in der SPD angelegt, der war weder mehrheitsfähig noch sonst etwas. Es war schon ziemlich klar, dass man mit der Nichtanerkennung der DDR und dem Ziehen aller Konsequenzen daraus, seitdem es die große Koalition gegeben hatte, nicht weitermachen wollte. Sondern dass man versuchen würde, einen Modus Vivendi zu finden. Der ist ja dann auch – wie Herr Wentker heute früh erzählte – gefunden

worden, und das war es dann. Alles Übrige hätte sich auf den sozialen Bereich beziehen müssen.

Dann zu Salzgitter. Also erst einmal hat die SPD nicht verlangt, die Akten zu vernichten, und es schon gar nicht getan. Das darf man nämlich nicht, weil das geschützte staatliche Akten sind. Die sind also noch da. Das Zweite ist, diese Behörde war eine gemeinsame Stelle der Landesjustizminister, und was wir in West-Berlin machten: Wir haben unseren Beitrag zu dieser gemeinsamen Stelle eingestellt und unsere Vertretung daraus zurückgezogen, weil wir keinen Sinn mehr darin sahen, diese Akten zu sammeln, denn die Informationen waren sowieso irgendwo. Es hat sich bei den Mauerschützenprozessen und dergleichen, wo die Akten hätten genutzt werden können, herausgestellt, dass dies nur sehr wenig geschah. Das meiste hat man in den Akten der Staatssicherheit und der Passkontrolleneinheiten erkannt und gesehen. Danach sind die meisten Prozesse auch geführt worden, dort war ja alles supergenau dokumentiert – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen.

**Prof. Dr. Peter Brandt:** Ich bin kein politischer Vertreter der SPD, auch wenn ich dieser ruhmreichen Partei angehöre und seit meiner Jugend politisch engagiert gewesen bin, aber ich hatte nie ein Parteiamt. Neulich bin ich in der FAZ als „Urvater des Linksnationalismus“ bezeichnet worden, was immer das sein mag. Ich habe jedenfalls sehr genau und mit gemischten Gefühlen beobachtet, wie nicht nur in der SPD, sondern auch in der CDU und in den 1980er Jahren generell, als nach meiner Einschätzung die Dinge stärker in Bewegung kamen, die Tendenz zunahm, den Status quo einschließlich der Teilung Deutschlands festzuschreiben. Diese Tendenz ist aber nicht durchgedrungen. Und als es dann aufgrund der inneren Verhältnisse in der DDR möglich wurde, die deutsche Einheit anzugehen, stellte sich sehr schnell heraus, dass die Grundstimmung in der Sozialdemokratie eine andere war.

Das war zum Teil eine Generationsfrage, aber nicht nur. Auch unter den Jüngeren gab es einige, die sehr dezidiert erkannten, was die Stunde geschlagen hatte. Man kann inzwischen – die Protokolle der Vorstandsgremien der SPD sind veröffentlicht – nachlesen, dass es nicht richtig ist, dass die Partei den Prozess der Einheit bremsen wollte oder sich ihm verweigerte. Aber man hatte bestimmte Vorstellungen, wie er gestaltet werden sollte. Meine Kritik heute wie damals: Die SPD hat diesen Prozess viel zu defensiv wahrgenommen, statt sich frühzeitig mit eigenen Ideen und Programmen einzubringen.

Die Klischees, die da verbreitet werden, sind definitiv nicht richtig. Man findet immer alles. Um die Vorgänge richtig zu gewichten, muss man manchmal drei- oder viermal hinschauen und sie ganz genau untersuchen.

**Frage aus dem Publikum:** Eine Frage an Frau Aris: Glauben Sie wirklich, dass die

Notierung der Schandtaten des DDR-Gefängnispersonals in Salzgitter dazu führte, dass sich die Leute besser benommen haben? So habe ich Sie vorhin verstanden.

**Dr. Nancy Aris:** Ihre Frage, ob ich daran glaube, finde ich in diesem Zusammenhang unpassend, denn es spielt keine Rolle, woran ich glaube. Ich habe natürlich belegbare Anhaltspunkte für diese Aussage. Diese ergeben sich aus der Memoirenliteratur und aus zahlreichen Interviews mit Inhaftierten aus dem Strafvollzug. Die Frage, ob es Verfahren gab, kann ich nicht zahlenmäßig quantifizieren. Ich weiß, dass es Verurteilungen gab, besonders auch aus den Haftanstalten Cottbus und Brandenburg, weil es da ganz berühmte namentlich bekannte Wärter\_innen gab. Es war also nicht nur ein Hirngespinnst, sondern da war schon ein Wandel über die Generationen zu sehen. Es ist natürlich die Frage, ob nun wegen der Erfassungsstelle Salzgitter oder generell wegen des KSZE-Prozesses, aber ich denke, dass diese Dinge zusammengenommen schon eine Rolle spielten.

Dass Salzgitter wichtig war, fast wie ein Stachel im Fleisch, zeigt nicht zuletzt auch die weitere Geschichte der Erfassungsstelle. Sie wurde im November 1961 auf Forderung von Willy Brandt gegründet, das darf man nicht vergessen. Aber interessant ist, dass Erich Honecker, der 1980 seine vier Geraer Forderungen aufgestellt hatte, in denen es zum Beispiel um den Grenzverlauf an der Elbe ging, auch forderte, dass diese Erfassungsstelle in Salzgitter geschlossen werden muss. Das war eine der vier Forderungen. Man muss auch daran erinnern, dass 1984 die SPD-Fraktion einstimmig dafür votierte, die Erfassungsstelle aufzulösen, und dass die SPD-geführten Bundesländer ihre Finanzierung einstellten. Das zeigt ja auch, dass dieser Einrichtung eine besondere Bedeutung beigemessen wurde, sowohl auf der Ostseite, wo man sie weghaben wollte, als auch auf der Westseite, wo man sie als Störfaktor für die Entspannungspolitik empfand.

**Frage aus dem Publikum:** Herr Meckel, der Abzug der alliierten Truppen aus ganz Berlin. Sie waren ja in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen mit dabei. Können Sie sagen, wie weit da über eine Osterweiterung der NATO gesprochen wurde?

**Markus Meckel:** 1990 war völlig klar, dass die Sowjets abziehen. Und es war genauso klar, dass es, wenn Deutschland in der NATO ist, an verschiedenen Stellen NATO-Truppen gibt, das heißt, die westlichen Alliierten bleiben, die Sowjets gehen. Das war klar und auch gewollt. Ich habe immer in der Nähe sowjetischer Truppen gelebt, und dass die endlich wegkamen, war für mich ein Herzenswunsch. Ich muss gestehen, daran mitzuwirken war mir wichtig. Aber ich suchte nach Möglichkeiten, wie man es Gorbatschow gesichtswahrend erleichtern kann, die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der NATO zu geben. Und dazu gehörte die Symbolik der Hauptstadt: Alle Alliierten verschwinden aus Berlin. Aber das symbolisch zu machen und



Frage aus dem Publikum

zu sagen, wir ziehen alle gemeinsam ab, hätte ein psychologischer Faktor – und nur darum ging es – für die Sowjets sein können. Das war damals der Hintergrund, diese Idee zu äußern. Das hat aber nichts mit der Grundsatzfrage der Ost-Erweiterung der NATO zu tun.

Es gibt Äußerungen von Genscher von Anfang 1990, die sich in der Wortwahl so anhören: Wir wollen keinen Vorteil daraus ziehen, dass sich die NATO weiter in den Osten schiebt. Der Hintergedanke war aber immer die DDR. Ich habe selber noch im Juni 1990 eine Tagung des Warschauer Pakts in Moskau erlebt. Der hatte im Gefolge von Gorbatschows Rede 1988 im Juli 1989 Dinge beschlossen, das schlackern einem heute die Ohren. Da steht alles drin vom Abzug, von der demokratischen Entwicklung.

1990 dann aber kündigten die Polen an, wir gehen raus; die Ungarn wollten rausgehen; wir sagten damals, wir brauchen den Warschauer Pakt noch als Akteur der Abrüstungsverhandlungen in Genf. Das waren nämlich die beiden Pakte, die über die Abrüstung verhandelten. Da standen noch die Truppenverhandlungen an, vorher hat man nur über Waffensysteme geredet. Solche Fragen technischer Art spielten dafür eine Rolle. Es gab in den Gesamtverhandlungen keinen Ort, bei dem zugesagt

worden wäre, dass die NATO sich nicht weiter nach Osten erweitert. Es gab ein solches bilaterales Gespräch, das ist belegt, als Gorbatschow in den USA war. Die Begründung – das hat Gorbatschow später zugegeben – gibt es nicht. Was Putin jetzt immer erzählt, ist nicht real.

1993 aber gab es in Travemünde ein Treffen der Verteidigungsminister der NATO. Da machten die Amerikaner den Vorschlag, eine „Partnerschaft für den Frieden“ einzurichten, eine Partnerschaft mit den östlichen Ländern als Alternative zur NATO-Erweiterung. Das sollte allen ehemals kommunistischen Ländern von Estland bis Russland angeboten werden. Dann gab es die heftige Kritik von Vaclav Havel und Lech Walesa, die sagten, das kann ja wohl nicht wahr sein, dass ihr uns die Tür zur NATO verschließt. Volker Rühle hat auch protestiert, als damaliger deutscher Verteidigungsminister. Dann ist Madame Albright durch Mitteleuropa gefahren und hat sich überzeugen lassen. Von da an, seit Ende 1993, war klar, die „Partnerschaft für den Frieden“ ist eine Option als Partnerschaftskonstruktion für alle, die nicht NATO-Mitglieder werden, und ein erster Schritt für eine künftige Mitgliedschaft. Das ist der Prozess, bis dahin spielte das keine Rolle.

**Frage aus dem Publikum:** Ich bin auch Pastor wie Herr Meckel und habe die Geschichte, die uns heute erzählt wurde, am eigenen Leib erfahren: Ich begann meine Praxis in den 1960ern in Flensburg, das war die Stadt, die mit einem Schlag von 100.000 auf 200.000 Einwohner durch Flüchtlinge wuchs. In meiner Gemeinde gab es noch drei aktive große Flüchtlingslager in den 1960ern. Diese wurden durch ein Ereignis mächtig in Bewegung gebracht, und zwar durch die erste evangelische Denkschrift, die Ost-Denkschrift 1965. Sie war eine der besten, mit denen die Evangelische Kirche in die politische Öffentlichkeit trat. Sie vertrat zwei Thesen: Es gibt ein Recht auf Heimat, es ist Unrecht, Menschen aus ihrer Heimat zu vertreiben, und es gibt eine Pflicht zur Versöhnung. Das sind die beiden Grundthesen dieser Schrift, die nach wie vor aktuell zu lesen ist. Aus der Pflicht zur Versöhnung folgt dann auch in politischer Ableitung die Unveränderlichkeit der Grenzen, kein Zurück, kein Roll-Back. Die Stimmung unter den Vertriebenen war noch sehr stark damals: Einmal wird alles werden, wie es war, wir kehren wieder zurück. Die evangelische Kirche hat das abgelehnt.

Welchen Stellenwert messen Sie, Herr Meckel, dieser evangelischen Denkschrift auch für die politische Entwicklung bei, gab es da eine Verbindung zur Ostpolitik Willy Brandts? Meine persönliche Meinung ist, dass sie mental entscheidend durch diesen evangelisch-politischen Vorstoß unserer Kirche vorbereitet wurde.

**Markus Meckel:** Die Ost-Denkschrift war wichtig für Willy Brandt, das hat er mir bestätigt. Er sagte, es sei für ihn eine ganz zentrale gesellschaftliche Vorbereitung für

das Feld der Ostpolitik gewesen. Es entstanden dann viele gesellschaftliche Kontakte, zwischen den Kirchen und auch sonst; deutsch-polnische Gesellschaften entstanden; ebenso wurden Städtepartnerschaften geschlossen. Die erste beschloss Hans Koschnick als Bürgermeister von Bremen mit Danzig. Ich kann es nur voll bestätigen, diese kirchliche Initiative und ihre Folgen haben die Ostpolitik vorbereitet und begleitet.



Anne Hähmig, Wolf Biermann

## GESPRÄCH

**Wolf Biermann**

Moderation: **Anne Hähmig**

### **Meine Ausbürgerung am 16. November 1976 als Zäsur und folgenschwere Machtprobe der SED**

**Anne Hähmig:** Herr Biermann, ich brauche Sie nicht lange vorzustellen, denn man kennt Sie in Deutschland, man kennt Sie hier. Sie sind spätestens seit dem 16. November 1976 zu einer Person der Zeitschichte geworden. Damals wurden Sie aus der DDR ausgebürgert, durften nicht in ihr Land zurückkehren, das Sie wegen einer Konzertreise kurzfristig verlassen hatten. Das ist nun 45 Jahre her. Ihre Ausbürge-

*Gespräch · Wolf Biermann*

zung hatte nicht nur Folgen für Sie, sondern auch für den Staat, der Sie loswerden wollte, vermutlich ohne vorherzusehen, dass infolge dieser Ausbürgerung immer mehr Leute beschloss, diesen Staat loswerden zu wollen.

Sie wurden vor 84 Jahren in Hamburg geboren, Ihr Vater, ein Werftarbeiter, war Kommunist und Jude, ein Widerstandskämpfer gegen die Nazis, der in Haft kam und im Vernichtungslager in Auschwitz ermordet wurde. Mit Glück haben Sie und Ihre Mutter die Bombenangriffe in Hamburg überlebt. Sie sind als 16-Jähriger allein in die DDR übergesiedelt, weil Sie an den Kommunismus glaubten, haben nach dem Abitur Politische Ökonomie studiert, haben das abgebrochen, wurden Regieassistent, studierten Mathematik und Philosophie, wurden Liedermacher und gründeten in Ost-Berlin das Berliner Arbeitertheater.

Gegen Sie wurde 1963 ein vorübergehendes Auftrittsverbot verhängt, Sie haben dann lange gehofft, in der DDR Lieder veröffentlichen zu dürfen, aber so ist es nicht gekommen. Stattdessen verhängte das Zentralkomitee der SED über Sie ein Auftritts- und Publikationsverbot. Von einer Konzertreise in die Bundesrepublik durften Sie 1976 nicht zurückkehren. Wie das kam und welche Folgen das hatte, darüber wollen wir heute sprechen.

Sie sagten einmal, Sie seien mit dem Auftrag aufgewachsen, die Menschheit zu retten, Ihren Vater zu rächen und den Kommunismus aufzubauen. Ich weiß, die Frage ist groß zu Beginn, aber ich stelle Sie trotzdem: Wie viel davon haben Sie denn erreicht?

**Wolf Biermann:** Das Wichtigste habe ich erreicht: Ich bin ein Mensch geworden und ein Mensch geblieben, im Streit der Welt. Mehr kann man nicht erreichen. Das bisschen Kommunismus und Welterrettung war ein privater Gefallen, den ich meiner Mutter tun wollte. Sie war bescheiden, eine Arbeiterin, aber keineswegs – wie Goethe sagt – „lumpenhaft bescheiden“. Sie hatte nicht den wahnwitzigen Wunsch, dass aus ihrem Sohn ein deutscher Dichter werden solle, so verrückt war sie nicht. Sondern nur, dass ich die Welt rette. Und nur, dass ich vollende, was mein Vater begonnen hatte. Aus diesen kindlichen Gründen bin ich mit 16 Jahren gegen den Strom der Flüchtlinge gegangen – mir kamen ja Millionen entgegen, das wunderte mich. Ich ging natürlich den richtigen, sie gingen den falschen Weg. Aber so komisch das klingt, für mich war es der einzig richtige Weg überhaupt, bis heute. Wenn ich diesen Weg damals nicht gegangen wäre, dann würden wir heute nicht hier sitzen und Sie hätten keinen Grund, mit irgendeiner Frage zu stellen.

Denn wahrscheinlich wäre aus mir in Hamburg ein Funktionär der Kommunistischen Partei geworden. Ich wäre jedes Jahr einmal auf Kosten der „Arbeiter und Bauern“ in die DDR gefahren, zur ideologischen Runderneuerung, und ein zweites

Mal zur Erholung vom Klassenkampf an vorderster Front im Westen. Und ich wäre jedes Mal dümmert zurückgekommen, als ich sowieso schon war. Denn natürlich wäre ich immer mehr korrumpiert worden. Heute wäre ich in der SED-PDS-LINKEN und ein Genosse von Gregor Gysi. So tief wäre ich gesunken. Ich wäre verkommen und verblödet, schuldlos.

**Anne Hähmig:** Nun war es ja das eine, Westkommunist\_in aus Überzeugung zu sein, da gab es einige, aber in die DDR wollten die meisten nicht, zumindest nicht, um da zu leben. Mit welchen Gefühlen sind Sie 1953 in dieses Land eingereist?

**Wolf Biermann:** Ich hatte mich ja auf den einzig richtigen Weg gemacht und fühlte mich also prima. Ich war aus meiner Vaterstadt Hamburg in mein Vaterland DDR gekommen. Im Osten sollte ja die Gesellschaft aufgebaut werden, für die mein Vater gekämpft hatte. Für mich war das ganz logisch. Wie ein kleiner Junge, der sagt, das mache ich für meinen Papa. Alle Jüdinnen und Juden in meiner Familie sind ja ermordet worden. Das spielt emotional eine Ries Rolle für so einen kleinen Menschen. Deswegen war ich auch erst mal froh.

Grad eben war Stalin gestorben. Die Partei-Tränen über seinen Tod waren noch nicht getrocknet, und das Blut am 17. Juni war noch nicht angezapft. In dieser Nische zwischen Stalins Tod und dem Volksaufstand 1953 kam ich rüber in die DDR, in das Bauernstädtchen Gadebusch bei Schwerin. Da hatte ich Glück, denn das ist am Ende der Welt. Wenn ich damals mit meinen eigenen Kinderaugen gesehen hätte, dass sowjetische Panzer in Ost-Berlin aus Menschen Hackfleisch machen, dann hätte ich geschrien. Aber zum Glück kriegte ich gar nichts mit. Im SED-Organ „Schweriner Volkszeitung“ – wie Sie schon dunkel ahnen – stand nichts. Und im Radio, das wir im Internat hören durften, fiel auch kein wahrhaftiges Sterbenswörtchen über das Sterben. Also ging dieser Kelch an mir vorüber.

**Anne Hähmig:** Sie haben also vom Volksaufstand am 17. Juni gar nichts mitbekommen.

**Wolf Biermann:** Nein. Und zum Glück! Denn bei meinem aufbrausenden Charakter hätte ich sofort etwas getan, was sehr teuer geworden wäre. Und dann hätte ich ein Riesenpech gehabt, denn ich wäre so aggressiv und radikal mit der Gesellschaft in Konflikt gekommen, dass ich gar keine Chance gehabt hätte, am Brecht-Theater zu lernen, Mathematik zu studieren oder Philosophie. Nur mit vollem Herzen und einer leeren Birne kann man nichts bewirken in der Welt.

Insofern war es für mich ein ironisches Glück, dass ich dumm blieb und dadurch die Chance hatte, erst mal das Abitur zu machen. Damals wusste ich nicht, was aus mir werden sollte. Aber meine Mutter wusste das ganz genau, denn sie war eine lebenskluge Frau. Eine Maschinenstrickerin, die die schönsten Kostüme der Welt stricken



Wolf Biermann

konnte. Die sah, wenn sie ihren Sohn mal in Gadebusch besuchte, dass ihre DDR-Genoss\_innen das mit der Wirtschaft nicht richtig hinkriegten. Also sagte sie: Wolf, du studierst Wirtschaft!

**Anne Hähnig:** Wie lange mussten Sie studieren, um mitzubekommen, dass es mit der Wirtschaft nichts wird, selbst wenn Sie mitmachen?

**Wolf Biermann:** Ungefähr 40 Jahre. Ich habe nicht genau nachgerechnet, aber ich wollte eine möglichst hohe Zahl nennen, damit Sie einen Schreck kriegen. Ich wuss-

te ja gar nicht, was das ist, Wirtschaft. Es nannte sich Politische Ingenieur-Ökonomie. Durch irgendeinen bürokratischen Akt, auf den ich keinen Einfluss hatte, geriet ich als Student nach Berlin, an die Humboldt-Universität. Ich wohnte in Biesdorf im Studentenwohnheim, in einem Viermannzimmer mit zwei Doppelstockbetten und einem Tisch mit vier Stühlen. Ich lernte brav und habe zwei Jahre lang erfolgreich studiert. Ich gab mir Mühe und alles lief gut.

Aber dann passierte das Unglück, das im Grunde das Glück meines Lebens wurde. Vom geraden Wege in die volkseigene Wirtschaft kam ich ab. Zwei Jungs, die mit mir studierten und die später Kader der Nomenklatura wurden, waren Brechtianer geworden. Sie pilgerten immer ins Berliner Ensemble. Und sie waren mächtig stolz darauf, dass sie ihr Idol Brecht von hinten gesehen hatten. Das Regiepult stand in der neunten Reihe und wer wollte, konnte da als Gast rein, das war gar nichts Besonderes. Aber die beiden haben mich angeschwindelt und behaupteten, das sei ihr Privileg. Ich konnte das gar nicht würdigen, obwohl ich, was Theater anging, gar nicht so unbeleckt war.

**Anne Hähnig:** Aber mit Bertolt Brecht konnten Sie damals nichts anfangen?

**Wolf Biermann:** Noch schlimmer, ich war schon ideal falsch geprägt. Zum einen lebte in Schwerin ein Genosse meines Vaters, der den Knast überlebt hatte. Otto Gröllmann. Er war Chefbühnenbildner geworden, weil er vor der Nazidiktatur in Hamburg immerhin als Theatermaler gearbeitet hatte. Der fühlte sich für mich verantwortlich und schenkte mir immer Freikarten, so habe ich mithilfe dieses alten Genossen das ganze Repertoire des Schweriner Provinztheaters genossen.

Zum andern hatten wir einen wunderbaren verrückten jungen Latein- und Deutschlehrer – er galt als ein noch bürgerliches Element. Der hatte es schwer gegen die Kaderpolitik der SED in der Schule. Ihm habe ich beigestanden, ich kleiner Kommunist. Als der Direktor ihn zwingen wollte, freiwillig in die Partei einzutreten, gab ich rotes Greenhorn ihm einen Rat: Treten Sie einfach in eine Blockpartei ein! Das hat er dann auch gemacht und die Genoss\_innen ließen ihn in Ruhe. Und dieser Lehrer Woese inszenierte mit uns den Urfaust. Ich spielte natürlich den Mephistopheles und übernahm nach der dritten Probe immer'n bisschen mehr die Regie.

Ich hatte das schönste und klügste Mädchen der Schule erobert, auch das hat mich angestachelt, ein guter Schüler zu werden. Der Lehrer hat mich gewähren lassen und nicht etwa eitel verlangt, bleib mal hübsch bei deiner Rolle. Im Gegenteil, er freute sich, dass sein Schüler sich einmischt in die Regie. Das war wohl mehr mein Talent als das Spielen.

**Anne Hähnig:** Und Sie haben dann Bert Brecht auch mal von hinten gesehen.

**Wolf Biermann:** Nein, meine Dame, den hätte ich sogar lieber von vorn gesehen.

Aber ich bin dem Jahrhundertgenie nie persönlich begegnet. Meine beiden Freunde schenkten mir eines schönen Tages eine Karte für den „Kaukasischen Kreidekreis“. Helene Weigel, Brechts Frau und Intendantin des Berliner Ensembles, spielte die Hauptrolle. Ein wunderbares Stück. Aber ich sah mir das an und sah sofort, dass das alles modernistischer Kitsch war. Ich Klugscheißer wusste aus meiner Bühnenerfahrung als Mephisto und als Hilfsregisseur: Nee, nee! So spielt man nicht Theater.

Ich war so angefressen, dass ich dann noch einmal freiwillig hingegangen bin, um diesen Dreck nochmal zu sehen, und dann kaufte ich mir noch einmal eine Karte.

Wie Sie schon ahnen, war ich bald selber gefressen. Ich wollte nun auch Brechtianer werden. Ich bat meine beiden Freunde, ob sie mich mal in die Probe zum weltberühmten Brecht mitnehmen könnten. Doch die logen mich an und sagten, da könne nicht jeder mal eben rein. Man müsse vorher eine Prüfung bei Helene Weigel ablegen. Man müsse dann alles über Brecht wissen, nur dann dürfe man die Proben besuchen. Zum Glück glaubte ich diese Lüge. Also habe ich, wenn die zu ihrem Idol pilgerten, allein in dem Viermannzimmer gesessen und den Brecht studiert, nein: gefressen hab ich den Brecht.

Bald wusste ich mehr als meine Kommilitonen, das blieb ja nicht aus. Und ging dann irgendwann zum ersten Mal durch den Hof hinterm Pfortner ins Berliner Ensemble. Eine Treppe hoch, im Künstlerischen Betriebsbüro meldete ich mich an. Blacky Bork und Ulrike, die beiden legendären Sekretärinnen der Weigel. „Worum geht es?“ – „Ich möchte mit der Intendantin sprechen.“ – „Warum?“ – „Ich will als Regieassistent arbeiten und Regisseur werden.“ Das war kurz nach Brechts Tod.

Ich kriegte einen Termin. Zehn Tage später saß ich im dunklen Flur auf der Wartebank. Wichtigere Leute vor mir, aber zuletzt kam ich dran. Sie plappte mich an: „Was willst du?“ Ich sagte genauso schroff: „Ich will Regisseur werden.“ Dann hat sie freundlich gelächelt und mir unfreundlich auf den Zahn gefühlt. Aber nicht nur, ob dieses Kerlchen alles über Brecht weiß. Immerhin – sie merkte, dass ich heftig, eigensinnig und tief bewegt war von allem, was mit Theater zusammenhängt. Wer weiß, vielleicht machte es sie neugierig, dass da mal so ein echter Kommunistenknabe kam, ein Judenbalg und kein frisch umerzogener Heil-Hitler-Junge.

**Anne Hähmig:** Aus Ihnen wurde kein Ökonom, sondern ein Künstler. Wann haben Sie denn gemerkt: In diesem Staat, an den ich glaube, läuft was falsch. Gab es da einen ersten Moment?

**Wolf Biermann:** Nein, das war ein langer, komplizierter Prozess. Ich habe natürlich schon im ersten Moment gemerkt, dass „was faul ist im Staate Dänemark“. Fünf Tage, nachdem ich im Osten war, wurde mir schon die erste politische Lektion erteilt. Ich nahm zum ersten Mal an einer Vollversammlung der Heinrich-Heine-Oberschu-

le in Gadebusch teil. Ich war ja der Neue aus dem Westen, das Kommunistenkind. Ich kannte noch keine Lehrer\_innen, noch keine Schüler\_innen. Bei dieser Versammlung, bei der Bürgermeister, Schuldirektor, Parteisekretär und eine FDJ-Sekretärin oben im Präsidium saßen, sollten alle Mitglieder der Jungen Gemeinde erklären, dass sie jetzt austreten, damit sie an der Schule bleiben und später Abitur machen können.

Ich wusste nicht mal, dass es eine Junge Gemeinde gab, und saß da und staunte. Alle etwa 20 Schüler\_innen, die das betraf, standen auf, sagten, was sie sollten, und setzten sich wieder. Aber so ein zartes blondes Mädchen aus der neunten Klasse, ich war in der zehnten, sagte mit leiser Stimme: „Ich glaube an Gott. Ich trete nicht aus der Jungen Gemeinde aus.“ Die Schüler\_innen waren verwirrt, viele kicherten, die Lehrer\_innen blickten auf ihre Schuhe. Und die FDJ-Sekretärin, so eine fette blonde Berufsjugendliche, stand plötzlich auf, beschimpfte das Mädchen in ekelhafter Weise und bedrohte sie. So etwas hatte ich noch nie erlebt. Keiner stand ihr bei, die Lehrer\_innen hielten den Mund und fürchteten sich. Es war ein brüllendes, ein unerträglich lautes Schweigen. Ich saß da nun unter diesen Schüler\_innen. Plötzlich ging eine Hand hoch im Saal, und das war meine. Der Direktor freute sich: Der Junge aus Hamburg wird es richten – gut, dass er zu uns gekommen ist.

**Anne Hähmig:** Die Hoffnung auf den Westen war damals schon groß.

**Wolf Biermann:** Ein wahres Wort, bloß unfreiwillig komisch. Auf jeden Fall widersprach ich. Ich redete, ohne groß zu überlegen: Ich sei Kommunist und wisse, dass Religion Opium für das Volk ist – den Satz hatte ich von meiner Mutter aufgeschnappt, ohne zu wissen, was Religion, was Opium oder was Volk ist. „Aber das, was ihr hier mit diesem Mädchen macht, ist kein Kommunismus.“

**Anne Hähmig:** Blieb das folgenlos?

**Wolf Biermann:** Nein, überhaupt nicht. Es war der Beginn meiner negativen Karriere mit der Staatssicherheit. Etwas später versuchte ein Offizier der Stasi, mich zum Spitzel zu erpressen, aber das ist eine andere Geschichte. In dieser Episode mit dem Mädchen holte ich dann noch die Auschwitz-Keule raus, die ich selber gerade auf den Kopf gekriegt hatte: Meine Mutter hatte mir kurz vorher, weil ich mal wieder eine Fünf in Mathe geschrieben hatte und sie gezwungen war, das zu unterschreiben ...

**Anne Hähmig:** Aber Ihre Mutter war doch in Hamburg?

**Wolf Biermann:** Ja natürlich, das mit der Fünf war kurz vor meiner Übersiedelung. In der DDR gab's für mich nie eine Fünf, sondern nur Einsen. Und zwar nicht wegen politischer Zuverlässigkeit, sondern weil hier der Schalter in meinem Idiotenhirn angeknipst wurde. Im Osten lernte ich zum ersten Mal richtig.

Die Zensur für meine Mathearbeit also eine Fünf. Und meine arme Mutter musste unterschreiben und sagte einen Satz, der mir weh tat: „Und dafür ist dein Vater in Auschwitz gestorben, dass du eine Fünf in Mathematik hast.“ Ich war plötzlich ein SS-Mann, ich hatte meinen Vater noch mal ermordet, mit der Fünf in Mathe.

**Anne Hähnig:** Sie erzählen das relativ lustig, aber wahrscheinlich ist das für Sie als Jungen nicht sehr lustig gewesen.

**Wolf Biermann:** Es war herzerreißend und unerträglich, es brachte mich um. Aber die Geschichte eignet sich als Beispiel für politische Inspiration: Nur ein paar Wochen später erholte ich mich von dieser Gefühlskeule, indem ich sie selber in die Hand und für einen guten Zweck in Gebrauch nahm. Ich wettete in dieser Vollversammlung: „Dafür ist mein Vater nicht in Auschwitz gestorben, dass ihr hier dieses Mädchen kaputt macht und beleidigt.“ Das war natürlich eine explodierende Handgranate. Der Schuldirektor merkte sofort, jetzt wird's dicke, und sagte, um seine Obrigkeit, den Parteisekretär und den Bürgermeister, milde zu stimmen: „Der Wolf ist aus dem Westen zu uns gekommen, aber er muss bei uns noch sehr viel lernen.“

Und dann sagte ich zu dieser fetten FDJ-Walküre: „Sie haben dieses Mädchen gekränkt, beleidigt und eingeschüchtert, und ich weiß genau, was Sie machen, wenn das hier zu Ende ist. Dann gehen Sie wieder in Ihr Büro und sitzen sich dort Ihren fetten Arsch breit.“ Man sieht, der Knabe aus dem Westen lebte über seine Verhältnisse: große Schnauze, wenig Lebenserfahrung. Aber auf den Punkt getroffen. Das war meine erste Erfahrung in der DDR. Aber die hat noch lange nicht ausgereicht, um wirklich zu begreifen. Sie wollen ja den Punkt finden, an dem der kleine Kommunistenidiot endlich vernünftig wurde.

**Anne Hähnig:** Ihr erstes Auftrittsverbot 1963 – wie hat sich das angefühlt? Waren Sie gekränkt, waren Sie stolz?

**Wolf Biermann:** Das war schon ein Qualitätsbeweis. Wenn man sich in den Streit der Welt begibt, braucht man sich nicht zu wundern, dass die Mächtigen zurückschlagen. Ich habe damals erlebt und später noch deutlicher begriffen: Man geht nicht so sehr an den Schlägen kaputt, die man kriegt, sondern vor allem an denen, die man leider nicht austeilt. Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt. Dumm darf man sein, unwissend sind wir alle, man kann sich irren, aber man darf kein Feigling sein. Und wenn man es endlich besser weiß, dann muss man den Mut haben, sich zu korrigieren. Viel später schrieb ich dann ein Lied, das genau das im Refrain formuliert: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.“

Übrigens ein uralter Gedanke, so alt wie die Menschheit. Darauf sind auch schon andere gekommen: *Semper idem et alter*, immer gleich und doch anders. Brecht wusste das natürlich sowieso, als er in Kalifornien im Exil dichtete: „Sah, verjagt aus



Anne Hähnig

sieben Ländern / sie die alte Narrheit treiben: / Solche lob ich, die sich ändern / und dadurch sie selber bleiben.“ Das findet in jeder Lebensphase auf einem anderen Niveau von Weltkenntnis, von Menschenkenntnis statt. Deswegen ist dieser Prozess auch nie abgeschlossen.

Ich habe mich länger als die Nazikinder meiner Generation, die ja in der großen Mehrheit waren, an dem Traum einer kommunistischen, gerechten, utopischen Idylle festgehalten – aus Angst, dass ich meinen Vater verrate und meine Mutter enttäusche. Das war überhaupt meine Sonderlage: dass ausgerechnet ich im Geschichtsprozess in die Rolle des Drachentöters und Helden kam, obwohl ich eigentlich eher ängstlich bin, gerne gut esse und lieber Unsinn machen möchte.

Aber ich war immerhin tapferer als all diese Flaschen. Das sage ich mit Vergnügen, weil ich weiß, wie komisch falsch das ist. Schriftsteller\_innen wie Volker Braun, den ihr kennt, waren auch nicht blöd, die waren klüger als ich. Christa Wolf, Heiner Müller, die wussten auch Bescheid, wir unterschieden uns gar nicht so sehr. Doch im Streit der Welt, in dieser DDR, schämten sich junge ehrliche Leute tief für ihre Eltern, die ja meistens stramme oder klamme Nazis gewesen waren. Die jüngere Gene-

ration fühlte sich nicht schuldig, aber doch verantwortlich. Die Schuld war ihr Erbe. So fängt mein neues Buch „Mensch Gott!“ an: Kein Ei kann sich das Nest aussuchen, in dem es ausgebrütet wird.

Ich musste so radikal in meiner Kritik an den Bonzen der Partei sein. Ich habe Klartext oder, wie die Juden das nennen, Tacheles mit den Bonzen geredet, ich habe sie angeknallt, denn ich war der rechtmäßige kommunistische Erbe.

Das Komische ist, die Illusion, man könne eine kommunistische Gesellschaft aufbauen, gab mir die Kraft, gegen diese banalen Verbrecher\_innen den Streit zu wagen. Ohne meinen gottlosen Glauben wäre ich zusammengebrochen, dann hätte ich mich in den Westen davongemacht oder mich in der DDR ins Privatleben verkrümmelt, wie viele andere auch. Wie komisch es ist, dass gerade ein Irrtum einem die Kraft gibt, für die Wahrheit zu kämpfen. Das ist ein romanhaftes Thema. Und mit dem Abstand, den ich jetzt habe, sehe ich das natürlich mit fast schon heiterer Gelassenheit.

**Anne Hähnig:** Sie durften in der DDR jahrelang nicht auftreten, nicht veröffentlichen. 1976 durften Sie zu einer Konzertreise in die Bundesrepublik aufbrechen. Sind Sie da schon mit Befürchtungen hingefahren?

**Wolf Biermann:** Natürlich waren wir nicht so naiv, sondern wussten, es besteht die Gefahr, dass ich nicht zurückkehren kann. Die Bonzen hatten mir ja schon Jahre vorher das unsittliche Angebot gemacht, dass ich mit Kind, Kegel, drei Gitarren und Büchern in den Westen gehe, weil sie mich ohne Remmidemmi loswerden wollten. Denn ich war schon zu berühmt. Wenn mich keiner gekannt hätte, wäre ich in Bautzen gelandet und kein Hahn hätte nach mir gekräht. Meine Mutter hätte geweint, paar Freund\_innen hätten sich gegrämt.

Aber die verantwortlichen Funktionäre hatten es verpennt, sie hätten mich schon vier Jahre früher wegschließen müssen. Das wäre für die DDR nicht teuer geworden. Doch aus interessanten Gründen, über die man stundenlang reden könnte, haben sie in meinem Fall die Zeit vertrödelt. Und ich weiß auch, warum. Sie wollten besonders klug sein und sagten sich: Wir haben jetzt so einen jungen Mann, der mit der Gitarre so tolle, freche Lieder singt. Der kleine Biermann ist noch ein bisschen dumm, aber wenn wir ihn auf den richtigen Weg bringen, dann haben wir einen, der die jungen Leute in der DDR wie so ein kleiner Rattenfänger auch auf den einzig richtigen Weg bringt.

Die fanden die frechen Lieder sogar toll und haben sie sich heimlich angehört. Das weiß ich von Leuten, die es erlebt haben. Die verdorbenen Greise im Politbüro waren auch kindisch. Paul Verner zum Beispiel, der Parteichef der SED in Ost-Berlin, der ein besonders knochenharter Apparatschik war, dem hab ich in der „Populär-

ballade“ ein Ding verpasst: „Das ist der ganze Verner-Paul, / ein Spatzenhirn mit Löwenmaul. / Der Herr macht es sich selber schwer, / er macht mich populär.“ – Aber neben ihm im Politbüro saß Horst Sindermann aus Halle, der nicht so primitiv war. Der schimpfte brav: „Unerhört, das geht zu weit!“, aber lachte dabei schadenfroh. Die waren untereinander auch wie gemeine Schüler einer Klasse. Die waren untereinander spinnefeind, neidisch, ängstlich, falsch, Intriganten. Auch diese allmächtigen Karrierekader, ist doch klar, waren ja schwache Menschen.

Ich stelle mir vor, wie diese Großkopfetten da sitzen und sich mit ihrer HiFi-Tonanlage – aus dem Westen importiert – dieses Lied anhören: „Im Neuen Deutschland finde ich / tagtäglich eure Fressen. / Und trotzdem seid ihr morgen schon / verdorben und vergessen. / Heut sitzt ihr noch im fetten Speck / als dicke deutsche Maden, / ich konservier’ euch als Insekt / im Bernstein der Balladen.“

Die Nachgeborenen fragen mich manchmal, wer war eigentlich Paul Verner. Tja, Pech gehabt! Jetzt ist sein Name eingeschlossen in der Ballade wie eine Mücke im Bernstein. Da gib’t kein Entkommen und kein Vergessen.

Kurz gesagt: Die haben also die Zeit vertrödelt und das war mein Vorteil. Und als 1976 die Reisegenehmigung kam, dass ich im Westen singen darf, da war schon entschieden: Der Idiot ist für die DDR nicht zu retten.

**Anne Hähnig:** Das war unabhängig davon, wie Ihr Konzert verlief, wie Sie dann später feststellten. Es war von Anfang klar, dass Sie im Westen bleiben sollten.

**Wolf Biermann:** Ich hätte auch den ganzen Abend „Hänschen klein ging allein“ singen können, die hätten mich trotzdem nicht zurückgelassen. Aber das wusste ich nicht. Das Ganze ist kompliziert, meine Ausbürgerung hängt auch mit der ganzen Phase des Eurokommunismus zusammen. Die Kommunist\_innen in Italien, Spanien und Frankreich haben nach dem Prager Frühling gegen die Russen polemisiert und sich vom Zaristischen Stalin-Kommunismus in der Sowjetunion distanziert. Die waren auf meiner oder ich auf deren Seite, das waren ja in dieser Phase meine Genoss\_innen. Wir dachten, vielleicht kommt plötzlich in der DDR ein Typ wie Alexander Dubček an die Macht ... Sagt Ihnen der Name Werner Lamberz etwas, der mit dem Hubschrauber abgestürzt wurde?

**Anne Hähnig:** Nein.

**Wolf Biermann:** Sehen Sie! Aber nicht etwa, weil Sie keine Ahnung haben, sondern weil Sie so schön jung sind: Für Sie ist das schon wie Steinzeit. Sie sind schon zwei Generationen weiter. Grade deshalb müssen wir gelegentlich auch mal reden.

Es gab einen vergleichsweise jungen Mann in diesem Machtklüngel, der hieß Werner Lamberz. Das war ein sogenannter Hoffnungsträger. Manche dachten, der macht uns in Ost-Berlin einen Prager Frühling. Sie kennen ja die Phrase: Sozialismus mit

menschlichem Antlitz, Demokratie. Aber weil er schlau war, spielte er den Dogmatiker. Während ja der Dogmatiker gern den Liberalen macht. Die setzten sich nicht nur Masken auf ihre Gesichter, sondern auch Gesichter auf ihre Masken – noch komplizierter. Und schwer zu durchschauen.

Kurz und gut: Dass ich von vornherein im Westen bleiben sollte, weiß ich eigentlich nur, weil dieser Mann, der die DDR-Mauer einen Abend zu früh geöffnet hat, wie hieß er noch gleich?

**Anne Hähnig:** Schabowski.

**Wolf Biermann:** Richtig, Schabowski – auch so eine Fliege im Bernstein. Er war später der Einzige, der die Wahrheit gesagt und sich wirklich beknirscht hat. Das gefiel mir natürlich. Ist immer ermutigend, wenn einer den Mut hat, sich zu korrigieren. Das müssen wir doch alle immer wieder neu lernen.

Den Schabowski traf ich mal zufällig im Berliner Ensemble, als ein neues Buch von mir vorgestellt wurde. Wir haben danach noch bei einem Glas Wein im „Ganymed“ an der Ecke bisschen geredet. Da hat er mir etwas Interessantes erzählt, was ich nicht wissen konnte. Die haben, als Honecker 1971 die Macht von Ulbricht übernahm, Inventur gemacht, wie das immer so ist, wenn ein neuer Chef kommt, und gefragt: Wo stehen wir? Politischer Kassensturz.

**Anne Hähnig:** Es gab ja schon ein paar Hoffnungen, die auf Honecker projiziert wurden.

**Wolf Biermann:** Aber ja, natürlich. Honecker hat offenbar eine Machtinventur gemacht, in der Wirtschafts-, Gesundheits-, Kulturpolitik und was alles dazugehörte, und dabei als Fußnote gefragt: Was machen wir mit dem Biermann, der wird immer frecher!?

**Anne Hähnig:** Und Schabowski erzählte, was man mit Ihnen 1971 vorhatte?

**Wolf Biermann:** Ja, das war mir neu. Der Fall Biermann wurde noch mal neu analysiert und es wurde festgestellt: Unter dem Genossen Ulbricht haben wir uns immer in die Tasche gelogen, dass es den Biermann gar nicht mehr gebe. Der ist aber immer unverschämter geworden, immer lauter, seine Lieder haben sich durch Tonbandkopien in geometrischer Reihe, 2–4–8–16–32, vervielfältigt. Das ist schrecklich, das müssen wir anders machen, es darf nicht so weitergehen mit dem.

Dann haben sie – nach paar Jahren – darüber abgestimmt, so hat es mir Schabowski erzählt, ob Biermann nun endlich eingesperrt oder ausgesperrt werden muss. Auf Deutsch: Bautzen oder Westen. Und aus Gründen, die ich gerne wüsste, haben sie mit zwei Stimmen Mehrheit, und zwar mit denen von Erich und Erich, also Mielke und Honecker, beschlossen, dass es für die DDR in der großen Rechnung billiger ist, wenn sie mich nicht einsperren, sondern aussperren. Weil sie sich ja ausrechnen

konnten: Wenn man einen populären Sänger einsperrt, dann ist das so, als wenn man ihm einen zusätzlichen Verstärker einbaut. Also vermieden Sie diesen Fehler, machten aber den nächsten, der sich dann als der größere erwies. Das ist alles verwickelt und kompliziert, kurz und gut – dort haben Sie beschlossen, dass ich ausgebürgert werde.

**Anne Hähnig:** Sie saßen im Auto zum nächsten Auftritt, als Sie im Radio hörten, dass die DDR sie nicht wieder einreisen lassen will. Sie sagten mal, dass damals für Sie eine Welt zusammengebrochen ist. Haben Sie sich als junger Mensch, denke ich mir, nicht doch auch ein bisschen gefreut, dass Sie jetzt mit guten Gründen im Westen weiterleben durften?

**Wolf Biermann:** Es ist ein peinliches Thema für mich. Ich schäme mich ein wenig für meine große Naivität in dieser Phase. Nach der Ausbürgerung lief ich im Westen rum wie das Leiden Jesu zu Pferde.

**Anne Hähnig:** Und war das ehrlich?

**Wolf Biermann:** Ich versuchte, eine moralische Äquidistanz zwischen Ost und West zu behaupten. Auf Deutsch: Ich wollte über den Dingen stehen ... und sagte mir: Ich bin doch der revolutionäre Intellektuelle. Ich schwebte über der DDR und über Westdeutschland, beide sind beschissen. Wie es im Gedicht „Disputation“ aus den „Hebräischen Melodien“ von Heinrich Heine heißt, wo Donna Blanka sagt: „Welcher Recht hat, weiß ich nicht, / doch es will mich schier bedünken, / dass der Rabbi und der Mönch, / dass sie alle beide stinken.“ Diese bequeme Äquidistanz, dass man alle beschissen findet und selber natürlich der prima Kerl ist, was billig zu haben und besonders für die Intellektuellen eine ständige Verführung ist – das war meine Pose in diesem ersten Schreck.

Ernst Bloch, mein Leib- und Magenphilosoph für die Kategorie Hoffnung, war Professor in Tübingen. Ich gab dort in der Nähe ein Konzert, und er kam hin zur „Gütekontrolle“ mit seiner Ehefrau Karola. Und ich schrieb dann ein Lied, mit dem ich mich bei ihm bedanken wollte für das, was er mir alles durch seine Hoffnungsphilosophie gegeben hatte. „Und als ich von Deutschland nach Deutschland / gekommen bin in das Exil, / da hat sich für mich geändert / so wenig, ach! und so viel. / Ich hab ihn am eigenen Leibe / gemacht, den brutalen Test: / freiwillig von Westen nach Osten / freiwillig von West nach Osten / gezwungen von Ost nach West. // Hier fallen sie auf den Rücken, / dort kriechen sie auf dem Bauche, / und ich bin gekommen, ach, kommen bin ich / vom Regen in die Jauche.“ Und der Bloch fand das sehr schön. Seine stalinistische Politkommissarin im Bett, Karola Bloch, war begeistert, und so widmete ich ihm dieses Lied.

Und dann sang ich es der Witwe eines Mannes vor, den Sie bestimmt kennen – des



Frage aus dem Publikum

großen Komponisten Hanns Eisler, der mein Meister war, den ich liebte, bewunderte und dem ich viel verdanke. Sie hatten sich getrennt. Lou Eisler, eine ungarische Jüdin, die mit Brecht und Eisler in Kalifornien im Exil gewesen war, hatte den genialen Saufkopp satt und lebte nun mit dem Kulturphilosophen Ernst Fischer in Wien. Und meine Lou Eisler-Fischer hörte dieses Lied und lachte mich aus. Sie sagte: „Du bist ein Dummkopf, freu dich doch, du Idiot, dass du endlich mal an der Menschheit lecken darfst, dass du endlich mal rauskommst aus diesem Käfig! Warum jammernst du so rum?“

**Anne Hähnig:** Es gab viele Schriftsteller\_innen, Intellektuelle, die Ihre erzwungene Ausbürgerung kritisierten, auch öffentlich. Es gab auch Bürger\_innen, die ihre Meinung kundtaten, zum Beispiel indem sie mit Kreide Ihren Namen auf Autobahnen schrieben. Die Stasi registrierte damals mehrere 1000 Vorkommnisse, Aktionen und Flugblätter. Haben Sie das im Westen mitbekommen?

**Wolf Biermann:** Es war, hörte ich: Ölfarbe, weiße. Na klar habe ich allerhand mitbekommen. Ich hatte mit Robert Havemann vorher besprochen, was ich in Köln singen werde. Natürlich nur meine Lieder. Sogar die Liebeslieder gingen politisch

zu weit. Man muss ja zu weit gehen, allerdings nicht zu weit zu weit. Bloß: Wo ist die Grenze? Und da hatte ich so vier oder fünf Lieder auf der Pfanne, darunter die „Stasiballade“, wo jede einzelne Strophe schon paar Jahre Bautzen wert war. Und die „Populärballade“, in der die Strophe mit dem Bernstein der Balladen vorkommt. Und Havemann sagte: „Die allerschärfsten Lieder sing lieber nicht im Westen, sonst lassen sie dich nicht zurück.“ Und er hatte Recht.

Ich habe mich dran gehalten. Und ich möchte von Ihnen ohne ironisches Grinsen dafür bewundert werden, dass ich nach zwölf Jahren Im-Zimmer-Singen nach 4,5 Stunden Singen vor 8000 Menschen und zum ersten Mal Auf-der-Bühne-Sein in Köln die Nerven hatte, nicht meinem Affen Zucker zu geben. Ich sang diese Lieder in Köln nicht. Das habe ich mir verkneifen, weil ich klug sein wollte. Und so gingen diese 4,5 Stunden vorbei. Ich hatte mein Ding gut gemacht, alles war wunderbar gelungen. Ich war nicht abgestürzt wie der preußische Ikarus in meinem Lied, sondern am Leben geblieben, und hatte es geschafft, nach zwölf Jahren Verbot nicht einzutrocknen, nicht zu vermickern, nicht zu verbittern und nicht zu verblöden. Das war für mich wie eine neue Geburt, ist doch klar.

Und dann haben diese 13 berühmtesten – was auch immer das sein soll – Schriftsteller\_innen der DDR: Stephan Hermlin, Sarah Kirsch, Stephan Heym, Christa Wolf, Volker Braun, Jurek Becker, Heiner Müller, mein Freund Günter Kunert ...

**Anne Hähnig:** ... in einer Resolution gefordert, Ihre Ausbürgerung zu überdenken.

**Wolf Biermann:** Sie nannten es eine Petition, also eine Bittschrift. Die aber war alles andere als eine Bitte. Das war nur die Verpackung. In Wirklichkeit war es ein im doppelten Sinne unerhörter Protest. Solch eine kollektive Insubordination war in der ganzen DDR-Geschichte eine Sensation. Dass sich die Schriftsteller\_innen zusammenschlossen, ihre Ängste und auch ihre professionellen Eitelkeiten überwinden und gemeinsam in Aktion traten, hat es niemals vorher und nie mehr danach gegeben. Das war das, was Stefan Zweig „eine Sternstunde“ genannt hätte.

**Anne Hähnig:** Hatten Sie damit gerechnet oder waren Sie überrascht?

**Wolf Biermann:** Ja. Als nach paar Tagen klar war, dass die verdorbenen Greise im Politbüro der SED nicht den Mut haben, die Ausbürgerung zurückzunehmen, da ärgerte sich der gefeuerte Liedermacher naiv, dass er die freche Stasiballade in Köln nicht auch noch geliefert hatte. Aber jetzt wird es interessant, und das ist vielleicht der einzige auch für mich neue Gedanke heute Abend, der sich auch bei den Kennern im Kopf festhaken könnte. Die ganze folgende Geschichte wäre wahrscheinlich anders gelaufen: Wenn ich nämlich diese radikaleren Pasquille gesungen hätte, dann hätten so ein Angsthase wie Stephan Hermlin, so ein pfiffiger Strategie wie Stephan Heym und solch eine ängstliche Heldin wie Christa Wolf gesagt: Also nein, da

gehen wir mit dem Wolf nicht mit. Sie hätten sich auf diese tapfer-devote Petition nicht einigen können. Günter Kunert und Jurek Becker hätten unterschrieben, das waren ja meine Herzensbrüder, aber nicht Christa Wolf, Stephan Heym und Stephan Hermlin. Heiner Müller, wer weiß ... Wie auch immer. Dann wäre es nicht zu dieser skandalösen Petition und deren Veröffentlichung im Westen gekommen.

Ich denke heute, ohne diese Petition hätte es im Folgenden die massenhaften Proteste in der DDR nicht gegeben. Tausende Studierende, Lehrlinge, junge Arbeiter\_innen in Jena und viele andere haben an dieser Petition angedockt, sie erwies sich als idealer Kristallisationspunkt. Manfred Krug ging mit der Petition systematisch hausieren bei seinen Kolleg\_innen, Schauspieler\_innen und Musiker\_innen. Er verlangte, dass sie unterschreiben sollen. Er betrieb bei dieser günstigen Gelegenheit nebenbei seine Republikflucht mit offiziöser DDR-Genehmigung. Es folgte ein Aderlass: Viele starke DDR-Künstler\_innen und Schriftsteller\_innen verließen das Land. Diese Namen fallen mir jetzt ein: Eva-Maria und Nina Hagen, Armin Müller-Stahl, Sarah Kirsch, Günter Kunert, Jürgen Fuchs, Hans-Joachim Schädlich.

Viele Feuilletonist\_innen sagen, die Ausbürgerung von Biermann sei der Anfang vom Ende der DDR gewesen. Das ist richtig. Aber die Historiker\_innen wissen: Es ist falsch. Kein Staat strauchelt, weil ein rebellischer Mann mit Gitarre einen Tritt kriegt und rausfliegt. Weder meine Feind\_innen noch meine Freund\_innen hatten mit den massenhaften Protesten rechnen können. Die Zeit war eben reif dafür.

Aus meiner Sicht ist das ein neuer Gedanke. In meinem Memoiren-Buch steht davon nichts, denn ich wusste es beim Schreiben noch nicht. Haben Sie in mein Buch mal reingeschaut?

**Anne Hähmig:** Klar, Ihre Biografie ist 2016 erschienen.

**Wolf Biermann:** Haben Sie es hier?

**Anne Hähmig:** Nee.

**Wolf Biermann:** Schade, ich würde Ihnen etwas Schönes in mein Buch von 2016 reinmalen. Vorn ist da so ein spießiges Foto drauf: Biermann in bräsiger Pose, als sei ich nichts als ein Ehrenbürger der Stadt Berlin. Das wollte der Verlag so, damit die Deutschen mein Buch kaufen.

**Anne Hähmig:** Das ist ja auch gelungen.

**Wolf Biermann:** Gewiss, die Rechnung ist aufgegangen. Aber auf der Rückseite ist ein interessantes Foto zu sehen. Das hat eine Fotografin in dem Moment geschossen, als ich nach 4,5 Stunden endlich aufhörte zu singen und diese 8000 Leute in dieser umgebauten Radrennhalle in Köln klatschten. Ich war so glücklich wie selten in meinem Leben. Und ich lief wie ein seliger Derwisch von der Rampe weg auf die Hinterbühne und drehte mit meiner Gitarre in der Hand so eine Runde. Schönes

Foto. Man sieht meine Erleichterung, den Triumph eines Menschen, der sich wundert, dass er nach zwölf Jahren Totalverbot noch nicht kaputtgegangen ist. Auf dem Foto sehen Sie vorn auf der Bühne ein Harmonium stehen. Darauf hatte ich drei meiner Lieder begleitet, darunter das Lied für Reiner Kunze „Wer sich nicht in Gefahr begibt, der kommt drin um“. Und auf dieses Harmonium male ich Ihnen bei Gelegenheit einen kleinen Affen, wie beim Leierkastenmann, der sein Äffchen hat, damit die Leute ihm paar Groschen mehr geben.

Und dieses kleine Äffchen ist mein Vater. Da schließt sich der Kreis. Mein Vater hatte an diesem 13. November Geburtstag, ein Zufall. Offenbar wusste er, dass sein Sohn in Köln auf einer riesigen Bühne steht und seine Lieder singt. Und da flog er auf der Auschwitzwolke mit dem Ostwind von Polen über das Rheinland. Über Köln sprang er runter auf meine Bühne, und damit keiner ihn erkennt, als Affe verkleidet. Er saß den ganzen Abend neben mir. Und er hat mir – wie die Juden es nennen – Ejzes gegeben. „Ejzes“ – das ist Judensprache und heißt, einen Ratschlag, einen guten Tipp geben. Wenn ich mit irgendeinem Chef sprechen soll und gern möchte, dass er mir einen Job besorgt, eine Genehmigung, eine Chance – wie muss ich mit ihm reden? Muss ich ihm schmeicheln, muss ich ihn provozieren? Wie reagiert er? Gib mir Ejzes. Soll ich das Geld, was ich gespart habe, in'n Strumpf stecken, in eine Immobilie? Oder besser zur Bank bringen oder in Aktien investieren? Gib mir Eijzes.

**Anne Hähmig:** Welchen Tipp hat Ihnen Ihr Vater gegeben?

**Wolf Biermann:** Mein Vater hat mir Ejzes gegeben, indem er im richtigen Moment immer sagte: „Wolf, sing nicht die Stasiballade.“ Die Verführung war groß. Auch ich wollte zeigen, was für ein Kerl ich bin. Und so ging dieser Kelch mit dem Gesöff der Eitelkeit an mir vorüber.

Ich rede jetzt bisschen poetisch. Es war natürlich nicht mein Vater, sondern mein eigenes Gewissen. Und es waren meine Freunde: der alte erfahrene Havemann und der junge kluge Jürgen Fuchs. Wir drei hatten über diese heikle Frage nachgedacht: Wie weit darf ich im Westen zu weit gehen?

**Anne Hähmig:** Wir sind jetzt gleich am Ende unserer Gesprächsrunde, ich möchte Ihnen noch eine Frage stellen in dem Wissen darum, dass sie ganz schön persönlich ist. Ich würde gern wissen, wann eigentlich Ihre glücklichste Zeit war.

**Wolf Biermann:** Wenn ich witzig sein will, antworte ich: Liebe Anne Hähmig, jetzt und hier, weil ich mit Ihnen reden darf. Aber das wäre Comedy.

Überglücklich waren diese drei Tage in meinem Leben: der 13. November, der 14. und der 15. November 1976. Meine Wiedergeburt im ersten Konzert in Köln. Am folgenden Tag fuhr ich mit dem stärksten südamerikanischen Cantautor, dem Da-

niel Viglietti, zusammen mit ein paar Leuten Richtung Düsseldorf, nach Zoons. Das ist ein mittelalterliches Städtchen am Fluss. Und da sammelte ich am Ufer des Rheins diese Handschmeichler. Das sind so kleine, schön gemaserte feinfarbige Steine, in Tausenden Jahren geschliffen in eine ebenmäßige Form. Sie schmeicheln der Hand, weil sie so schön glatt sind. Wenn man solch ein Kunstwerk der Natur länger in der Hand hält, entdeckt man bald eine winzige Unebenheit. Und fortan suchen die Finger immer wieder nach dieser einen Unstetigkeitsstelle. So erlebte ich zum ersten Mal in meinem Leben den Schicksalsfluss der Deutschen. Und sammelte die schönsten 20 Steine. Ich wollte 20 Freund\_innen in der DDR jeweils einen mitbringen.

**Anne Hähnig:** Gibt's die Steine noch?

**Wolf Biermann:** Nee, die sind verloren gegangen. Was sollte ich im Westen mit Handschmeichlern vom Rhein. Da heulen die Eulen in Athen und da lachen ja die Hühner. Der 15. November, mein 40. Geburtstag, war ein makaberer Glückstag für mich, weil ich zum ersten Mal älter wurde als mein Vater. Wenn der Sohn schon mal älter wird als der Vater, dachte ich bitter, geht es doch voran mit der Gattung Mensch.

Nach drei Tagen ungetrübten Glücks die Katastrophe: Der Fahrer der IG Metall, die mich zu den sechs Konzerten eingeladen hatte, das war Schorsch, der Fahrer von Jakob Moneta, fuhr mich mit 160 Stundenkilometern im Dienst-Mercedes auf der Autobahn nach Bochum. Da hörte ich Nachrichten im Autoradio. Gleich die erste Meldung: Ausgebürgert! Der Sprecher zitierte die offiziöse DDR-Erklärung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes. Etwa so: „Die zuständigen Behörden der DDR haben Wolf Biermann das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen. Mit seinem feindseligen Auftreten hat er sich selbst den Boden für die weitere Gewährung der Staatsbürgerschaft entzogen.“ Am Schluss der Satz: „Sein persönliches Eigentum wird ihm nachgeschickt.“ Auf jeden Fall komfortabler, als wenn man an der Mauer erschossen wurde.

**Anne Hähnig:** Man hat Ihnen alles rübergeschickt?

**Wolf Biermann:** Ja ... mit der Stasi-Spedition für Exporte „Deutrans“. Ich war also ein Sonderexportartikel. Sie schickten meine Bibliothek, meine acht Gitarren und den Bösendorfer Flügel. Nach und nach dann auf Schienen lebendige Menschen: Zuerst die Tochter meines Freundes Robert Havemann, Sybille, mit unserem kleinen Sohn Felix. Dann die geniale Rock-Röhre Nina Hagen und danach ihre Mutter, die Schauspielerin Eva-Maria Hagen. Zuletzt meine damalige Ehefrau, Tine, mit unserem Söhnchen Benjamin. Zynischer Menschenhandel mit politischer Exportware. Nina, die damals schon so genial verrückt war, wie sie immer ist, hatte in diesen tur-

bulenten Tagen in ihrer Kinderkrakelschrift an unseren Diktator geschrieben: „Lieber Erich Honecker, ich bin so traurig, dass Wolf nicht wieder zu uns zurückkommen kann. Wenn Wolf nicht mehr in die DDR zurückdarf, dann möchte ich auch lieber in den Westen gehen. Deine Nina.“ Da kann man deutlich sehen, wie panisch die Bonzen inzwischen waren. Die Nerven lagen blank: Wenn der Teufelsname Biermann fiel, reagierten sie panisch: Wegen Biermann? Raus!! Alles raus!!

**Anne Hähnig:** Und heute sitzen Sie wieder hier. Ganz herzlichen Dank, lieber Herr Biermann!

**Wolf Biermann:** Als ich vorhin ankam und dachte, wie sieht denn dieses Mädchen aus der DDR aus ...

**Anne Hähnig:** Sie meinen mich?

**Wolf Biermann:** Gewiss. Ich dachte, als ich Sie eben sah: Die ist aber jung!! Dabei erkenne ich wohl, dass Sie eine junge Frau sind. Aber von mir aus gesehen sind Sie ein Mädchen, denn ich bin ja kein alter Mann mehr – ab 80 ist man heutzutage schon ein Greis. Immerhin – Immanuel Kant wurde im 18. Jahrhundert an seinem 50. Geburtstag vom Bürgermeister in Königsberg als „ehrwürdiger Greis“ geehrt.

Als meine Frau Pamela und ich eben ankamen, da empfing uns Matthias Eisel von der Friedrich-Ebert-Stiftung und begrüßte mich: „Und nun bist du zum zweiten Mal in Bautzen.“ Und ich sagte: „Wie gut, dass ich nicht zum dritten Mal hier bin!“ Das bedeutet: Was'n Glück, dass ich in diesem VEB-Knast nicht eingekerkert wurde! Wie gut, dass dieser Kelch damals, als die Mauer noch für ewig stand, an mir vorübergegangen ist! Ich weiß nämlich nicht, ob ich auch diese Schicksalsprüfung in der SED-Diktatur durchgestanden hätte.



Dr. Jessica Bock, Prof. Dr. Rainer Eckert, Claudia Euen, Petra Morawe, Peter Wensierski (v. l. n. r.)

## PODIUMSDISKUSSION

Dr. Jessica Bock, Prof. Dr. Rainer Eckert, Petra Morawe, Peter Wensierski

Moderation: Claudia Euen

**Nischengesellschaft DDR? Die schweigende Mehrheit, eine wachsende Opposition und die Härte des Überwachungsapparates für den Machterhalt der SED in den 1980er Jahren**

**Claudia Euen:** Unser Thema bei diesem Podium lautet Nischengesellschaft DDR. Das ist ein Titel, den Sie alle schon kennen und gehört haben, den der Journalist Günter Gaus geprägt hat und der relativ umstritten ist. Gaus sagte: „Meine Datsche, mein Kleingarten, meine Neubauwohnung. Das ist mein Rückzugsort. Hier kann ich – in Anführungsstrichen – ein normales Leben führen. Das war das individuelle Glück in der DDR, was die Diktatur ein Stück weit verharmlost hat.“

Die Frage, die wir heute stellen wollen: Gab es diese Nischengesellschaft und wenn ja, wie sah sie wirklich aus? Außerdem werden wir uns damit beschäftigen, inwieweit die SED diese privaten Nischen nutzte, um die Leute ihr Leben leben zu lassen und ob diese Rückzugsräume ein Ventil für die Diktatur oder Orte waren, an denen sich oppositionelle Bewegungen gründen konnten.

Von diesem Ausgangspunkt aus wende ich mich zuerst an Frau Morawe. Sie ist ehemalige Bürgerrechtlerin. Ihr Rückzugsort waren Kunst und Theater. In den 1980er Jahren fing sie an, Theater, Schauspiel und Regie zu studieren. Während Ihres Studiums wurde sie aus politischen Gründen exmatrikuliert. Frau Morawe, war die Kunst in der DDR wirklich eine Nische?

**Petra Morawe:** Den Begriff gab es zu DDR-Zeiten nicht. Wenn jemand damals zu mir gesagt hätte: „Du befindest dich in einer Nischengesellschaft“, dann hätte ich damit überhaupt nichts anfangen können. Wenn ich den Begriff heute auf mich anwende, würde ich sagen, dass ich mir im Alter von 17 Jahren überlegt hatte, wo ich mir eine Nische suchen kann. Denn damals war mir schon klar, dass ich nur halbwegs gut überleben werde, wenn ich so etwas wie eine Nische finde. Seinerzeit fiel meine Wahl auf das Theater. Mein Eindruck, obwohl ich nicht aus dem Theatermilieu komme, war, dass man dort noch die Chance hat, kreativ zu sein. Als ich die Schule beendete, war das in anderen Bereichen bereits schwieriger.

Diesen Weg bin ich dann auch gegangen. Nach meinem Abitur habe ich angefangen, für drei Jahre als Praktikantin am Deutschen Theater zu arbeiten. Da die Studienplätze begehrt waren, musste man sich deswegen zunächst einen guten Leumund verschaffen, um die Eignung für ein Theaterstudium zu zeigen. Natürlich habe ich auch während dieser Zeit schon gemerkt, dass ich auch an diesem Ort Probleme bekommen kann. Als Praktikantin erlebte ich die harten Auseinandersetzungen mit dem Politbüro, zum Beispiel während der Inszenierung der Stücke von Volker Braun, Heiner Müller oder der Faust-Inszenierung von Adolf Dresen. Das waren riesige politische Explosionen im Theater.

Mir war bald klar, dass ich diese sogenannte Nische des fröhlichen, kreativen Lebens, die ich mir vielleicht mit 17 wünschte, in dieser Form nicht haben werde. Diese Zeit am Theater war dennoch sehr spannend und aufregend: Hier meinte ich noch am Puls der Zeit zu fühlen. Ich fand meine Entscheidung richtig.

Danach konnte ich ein Theaterstudium in Berlin beginnen. Schon am Ende meines Studiums war eine sehr knifflige Konstellation mit meiner Ausbildungsstätte – der Humboldt-Universität – entstanden. Erst viel später habe ich mich gefragt: Wieso haben sie mich dann noch Regie studieren lassen? Eigentlich hätten sie schon wissen müssen, dass es mit mir nicht in ihrem Sinne klappt. Ich denke, der Staat hatte eine

hohe Erwartungshaltung mir gegenüber, damals war ich Leistungsstipendiatin. Wahrscheinlich dachten sie sich: Frau Morawe ist noch nicht ganz auf Linie, die müssen wir noch ein bisschen biegen. Ich wurde deshalb immer wieder gefragt, ob ich in die SED eintreten will. Ich konnte die Entscheidung stets abwenden, ich hatte meine Techniken. Man treibt Anpassung so weit, dass man noch da ist, aber auf der anderen Seite nicht völlig brüskierend wirkt. Da habe ich meine vermeintliche Nische ausgelotet. Es endete schließlich damit, dass ich aus dem Regiestudium herausgeschmissen wurde und der Staat mir unumwunden sagte: Na, wenn du denkst, du hättest hier eine Nische, dann hast du dich geirrt.

In dem Moment war ich freigesetzt. Ich habe mich auch innerlich als *Persona non grata* bezeichnet, zuvor konnte ich mir nicht vorstellen, wie es ist, wenn ich aus allen Zusammenhängen herausgeschubst werde. Ich habe nie wieder Arbeit erhalten, nicht mal eine kleine Honorarposition. Nachdem ich 1981 exmatrikuliert wurde, war ich nicht mehr als Person existent, die in der gesellschaftlichen Struktur eingebunden ist.

**Claudia Euen:** Was war denn der Auslöser, dass Sie zur *Persona non grata* geworden sind?

**Petra Morawe:** Das ist eine wichtige Frage, auf die es keine einfache Antwort gibt. Es waren viele Bausteine, die zusammenkamen. Ein entscheidender Punkt, der mir später von der Institutsleitung gesagt wurde, ist, dass ich nicht in die Partei eingetreten bin. Ich galt als Kulturkader und hätte mich zum Staat bekennen müssen. Dazu gehörte auch, in die Partei einzutreten, was ich nicht getan habe. Der andere Punkt war die *Solidarność* 1982 in Polen. Wir sollten natürlich, wie immer, die „westliche Invasion“ verurteilen. Wir waren eine sehr kleine Studiengruppe – acht Leute – und davon haben drei diesen Kniefall nicht gemacht, haben eine offizielle Resolution zur Verurteilung der *Solidarność* nicht unterschrieben. Diese drei, ich war die Erste, wurden exmatrikuliert. Denn da war klar, dass wir nicht bereit sind, die politischen Vorgaben zu unterstützen. Da war das Fass voll. Aber vorher gab es schon sehr viele Anzeichen, dass die Reibungsflächen mit staatlichen Vorgaben immer größer wurden.

Als ich aus meiner selbst gesuchten Nische geworfen wurde, hatte ich die ganzen 1980er Jahre das Gefühl, nicht mehr in einem Schutzraum zu sein, den man nicht einsehen kann, sondern ich saß wie auf einem Tablett. Ich habe zusammengetragen, wer mich von nun an alles sah. Ich war damals schon alleinerziehende Mutter mit drei Kindern und im Fokus der Hausgemeinschaft. Das heißt, alle, die bei mir ein- und ausgingen, wurden von der Hausbuchführerin darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich im Hausbuch verewigen sollen. Die Hausbuchführerin nahm perma-

nent die Überwachungsfunktion wahr. Der Abschnittsbevollmächtigte hat sich regelmäßig bei mir gemeldet mit Fragen wie: „Wann haben Sie das letzte Mal Frau Soundso gesehen?“

Dann gab es die Beobachtung durch Kindergarten und Schule. Meine Mutter war Lehrerin. Ich wusste, welche Kontrollmechanismen dort existieren: von der Fingernagelkontrolle der Kinder über die Frühstücksbrotkontrolle bis hin zur Sauberkeit der Hosen. Das waren Überprüfungsmechanismen, ob jemand asozial ist oder in den Bereich der Verwahrlosung gerät. Gerade bei Oppositionellen wurde das sehr häufig angewendet. Es war deshalb mein Morgenritual, meine Kinder zu kontrollieren. Sie haben sicherlich einen Schaden davongetragen, das kann ich summarisch sagen. Dieser Terror um Äußerlichkeiten, den ich machte, sollte uns schützen. Letztendlich weil ich Angst hatte, wegen irgendetwas verurteilt zu werden. Meine Kinder hätten dann ins Heim, in die Obhut des Staates genommen werden können. Das war ein Albtraum, mit dem ich die 1980er Jahre durchweg leben musste.

In der Schule wurden meine Kinder permanent gefragt, was ihre Mutter arbeitet. Das heißt, ich musste meine Kinder indoktrinieren, was sie zu sagen haben, wenn sie gefragt werden. In der ersten Klasse! Sie können sich ungefähr vorstellen, welche Konfliktlagen dort entstanden, weil meine Kinder nicht sagen konnten, was bei uns los ist. Das hätte unter Umständen andere Fragen ausgelöst. Davor wollte ich uns bewahren. Dann gab es eine Kinderreichenstelle beim Sozialamt, mit drei Kindern galt man in der DDR als kinderreich. Ich musste diesen Status für mich nutzen, sonst hätte ich keine Miete zahlen können. Deswegen musste ich mich regelmäßig auf dem Sozialamt melden, wo ich permanent gefragt wurde, wovon ich lebe. Man hat Druck auf mich ausgeübt. Ich hatte keine Sozialversicherung mehr, weil ich keine Arbeit hatte. Ärztliche Besuche waren deshalb schwierig.

Außerdem hatte ich die Stasi am Telefon, es wurde mitgehört. Zum Glück hatte ich sie nicht in meinem engen Freund\_innenkreis, das kann ich heute sagen. Das im Nachhinein festzustellen war für mich eine große Entlastung. Aber ansonsten waren sie da. Ich hatte immer Angst, von Freund\_innen bespitzelt zu werden, die nicht zum engsten Kreis gehörten. Die Familie war für mich auch eine Bedrohung, sie waren systemtreu, alle waren in der Partei und hatten Probleme durch mich bekommen. Natürlich versuchten sie, auf mich einzuwirken, und so fühlte ich mich bald in der Familie isoliert. Ich wusste nie genau, was los ist. Das ist wie in einem Lebenspanoptikum, in dem man hin und her rennt. Deshalb tue ich mich schwer mit dem Begriff der Nische. Ich finde nicht, dass da irgendwo eine Nische für mich war. Ich hatte geschaut, ob ich eine finde, aber dieser Staat hatte keine für mich, sondern ein Tablett, auf dem er mich von allen Seiten begucken konnte.

**Claudia Euen:** Vielen Dank erst mal dafür. Wir machen nun mit Rainer Eckert weiter, Leiter des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig bis 2015. Sie haben zu DDR-Zeiten Ihre wissenschaftliche Karriere angefangen, sind dort aber immer wieder an die Grenzen der Macht gestoßen. Nach der Wiedervereinigung konnten Sie trotzdem an diese Zeit anknüpfen. Zum Thema Wissenschaft als Nische: Wie haben Sie die 1980er Jahre erlebt?

**Prof. Dr. Rainer Eckert:** Ich muss ein bisschen früher beginnen, um das verständlich zu machen. Was Petra Morawe gesagt hat, dass es keine „Nischen“ in der DDR gab, würde ich so teilen. Zumindest keine „Nischen“ in dieser durchherrschten Gesellschaft, die nicht gleichzeitig überwacht wurden. Man konnte sich einbilden, in einer „Nische“ zu sein, musste aber ständig damit rechnen, dass doch jemand mitlauscht oder einen beobachtet. Ich finde diesen Begriff also falsch. Aber ich komme zuerst auf mich zurück, um das deutlich zu machen: Ich bin 1972 von der Humboldt-Universität aus politischen Gründen relegiert worden. Das war das übliche Verfahren: Zuerst kam der Ausschluss aus der FDJ. Alle Kommiliton\_innen stimmten ab, alle waren dafür, mich als Staatsfeind auszuschließen – ich stimmte als Einziger dagegen. Ich bin dann im Rahmen eines Disziplinarverfahrens von der Uni relegiert worden und war arbeitslos, ein für die DDR ungewöhnlicher Zustand ohne Arbeitslosenunterstützung.

**Claudia Euen:** Vielleicht können Sie noch mal kurz sagen, was die Auslöser dafür waren?

**Prof. Dr. Rainer Eckert:** Es sind zwei verschiedene Sachen. Das eine, was offenkundig war, waren unsere oppositionellen Diskussionsgruppen. Heute weiß ich durch die Akten des MfS genauer, dass die Staatssicherheit gegen mich wegen staatsfeindlicher Hetze und Gruppenbildung in einem Operativen Vorgang (OV) mit der Bezeichnung „Demagoge“ ermittelt hat. Da ist mir alles vorgeworfen worden, was man sich nur vorstellen kann: vom Linksradikalismus über sozialdemokratisches Denken bis hin zur illegalen Literaturvervielfältigung. Alles, was im ideologischen Schreckensinstrumentarium der Geheimpolizei vorhanden war, ist in diesen OV eingeflossen. Am Ende bin ich, wie erzählt, von der Uni geflogen.

Der zweite Punkt: Mit meinem Rausschmiss war verbunden, dass mir die Aufenthaltsgenehmigung für Ost-Berlin entzogen wurde. Wenn man nicht aus Ost-Berlin kam, durfte man nur mit einer Aufenthaltsgenehmigung in dieser Stadt wohnen, die ihrerseits mit einer Arbeitsstelle verbunden war. Da ich ja arbeitslos war, hatte ich also auch keine Aufenthaltsgenehmigung mehr. Gleichzeitig hat die Universität „netterweise“ der Nationalen Volksarmee geschrieben, ich wäre kein Student mehr, man könne mich deshalb zum Wehrdienst einziehen, das sei der beste Weg für mich. Ich



Prof. Dr. Rainer Eckert

hatte jedoch schon bei der davor liegenden Musterung zusammen mit meiner Mutter die ärztlichen Unterlagen gefälscht – ein gefährliches Unterfangen – und so habe ich mich der Wehrpflicht durch Urkundenfälschung entzogen.

In Berlin lebte ich also „illegal“ ohne Aufenthaltsgenehmigung, war arbeitslos und auf Arbeitssuche. Das Problem war, ich musste mich in der Produktion bewähren, weil ich wieder studieren wollte. Ich habe mich bei circa 40 Betrieben in Berlin und Umgebung beworben, der Ablauf war immer gleich. Ich bin hingegangen, und weil Arbeitskräftemangel in der DDR herrschte, sagten die Kaderleiter: „Großartig, wir brauchen jeden Mann. Sie können nächste Woche anfangen. Melden Sie sich morgen wieder.“ Ich habe mich dann am nächsten Morgen gemeldet, mir schlug eisiges Schweigen entgegen und ich hörte: „Nein, wir können Sie aus unterschiedlichsten Gründen nicht nehmen.“ Oder: „In manchen Industriehallen arbeiten nur Frauen, wenn da ein Mann dazwischenkommt, dann ist die Harmonie gestört.“ Briefträger konnte ich auch nicht werden, weil das ein Vertrauensposten war. Als Parkwächter im Park von Sanssouci war ich ebenfalls aus irgendeinem Grund nicht geeignet. Wahrscheinlich, weil dorthin Tourist\_innen kamen.

Am Höhepunkt dieser wirklich für mich schwierigen Situation war es die Gefahr, der Asozialität bezichtigt zu werden. Als ich längere Zeit nicht gearbeitet hatte, be-

kam ich mit der Post dieses graue Kärtchen zur „Klärung eines Sachverhaltes“. Ich sollte mich bei der Volkspolizei in Potsdam melden. Dort empfangen mich zwei finster blickende Menschen, Männer mittleren Alters, und sagten: „Wir sind nicht von der Volkspolizei, wir sind vom Ministerium für Staatssicherheit und wir gehen jetzt ins Zimmer Nummer 13. Das muss aber nichts Schlimmes bedeuten.“ Die Quintessenz des folgenden stundenlangen Verhörs war, dass sie mir sagten, meine Lage sei hoffnungslos, mein Urteil stehe bereits fest: drei Jahre Zuchthaus wegen Spionage. Doch dann änderten sich die Mienen und die Geheimpolizisten sagten mir: „Sie haben eine Chance, Ihre Verbrechen gegenüber dem Arbeiter-und-Bauernstaat wiedergutzumachen, wenn Sie für uns arbeiten.“ Das war natürlich eine heikle Situation für mich. Ich habe meinen kleinen Mut zusammengefasst und mit zitternder Hand geschrieben: „Ich lehne aus moralischen Gründen ab, mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammenzuarbeiten.“ Da habe ich gedacht: Jetzt legen sie mir Handschellen an und ab geht es nach Bautzen. Das war aber nicht der Fall. Die Offiziere waren allerdings ein bisschen „angesäuert“. Vor allem weil ich meine Verweigerung schriftlich festgehalten hatte, die von mir angegebenen „moralischen Gründe“ fanden sie natürlich auch nicht angemessen.

Als ich das Angebot abgelehnt hatte, sagten mir die Geheimpolizisten, dass ich in der DDR niemals einen Fuß auf den Boden bekommen und beruflich niemals erfolgreich sein würde. Auch eine eventuelle Reise in den Westen sei für mich ausgeschlossen. Und das haben sie bis zur Friedlichen Revolution durchgehalten. Die letzte Eintragung in meiner Akte bei der Staatssicherheit ist von 1988. Hier hieß es über mich: „Rainer Eckert, Sozialismusverbesserer, Staatsfeind“, in Klammern: Spinner. Das war die letzte Äußerung der Geheimpolizei über mich.

Nach diesem Erpressungsversuch änderte sich meine Situation dann überraschend. Als ich in meinem Stammcafé in Potsdam, dem „Heider“ saß, kam eine junge Frau – wie ich inzwischen weiß, war sie Inoffizielle Mitarbeiterin des MfS – auf mich zu und sagte, sie habe gehört, ich sei arbeitslos und suche Arbeit. Ihr Vater sei Kombinatdirektor in einem Baubetrieb in Berlin und würde mich sicher einstellen. Und so war es. Eine Woche später stand ich morgens um sechs auf dem Bauhof des Wasserstraßenbaus in Potsdam mit einem Reisigbesen und fegte den Hof. Drei Jahre lang habe ich mich in diesem Betrieb „in der Produktion bewährt“. Dann wieder ein DDR-Spezifikum: Der Betrieb, die „Arbeiterklasse“, delegierte mich erneut zum Studium. Die Universität wollte das nicht, musste mich aber wieder aufnehmen. Allerdings nicht im Direktstudium, da ich in der Humboldt-Universität Hausverbot hatte, ich musste im Fernstudium zu Ende studieren.

Nun zu den „Nischen“. Es kam wieder zu einer Wendung. Ulrike Poppe, sie kannte

mich seit oppositionellen Diskussionskreisen im „Untergrund“, sagte zu mir: „Du arbeitest doch noch immer in diesem Baubetrieb. Mein Vater ist Abteilungsleiter bei der Akademie der Wissenschaften. Ich spreche mal mit ihm.“ Das machte sie auch und so kam ich an die Akademie in das Zentralinstitut für Geschichte und dort in eine Abteilung für Bibliografie. „Nische“ kann ich dazu nicht sagen. Ich habe 14 Jahre lang dort gearbeitet, und das war für mich zunehmend eine Hölle. Ich musste bibliografieren, wollte aber forschen und Bücher schreiben. Das konnte ich nicht, ich musste zuarbeiten. Diese drei Jahre Produktion und 14 Jahre wissenschaftliche Hilfsarbeiten trieben mich bis an den Rand des Selbstmords und in die Depression, weil ich immer gesehen habe, dass alle anderen an mir vorbeizogen. Ich musste alles, was ich wissenschaftlich machte, also vor allem promovieren – die Promotion wurde zwei Mal abgebrochen – außerhalb der Arbeitszeiten nachts bewältigen und an Wochenenden und im Urlaub. Ich saß also 14 Jahre lang jede Nacht und jede freie Minute in meiner Wohnung und habe versucht, wissenschaftlich zu arbeiten. Vielleicht war das ja meine „Nische“, aber es war eine sehr unbequeme, eine, die mich gequält hat.

Nach der Friedlichen Revolution begann für mich dann ein sehr steiler beruflicher Aufstieg. Den zu erkämpfen war allerdings extrem schwer. Denn im Gegensatz zu meinen Kollegen, die in den Westen reisen konnten, war ich dort vollkommen unbekannt. Mir ist es dennoch gut gelungen, mich durchzusetzen. Ich denke, ich habe mich in meiner schwierigen Situation in der Diktatur so gestählt, dass ich auch dem Westen mit anderen Schwierigkeiten und Herausforderungen gut gewachsen war. Das Ganze hat im Grunde genommen eine positive Lösung durch die Friedliche Revolution gefunden. Sonst wäre das bis zu meinem Lebensende weitergegangen und ich hätte mir mit 65 meinen Traum erfüllen können: einmal mit 100 Westmark in der Tasche über den Ku'damm zu laufen – als Höhepunkt des Reisens durch die Welt.

Noch etwas zu einem Punkt, der schon gestern diskutiert worden ist: Weggehen wollte ich nie aus der DDR. Diese Idee ist mir nicht gekommen. Viele meiner Freund\_innen sind gegangen, geflüchtet oder haben sich freikaufen lassen. Ich wollte meine Heimat nicht verlassen, wobei meine Heimat nicht die DDR war. Sondern meine Heimat waren mein Freund\_innenkreis und dieses kleine Areal Ost-Berlin – Potsdam. Meine Auffassung und die anderer war: Wir wollen dieses Stück Heimat nicht den herrschenden Diktatoren überlassen. Zum Glück kam es zur Rechtfertigung dieser Meinung durch die Friedliche Revolution und die dadurch ermöglichte „Wiedervereinigung“. Ohne beides wäre es ein Fehlweg gewesen. So hat es sich genau als goldrichtig erwiesen.



Dr. Jessica Bock

**Claudia Euen:** Vielen Dank. Auf die Zeit nach der Friedlichen Revolution kommen wir später noch mal zu sprechen. Jetzt würde ich gerne Jessica Bock vorstellen. Sie ist Wissenschaftlerin. Sie hat ihre Dissertation zur Frauenbewegung in der DDR zwischen 1980 und 2000 geschrieben. Dafür hat sie viele Zeitzeuginnen-Interviews geführt und verschiedene historische Quellen analysiert. Ihr Fokus ist, die Frauen nicht als Wendeverliererinnen darzustellen, sondern ihre Perspektive neu zu erzählen. Können Sie am Anfang kurz umreißen: Wie ging es den Frauen in der DDR in den 1980er Jahren und wie haben sich diese oppositionellen Bewegungen herausgebildet?

**Dr. Jessica Bock:** Die Frauen, mit denen ich gesprochen habe, waren Anfang der 1980er Jahre Mitte, Ende 20 bis Mitte 30. Sie standen in der Blüte ihres Lebens, hatten gute Ausbildungen, teilweise studiert, Familie und gemerkt, dass vieles erstarrt ist, sich vieles nicht mehr fortbewegt, es in vielen Bereichen Veränderungen bedurfte. Diesen Stillstand haben sie auch in der Frauen- und Gleichstellungspolitik wahrgenommen; auch diesen Widerspruch zwischen dem, was im Radio, in Print und Fernsehen propagiert wurde, dass alles gelöst und gleichberechtigt ist. In ihrer Realität haben sie aber gesehen: Hier stimmt etwas nicht. Sie haben Probleme wahrgenommen, bei denen sie erst dachten, es liege an ihnen selbst, aber durch Gespräche

und Austausch mit Freundinnen und Kolleginnen gemerkt haben, dass sie nicht alleine mit diesen Problemen sind. Die Frauen kamen zu dem Schluss, strukturelle Gründe sind dafür verantwortlich.

Durch das Bedürfnis nach Austausch nicht nur über die persönliche Situation, sondern auch darüber, wie man die Situation ändern kann, sind diese informellen Frauengruppen entstanden. Die Frauen haben sich dort regelmäßig getroffen. Sei es in der privaten Wohnung oder in einem Raum der nahegelegenen Kirche. Das waren die hauptsächlichen Räume, wo das stattgefunden hat. Diese Räume würde ich nicht als Nische bezeichnen, denn wenn wir es in der Definition von Günter Gaus betrachten, dass die Nische ein Rückzug ins Private ist, dann haben diese Frauengruppen das Private politisiert. Das verbindet man gerne mit der westdeutschen Frauenbewegung: Das Private ist politisch. Aber die DDR-Frauen haben auch das, was privatisiert wurde, nämlich die Schiefelage in der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, die es nach wie vor gab, politisiert. Sie wollten darüber sprechen und anfangen, darüber nachzudenken, wie es anders sein kann, in welche Richtung es verändert werden kann. Deswegen denke ich, dass der Begriff der Nische nicht passt. Wenn, dann sind das Schutzräume, die es für diese Gruppen brauchte, um sprechen zu können, um Worte zu finden. Das ist ein Signum gewesen, um für das, was man beobachtet und gespürt hat, Begriffe zu finden, eine Sprache zu entwickeln, um in den Dialog mit Gleichgesinnten zu treten.

Es gab das Bedürfnis, nach außen in die wie auch immer geartete Öffentlichkeit zu treten. Das war recht unterschiedlich ausgeprägt. Die Frauengruppe um Petra Lux, die 1982/83 versucht hat, eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Frauzentrum“ durchzuführen, war der konkreteste Versuch, in die Öffentlichkeit zu gehen. Für die Gruppe war klar, dass sie nicht mit der Kirche kooperieren wird. Petra Lux war damals Leiterin des Jugendklubhauses „Jörgen Schmidchen“ in Leipzig und hat diesen Ort für die Veranstaltungsreihe konkret mit dem Ziel angeboten, andere Frauen, insbesondere Alleinerziehende, anzusprechen.

Das hat bei der ersten Veranstaltung vor allem durch Mundpropaganda noch funktioniert. Es ist sogar gelungen, eine klitzekleine Anzeige in der Leipziger Volkszeitung zu inserieren. Die Veranstaltung wurde von bis zu 100 Frauen besucht, das ist schon beachtlich für diesen Zeitraum. Die Teilnehmerinnen kamen nicht nur aus Leipzig, sondern auch aus nahegelegenen Städten angereist. Das hat gezeigt, dass ein Bedarf da war, sich über bestimmte Themen auszutauschen.

Es blieb jedoch bei dieser einen sehr erfolgreichen Eröffnungsveranstaltung, weil sofort danach staatliche Stellen interveniert und die Veranstaltungsreihe okkupiert haben. Der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) sollte das inhaltlich ent-

sprechend umgestalten, sodass alles ideologisch in die offizielle Frauen- und Parteipolitik passt. Petra Lux hat sofort ihre Stelle verloren. Das Interessante ist aber, dass sich die Frauengruppe nicht unmittelbar aufgelöst, sondern versucht hat, diese Reihe durchzusetzen. Die Gruppe und Besucherinnen haben sich außerdem dafür eingesetzt, dass Petra Lux an ihre alte Stelle zurückkommt. Die Auseinandersetzung um diese Veranstaltungsreihe hat sich über ein Jahr hingezogen.

**Claudia Euen:** Lebten die Frauen denn wirklich gefährlich? Hat der Staat die Frauenbewegung als oppositionelle Kraft ernstgenommen?

**Dr. Jessica Bock:** Es ist zweierlei. Einerseits wurden die Frauen von der Staatssicherheit nicht für voll genommen. Bei den „Frauen für den Frieden“ – einer nichtstaatlichen Frauenbewegung – hat man lange gedacht, Männer würden dahinterstecken, da die Gruppe so gut organisiert war. Andererseits haben sie das schon ernst genommen, wenn man zum Beispiel in den Akten liest: „Verdacht einer unabhängigen Frauenbewegung.“ Und das wollten sie gar nicht, weil sich die DDR durch verschiedene Maßnahmen, zum Beispiel durch die Einführung der Fristenlösung Anfang der 1970er Jahre, im Vergleich zum Westen im Vorsprung wähnte. Ich denke schon, dass sie es ernstgenommen haben und keine unabhängige Bewegung aufkommen lassen wollten.

**Claudia Euen:** Aber es war eine kleine Gruppe an Frauen, oder?

**Dr. Jessica Bock:** Es war überschaubar. Samira Kenawi, die das Archiv „Grauzone“ gegründet hat, konnte ungefähr 100 informelle Frauen- und Lesbengruppen ausmachen, die es in den 1980er Jahren gab. Aber die DDR war auch ein kleineres Land. Wir haben gestern in den Einführungsvorträgen vermittelt bekommen, dass sich aufgrund der Gegebenheiten soziale Bewegungen in der DDR nicht so etablieren und ausbilden konnten wie in der Bundesrepublik.

**Claudia Euen:** Super, vielen Dank. Herr Wensierski, wir kommen gleich zu Ihnen. Ich wollte jetzt Frau Morawe noch mal fragen, da wir gerade über Frauenbewegungen gesprochen haben: Hatten Sie Kontakt zu solchen Bewegungen und Aktivistinnen? War das Thema bei Ihnen?

**Petra Morawe:** Das war bei mir auf jeden Fall Thema, allerdings nicht mit dem ausschließlichen Fokus auf Frauen. Sondern ich habe mich dem Pankower Friedenskreis – ich wohnte um die Ecke – angeschlossen, nachdem ich mich sehr lange von dem Schock erholen musste, dass ich weggeschmissen, rausgeschmissen worden war. Am Anfang war es eine sehr komplizierte Geschichte, als ich 1984 hinzukam. Damals war der Friedenskreis permanent überspült von Stasist\_innen und IMs. Die Gründer\_innen dieses Friedenskreises haben das natürlich gewusst und alle, die neu hinzukamen, also auch mich, als potenzielle Gefährdung empfunden. Ich wurde

mindestens zwei, drei Jahre lang als Gefährderin behandelt. Ich musste mich auch in der Opposition sehr hart durchsetzen. Ich bin zwar zu den Veranstaltungen gegangen, ich habe mich da auch beteiligt, war involviert, aber ich wurde aus dem Vertrauenszirkel drei Jahre lang ausgeschlossen. Einfach, weil ich auch ein Stasi-Spitzel hätte sein können. Es war für mich eine belastende Situation, bis dann jemand sagte: „Jetzt hört auf, sie unter Verdacht zu stellen.“ Und: „Du kannst heute mit uns mitkommen.“ In meiner damaligen Lebenssituation zusätzlich so isoliert zu werden, war für mich eine richtige Härte. Aber es hat keinen anderen Weg gegeben.

Auch hier war es keine Nische, weil, wie wir heute wissen, bis zu 30 IMs in den Veranstaltungen saßen. Also nicht immer 30, aber abwechselnd. Die wurden abgeordnet und kamen dann mit ihren Blousons und diesen Handgelenktäschchen. Na ja, da wussten alle, wer die sind. Trotzdem haben wir die Veranstaltungen in der Kirche immer wieder durchgeführt und versucht, sie für uns und andere produktiv zu machen. Diese öffentlichen Veranstaltungen waren natürlich nur bedingt möglich, wer hat denn in solch einem Klima seine Meinung wirklich offen sagen können? Bezogen auf die Nische hatten wir nicht mal unter dem Dach der Kirche eine Chance.

Ich habe außerdem viel in der Afrikahilfe der Evangelischen Kirche mitgewirkt, weil ich mich in den anderen Bereichen nicht so exponieren konnte. Das hatten wir so untereinander geklärt, denn wenn es Verhaftungsgefahren gab, war das für mich ein Grund, mich nicht zu beteiligen. Denn bei mir zu Hause war kein Ehemann, der die Kinder übernehmen konnte. Die Frauenproblematik war im Friedenskreis Pankow nicht so sehr Thema. Wir haben darüber diskutiert, aber wir waren paritätisch vertreten. Wir als Frauen waren wichtig, wir waren sehr oft der Motor, sodass das für mich überhaupt kein Thema in dieser Zeit war. Ich hatte das Gefühl, in einem „Schutzraum“ zu sein, einem Boot, in das schon Löcher gebohrt sind, durch die das Wasser reinfließt und man immer schöpfen muss. Von Sicherheit kann man nicht reden. In solch einem Raum war das nicht das Wichtigste, weil wir für uns selbst stark genug waren und hier reden konnten.

Ich erinnere mich an Veranstaltungen in der Kirche, in denen es um Kindererziehung ging. Das war für uns damals ein ganz großes Thema: die Indoktrination der Kinder, die Militarisierung der Schule. In verschiedenen Schreiben haben wir uns an die Bildungsministerin Margot Honecker gewandt, dass wir das nicht richtig finden. Damals war die vormilitärische Ausbildung zum Pflichtunterricht geworden. An solchen Aktionen habe ich mich beteiligt.

Eine andere Ecke, die ich mir gesucht hatte – allerdings erst Ende der 1980er Jahre – war auch unter dem Dach der Evangelischen Kirche: eine Spielgemeinschaft, „Die Boten“. Das war eine kleine Laientheatergruppe, die sich gefreut hat, dass ich mit-

mache. Es war zum Ende der DDR eine kleine Etüde, aber dort wusste ich auch, dass überall Stasi war. Da gab es auch keinen wirklich sicheren Freiraum.

Auch wenn meine beste Freundin zu mir kam und wir über ihre Verfolgung sprachen, sind wir ins Bad und haben alle Wasserhähne aufgedreht. Ich wusste ja nicht, ob meine Wohnung „verwanzt“ war und ich abgehört wurde. Sich so zu verhalten war irgendwann normal, wenn man immer so lebt. Deshalb kann ich den Begriff der Nische auf mein Leben nicht anwenden. Aber es gab bestimmt andere Erfahrungen in der DDR, Menschen, die in ihrer Gartenanlage gute Stunden hatten und ein Gemeinschaftsgefühl, die sich gut gefühlt und offene Worte riskiert haben, da bin ich mir ganz sicher. Die Leute haben dort häufig auch kein Blatt vor den Mund genommen. Das mag es alles gegeben haben, aber dafür bin ich nicht die richtige Zeitzeugin. Ich war da nicht dabei.

**Claudia Euen:** Vielen Dank. Herr Wensierski, Sie waren ab Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre Korrespondent in der DDR und haben eine Außenperspektive auf das Land. Wie war das für Sie? Konnten Sie überall hingehen, mit allen Leuten sprechen, war immer jemand dabei? Wie haben Sie das in Bezug auf das Thema Nischengesellschaft wahrgenommen?

**Peter Wensierski:** Ich möchte zu Frau Morawes letzter Bemerkung noch sagen: Es gab natürlich eine besondere Nische in der DDR, die war in Wandlitz. Aber auch da hat man sich gegenseitig belauert und konnte sich nicht leiden. Es gab Berichte über den einen und den anderen. Es ist ziemlich verrückt, dass auch in dieser Nische Kontrolle funktionierte. Margot Honecker, das hat mir ihr Fahrer mal erzählt, hatte sich die Sondererlaubnis geholt, ohne Fahrer selbst im Auto rauszufahren. Das musste auch erst genehmigt werden.

Wir haben von den Vorredner\_innen gehört, dass es in den Nischen der DDR ziemlich ungemütlich zugeht. Frau Morawe hat auch gesagt, sie kannte den Begriff gar nicht, und ich glaube, das ist richtig. In der DDR wurde der nicht benutzt. In die Welt gesetzt hat ihn tatsächlich Günter Gaus. Ich erinnere mich noch gut daran: Vor fast 40 Jahren saß ich in Hamburg mit Günter Gaus auf solch einem Podium wie hier. Er hatte ein Buch geschrieben, mit dem Titel: „Wo Deutschland liegt“. Da beschrieb er diese Nischengesellschaft. Und warum machte er das? Weil er klar machen wollte, dass man in der DDR eigentlich ganz gut leben kann, die Masse der Bürger\_innen sei zufrieden. Das ist ein Narrativ, das sich die ganzen 1980er Jahre – auch im Westen – immer wieder durchgesetzt hat. In Artikeln im Stern, in der ZEIT.

Aber das war natürlich eine extrem oberflächliche Betrachtung, wo billiges Brot, Neubauwohnungen, Warmwasser, die Datsche eine Rolle spielen, aber nicht der gi-



Peter Wensierski

gantische Sicherheitsapparat. Die DDR war eine gewalttätige Gesellschaft, und die Gewalt, von der Petra Morawe oder die anderen erzählt haben, drang auch in die Nischen ein. Es gab keine Nische auf Dauer in der Kultur, in der Wissenschaft. Es gab nicht einmal harmlose Nischen von Jugendlichen. Ich habe in den letzten Wochen viele Stasi-Akten gelesen, wo mir die Ohren geschlackert haben, welche kleinste Regung bereits überwacht wurde; wo man sich heute kopfschüttelnd fragt: Mensch, das ist doch noch Lichtjahre von Opposition entfernt. Man duldet keine Nischen. Schon durch die kleinste Nische fühlte sich die Macht bedroht. Man hat alle aufkeimenden Nischen mit über 100.000 hauptamtlich angestellten Stasi-Leuten ausgeleuchtet. Mit 300.000 freien Mitarbeiter\_innen, den Spitzeln, Kontaktpersonen oder mit freiwilligen „Helfern der Volkspolizei“, mit Hausbuchführer\_innen und so weiter.

Ich fand sehr gut, was Frau Morawe gesagt hat. Es gab ja noch weit über die Stasi hinaus ein Überwachungs- und Kontrollsystem: in der Gewerkschaft, im Betrieb. Es gab überall ein Berichtswesen, es wurde schon in der Schule eingeschätzt, beurteilt und manchmal auch verurteilt. Da passte manchmal kein Blatt Papier in diese Nische, weil man so kontrolliert war.

Das habe ich auch erlebt. Ich bin in der DDR seit 1978 herumgefahren, weshalb ich ein Buch über die Aussteigerjugend und die Gruppen geschrieben habe, die sich in der DDR Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre gebildet hatten. Die Biermann-Ausweisung 1976 war zwei Jahre vorbei, als ich das erste Mal in der DDR als Westjournalist war und dann jahrelang herumreisen konnte. Dabei habe ich genau solche Künstler\_innen oder Wissenschaftler\_innen getroffen, habe an Treffen in Wohnungen teilgenommen; oder an diesen vielen Veranstaltungen in kleinen und großen Kirchenräumen, in denen die Künstler\_innen aufgetreten sind, die nicht auftreten durften: Klaus Schlesinger, Christa Wolf, Jurek Becker oder Stefan Heym, die dort ihre Lesungen halten konnten. Ich habe gerade noch Bettina Wegner singen hören. Das wurde aber alles ganz schnell beendet. Wenn irgendwas eine Zeitlang in einer Nische funktionierte, dann lag das nur daran, dass der Apparat doch etwas träge und langsam war. Eigentlich hatte er immer nur eine einzige Wahnvorstellung: Entweder hatte er jemanden gegen sich oder konnte jemanden als IM gewinnen. Dieses absolute Schwarz-weiß-Bild „Feind oder Freund“, gesteuert vom Feind, vom Gegner im Westen, bestimmte das Vorgehen. Und deshalb dauerte das nur manchmal länger, bis zugeschlagen wurde oder bis die Bewegungsfreiheit, wie bei Frau Morawe, immer mehr eingeengt wurde. Das konnte ich immer wieder verfolgen.

Zu Günter Gaus muss man wissen, wer er gewesen ist. Er war ständiger Vertreter der BRD in der DDR. Er saß in einem abgeschirmten Gebäude. Hinten im Garten gab es die Laube, da kamen manchmal Schriftsteller\_innen oder Künstler\_innen hin. Der Gaus ist aber kaum rausgegangen. Er hat vielleicht mal an einem Abendessen teilgenommen, aber eigentlich war er hauptsächlich in diesem Gebäude. Er war ein offizieller Vertreter, ein Diplomat. Was ich sagen will: Er hatte einen beschränkten Blick auf die DDR. Ihm fehlte das Erlebnis, das ich hatte, als ich bei Rainer Eppelmann in der Kirche war und 5000 Jugendliche in und um die Kirche das Gebäude belagert haben. Das waren einzigartige Bilder.

In den Straßen um die Samariterkirche herum lagerten Jugendliche aus der ganzen DDR. Die Bluesmessen wurden drei, vier Mal hintereinander durchgeführt. Das hat Günter Gaus gar nicht wahrgenommen oder im besten Fall davon aus zweiter Hand gehört. Das erzeugte bei ihm dieses Bild der zufriedenen DDR-Bürger\_innen. Und Opposition war für Günter Gaus der eine Schriftsteller oder die eine Intellektuelle, wenn sie ganz vorsichtig, oft gut verschlüsselt, abweichende Dinge sagten oder schrieben.

Aber tatsächlich war es so, dass sich schon Anfang der 1980er Jahre überall in der DDR um Junge Gemeinden herum sichtbare Gruppen bildeten. Auch außerhalb der Kirche gab es das. Ich hatte das Glück, die DDR auf vielen Ebenen kennenzuler-

nen. Also nicht nur über diese Blase der Ständigen Vertretung. Zum Beispiel beim Treffen der Jungen Gemeinde in Pankow in einem Keller. 40, 50 junge Leute waren insgesamt dort. Ein wachsender Rumor ging durch das Land. Dazu gehörten auch Umweltgruppen. Die jungen Leute fingen an zu überlegen: Die Zeitungen schreiben jeden Tag, dass noch mehr produziert werden muss. Die Schloten sind schwarz, die Umwelt, die wir sehen, ist aber total verseucht. Dazu brauchte man keine Messgeräte, das roch man und sah es mit bloßem Auge aus den Schornsteinen quellen. Das sah man an den Flüssen, Seen, an der Zerstörung der Landschaft.

Auch Friedensgruppen gab es, die mit den Kerzen rebellierten. Frauen- und Künstler\_innengruppen entstanden. Sogar Schwulengruppen entstanden, die gegen ihre Diskriminierung ankämpften. Das hat sich im Laufe der 1980er Jahre verstetigt und intensiviert. Daraus sind dann die Friedliche Revolution und ihre Gruppen entstanden. Das Neue Forum ist ja nicht aus dem Nichts hervorgegangen.

Günter Gaus hat genau das Gegenteil beschrieben: eine friedliche DDR, in der die Menschen bei allen Nachteilen glücklich und zufrieden sind, wir müssten bloß auf dem Weg weitermachen. Und auf dem Podium vor 40 Jahren habe ich ihn gefragt: „Warum sehen Sie nicht die beginnende Opposition? Warum wird diese Opposition nicht mehr vom Westen unterstützt?“ Er antwortete mir, dass unbedingt am Status quo festgehalten werden müsse. Eine Veränderung des Status quo bedeute Krieg in Europa.

Das war das Dogma bei gleichzeitigem Einsatz für menschliche Erleichterung. Sprich, Geld vom Westen. Dieser Weg ist erfolgreich bestritten worden. Es gab zunehmend Erleichterungen, aber an den grundsätzlichen Verhältnissen in der DDR sollte nicht so schnell gerüttelt werden. Die Opposition in der DDR ist vom Westen total erbärmlich unterstützt worden. Die Opposition in Polen, Solidarność: Johannes Paul II. hat Millionen da hingeschickt. Lastwagen mit Druckmaschinen, mit Papier. Ich frage mich, warum in unserem Land seit 30 Jahren noch nie darüber geredet worden ist, dass die Opposition in der DDR so wenig Unterstützung erfahren hat.

Diese Nischen waren eine sehr fragile Angelegenheit. Immer wieder haben Leute versucht, in solchen Nischen zu leben. Und wenn ich sie ein oder zwei Jahre später besucht habe, waren sie entweder nicht mehr da, weil sie einen Ausreiseantrag gestellt hatten oder verhaftet wurden, oder weil diese Nische zerschlagen war. Manche haben auch ein bisschen länger gehalten, aber unter großen Mühen und unter großen Opfern. Die DDR als eine Nischengesellschaft zu beschreiben, ist auch in meinen Augen Unsinn, wobei man immer wissen muss: Rückzug ins Private gibt es überall. Die DDR hatte in den 1980er Jahren nicht solche Lager, die ins Auge fielen



Claudia Euen

wie die Uiguren-Lager jetzt in China. Aber die Nischen wurden in der Regel zer-  
setzt.

Lassen Sie mich noch kurz eine Geschichte von meinem ersten Tag erzählen, als ich  
als Journalist unterwegs war. Da habe ich im Keller der Pankower Jungen Gemeinde  
ein Mädchen kennengelernt, das mich dort hingeschleppt hat. Vorher hat sie mir am  
Nachmittag ihre Schule gezeigt und danach ihre Eltern vorgestellt. Sie war, glaube  
ich, 17 oder 18. Außerdem hat sie mir ihre Schulhefte gezeigt. Da dachte ich: Wow,  
was ist das denn? Ich hatte damals jeden Morgen auf meinem Tisch sämtliche DDR-  
Zeitungen: vom Neuen Deutschland über die Neue Zeit bis hin zum Magazin. Die  
konnte man schnell durchlesen, da die Artikel teilweise an den gleichen Stellen den-  
selben Wortlaut hatten, und diese Aufsatzhefte von dem leicht rebellischen Mäd-  
chen lasen sich wie das Neue Deutschland. Da habe ich kapiert: Okay, so ist das. Gib  
dem Staat, was er von dir verlangt, dafür lässt er dich in Ruhe. Das ist dieses Dop-  
pelleben, das oft besprochen worden ist; was dieses gewisse Leben in einer gewissen  
Nische ermöglichte, dass man erst mal in Ruhe gelassen wurde. Man sollte bloß  
nicht auffallen. Wenn man etwas nicht machte, zum Beispiel nicht zur Jugendweihe  
ging, dann gab es den Riesenärger. So machte man doch diese Kompromisse, führte  
ein bisschen dieses Doppelleben, um durchzukommen.

**Claudia Euen:** Vielen Dank. Ich habe noch eine Nachfrage an Sie. War die Erzäh-  
lung dieser Nischengesellschaft auch die vorherrschende Erzählung im Westen oder  
wie wurde dort die DDR in den 1980er Jahren dargestellt?

**Peter Wensierski:** Im Westen haben sich viele nicht für die DDR interessiert. Ich  
war damals 24 Jahre, als ich auf den DDR-Forschertagungen war. Da waren lauter  
alte Herren, aus den 1950er Jahren übergekommen in den Westen. Die haben  
DDR-Forschung gemacht. Es gab nur zwei, drei junge Leute auf diesen Tagungen.  
Selbst als ich sieben Jahre mit Roland Jahn bei Kontraste zusammengearbeitet habe,  
hat uns dieses linke Magazin Monitor immer ein bisschen komisch angeguckt, was  
wir da Kritisches mit der DDR machen. Kritik an der DDR war eine Sache, die die  
Rechten machten, damit wollte man nicht in einem Boot sitzen.

Nur das Interesse war bei denjenigen da, die persönlich überführen. Das waren  
schon ein paar Millionen, die aus verwandtschaftlichen Gründen hin- und herfuhr-  
ren, aber die Masse war desinteressiert. Deshalb habe ich damals versucht, Bücher  
über die Umwelt- und Friedensgruppen sowie die rebellische Jugend in der DDR zu  
machen. Es gab im Westen Verlage, die haben zu mir gesagt, dass die Friedensbewe-  
gung niemanden interessiere. Ich habe mich immer gewundert, wieso man sich  
nicht für sein eigenes Land interessiert. Das hängt sicherlich auch damit zusammen,  
dass auch heute das Wissen über die DDR und das Leben dort enorm gering ist. Da  
gibt es noch immer unheimlichen Nachholbedarf. Damals hat man sich auch ge-  
dacht: Irgendwie kommen die schon klar, wir schicken ja Westpakete rüber.

Und natürlich hat Honecker eine Politik gemacht und geglaubt, Sozialismus bedeu-  
tet Neubauwohnungen mit fließend Warmwasser, Müllschlucker, billiges Brot, dass  
jede\_r noch eine Datsche hat und im Urlaub an die Ostsee fahren kann. Aber das  
Problem war, den jungen Leuten, die nach dieser Aufbaugeneration in der DDR ge-  
boren wurden, denen reichte das nicht. Die wollten etwas Selbstbestimmtes ma-  
chen, wissenschaftlich forschen und selbstbestimmt reisen. Die sahen auch anders  
aus als ihre Eltern: Die hatten lange Haare, hörten Janis Joplin und lasen die glei-  
chen Bücher wie viele im Westen.

Dennoch war bei den jungen Leuten im Osten die Abneigung gegenüber dem Kapi-  
talismus und dem Westen da. Meiner Ansicht nach hat die Propaganda der DDR ei-  
ne tiefe Wirkung gehabt. Ganz viele Leute, auch in diesen Gruppen, haben nicht ge-  
sagt, dass sie den Westen zum Vorbild haben. Deshalb wollten sie die DDR nur  
reformieren. Es waren mehr die Arbeiter\_innen, die die Ausreisearträge gestellt ha-  
ben.

**Claudia Euen:** Ich würde jetzt gerne im zweiten Teil in das Heute, in die Aufarbei-  
tung und Reflexion dieser DDR- sowie Nischengesellschaft rutschen. Herr Eckert,

Sie wollten auch nicht weg, obwohl Sie große Nachteile hatten. Nach der Friedlichen Revolution konnten Sie Ihre wissenschaftliche Karriere fortsetzen. Da waren Sie ein seltener Fall, oder?

**Prof. Dr. Rainer Eckert:** Ja, ich war ein seltener Fall. Es waren verschiedene Sachen, die dazu führten. Das eine war die Arbeitshärte: Für mich war es normal, jede Nacht, jedes Wochenende, in jedem Urlaub von morgens bis abends zu forschen und zu schreiben. Das andere war, dass wir unmittelbar nach dem Sturz der Mauer nach West-Berlin gegangen sind. Ich werde nie vergessen, wie ich mit einer Gruppe von Freunden das Literaturhaus in der Fasanenstraße besucht habe. Da war eine langweilige West-Berliner Dichterlesung im Gange. Das Publikum war im Halbschlaf und da kamen wir rein und sagten: „Wir kommen aus dem Osten. Wir wollen hier mitmachen, wir haben was zu sagen.“ Und gleich kam „Schwung in die Bude“. Ich will damit sagen: Man musste die Kraft haben, sich bewusst in diese veränderten Bedingungen einzubringen.

Organisatorisch war entscheidend, dass angeregt von Stefan Wolle und Armin Mitter der Unabhängige Historikerverband gegründet wurde. Wir waren circa 100 Mitglieder, allerdings nur zehn, zwölf davon wissenschaftlich produktiv. Wir haben die deutsche Geschichtswissenschaft in erheblichem Maße in Aufregung versetzt, eine Zeit lang zumindest. Als das vorbei war, setzte wieder die Dominanz der Westordinarien ein. Bis heute ist das unverändert.

Ein weiterer Punkt war, dass die SED-Genoss\_innen im jetzigen Institut für deutsche Geschichte nach der Revolution auf die Idee kamen, wir müssten eine neue Leitung wählen. Als einer der wenigen Reformer in diesem Institut sollte ich mit dabei sein. So wurde ich im Zuge der Friedlichen Revolution stellvertretender Institutsdirektor. Das war die institutionelle Voraussetzung, um auf gleicher Augenhöhe mit altbundesdeutschen Historiker\_innen zu agieren und mich in die Weststrukturen einzubringen.

Es war auch wichtig, dass Prof. Heinrich August Winkler als einer der bedeutendsten deutschen Historiker beschloss, nach Berlin zu kommen. Winkler hat im Gegensatz zu den anderen Westprofessoren Wert darauf gelegt, Ostdeutsche einzustellen. Alle anderen haben ihre Assistent\_innen aus dem Westen mitgebracht. Mehrere Ostdeutsche arbeiteten bei Winkler an der Humboldt-Universität, ich war unter ihnen der erste Mitarbeiter aus dem Osten.

**Claudia Euen:** Die DDR-Geschichte wird oft als Verlust- oder auch als Defizitgeschichte erzählt. Sie haben später im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig an der Geschichtserzählung der DDR mitgewirkt. Wie würden Sie das rückwirkend betrachten?



Petra Morawe

**Prof. Dr. Rainer Eckert:** Das Zeitgeschichtliche Forum ist folgendermaßen zustande gekommen: Es gab Anfang der 1990er Jahre eine Föderalismuskommission von Bund und Ländern. Das Ziel war, alle Bundeseinrichtungen in ganz Deutschland möglichst gleichmäßig zu verteilen. Die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn bekam in diesem Zusammenhang 1992 den Auftrag, das spätere Zeitgeschichtliche Forum als Ausstellungs- und Diskussionsort in Leipzig aufzubauen. Die Frage war, wer das leiten soll. Dann hat man in der Kommission gesagt, dass jemand aus dem Osten auf diesen Posten kommen sollte. Diese Person musste möglichst politisch verfolgt gewesen und wissenschaftlich bekannt sein. Die Wahl fiel dann auf mich. Im Bewerbungsgespräch habe ich mich – nach westdeutschen Maßstäben – um Kopf und Kragen geredet, aber die führenden Persönlichkeiten in Bonn und der Vertreter des zuständigen Bundesinnenministeriums schienen zufrieden. Und so kam ich nach Leipzig.

Nun war die Frage zu beantworten, was wir in Leipzig in der Dauerausstellung präsentieren. Es wäre möglich gewesen, ein Haus der Geschichte der DDR aufzubauen. Letztendlich machten wir das für mich historisch Entscheidende in der SED-Diktatur zum Thema: Wir beschäftigen uns mit der Geschichte von Opposition, Wider-

stand und politischer Repression mit dem Höhepunkt der Friedlichen Revolution als entscheidender Bestandteil einer deutschen freiheitlich-demokratischen Tradition. Das ließ sich auch gut durchsetzen. Die Konzeption war schon nach einem Vierteljahr fertig und dann gab es ein „Wunder“: Die Gremien der Stiftung Haus der Geschichte in Bonn sind sehr hochrangig besetzt. Die wichtigsten deutschen Historiker\_innen, alle Parteien des Bundestages in Fraktionsstärke, alle Bundesländer, alle Bundesministerien, die Bundesregierung und Vertreter\_innen gesellschaftlicher Großgruppen können da mitsprechen, und alle haben im ersten Anlauf einstimmig unserer Konzeption zugestimmt.

**Claudia Euen:** Frau Bock, die Stasi-Unterlagenbehörde wurde aufgelöst und ins Bundesarchiv überführt. Was ist das für ein Signal und wie sehen Sie die Aufarbeitung dieser Geschichte aus Ihrer Perspektive als Historikerin?

**Dr. Jessica Bock:** Speziell zu meinem Forschungsschwerpunkt liegen die wichtigsten Quellen nicht in der Stasi-Unterlagenbehörde, sondern vor allen Dingen in freien, autonomen Frauen-/Lesbenarchiven und -bibliotheken. Im deutschsprachigen Raum haben wir eine einmalige Archiv- und Bibliothekslandschaft, die Anfang der 1980er Jahre zuerst in Westdeutschland beziehungsweise Westeuropa entstanden ist. Aber die Landschaft in den neuen Bundesländern ist im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen oder West-Berlin sehr dünn gesät. Es gibt in Leipzig die Feministische Bibliothek MONALiesA, in Dresden das Frauenstadtarchiv oder das Lila Archiv in Meiningen von Ursula Sillge. Sonst gibt es noch das Archiv „Grauzone“ von Samira Kenawi. Schon Ende der 1980er Jahre hat sie angefangen, die wenigen Papiere, die es gab, einzusammeln. Das sind die wichtigsten Anlaufstellen für die Fragestellungen.

Nicht zu unterschätzen ist auch das Privatarchiv der Zeitzeuginnen, was immer noch zu Hause lagert. Es gab im Rahmen meiner Untersuchungen einige Jackpot-Erlebnisse, wo ich immer die Hoffnung hatte, dass es – zum Beispiel von der Eröffnungsveranstaltung des Frauenzentrums – ein Foto gibt. Das war der Fall: Es liegt bei einer Zeitzeugin zu Hause. Aber auch Protokolle und Mitschriften von einer Frau, die die Fraueninitiative in Leipzig im Neuen Forum mitbegründet hat, sind in privater Hand. Da gibt es noch sehr viel systematisch zu sammeln, aufzubereiten und zugänglich zu machen. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn auch das Lila Archiv in Thüringen Förderungen erhält. Dass das personell wie institutionell entsprechend aufgestellt ist. Die Stasi-Unterlagen sind eine Quelle, die man natürlich mit Vorsicht lesen und interpretieren muss, weil das sehr oft gefiltert wurde.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Ich finde es schade, dass die Stasi-Unterlagenbehörde jetzt im Bundesarchiv ist, weil das etwas ist, was erkämpft wurde. Das war

keine Selbstverständlichkeit, dass die Akten zugänglich gemacht wurden. Ich finde, es ist ein Verlust von etwas, das sich die Ostdeutschen erkämpft haben.

**Claudia Euen:** Vielen Dank. Frau Morawe, Sie waren auch nach der Wende in ganz unterschiedlichen Aufarbeitungsgremien und Institutionen aktiv. Wo sehen Sie heute die Aufarbeitung in Bezug auf die Stasi-Unterlagenbehörde?

**Petra Morawe:** Bevor ich dazu komme, muss ich vorweg sagen, dass mich die ganze Zeit in der DDR ein Motiv beseelt hat: Was ich damals gemacht habe und was mir widerfahren ist, geschah, weil ich immer das, was ich wahrgenommen habe, auch sagen und leben wollte, und nichts anderes. Die Geschichte hat ihren Ausgangspunkt in der Figur meines Vaters, der daran in der DDR gescheitert ist und auch zu einem „Aussortierten“ wurde. Ich habe von klein auf diesen Faden in der Hand gehalten. Und mit dem bin ich in die 1989er-Ereignisse gestürzt.

Mein inneres Bild war während der DDR-Zeit, dass ich wie eine Kellerassel im Dunkeln lebe, weil ich ja nur illegal arbeiten konnte: zum Beispiel für einen befreundeten Fotografen, damit etwas für den Lebensunterhalt in die Kasse kam. Zum Ende der DDR trat ich aus diesem Kellergefühl nach oben ans Licht. Eine Zeitlang wohnte ich in einem Haus, von dem aus ich über die Wollankstraße in den Westen schauen konnte. Und wenn ich dann später mit dem Auto da vorbeifuhr, von Ost nach West, dieses Befreiungsgefühl von 1989 hat mich nie verlassen, wird es auch nicht, es rührt mich heute noch.

Ziemlich schnell danach war klar, dass ich an meine Theaterträume nicht anknüpfen konnte, da ich kaum Praxiserfahrung hatte und sich die Branche im Umbruch befand. Was ich aber endlich verwirklichen konnte, war zu sagen, was ich wahrnehme. Und genau das habe ich dann die ganze Zeit gemacht und mache ich bis heute. Zuerst war ich beim Neuen Forum und bin dann meinen Weg immer weitergelaufen. Nach dem Forum arbeitete ich 1990 in der Volkskammer als Mitarbeiterin der Fraktion von Bündnis 90. Ich habe dafür gestritten, dass sie wählbar wird, damit diese Stimme nicht verloren geht. Anschließend bin ich mit in den Bundestag in die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewechselt und war als wissenschaftliche Mitarbeiterin von Gerd Poppe in der Außenpolitik tätig. In dieser Zeit habe ich auch die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und die zwei Enquete-Kommissionen miterlebt. Doch schon zu DDR-Zeiten begann ich mich mit dem Thema der Aufarbeitung zu beschäftigen, denn da mussten sich bereits viele Menschen in meinem Umfeld mit ihrer politischen Verfolgung auseinandersetzen. Es gab keine Hilfe dabei. Wir hatten kein Vertrauen, uns psychologisch beraten zu lassen, wenn wir unter Druck standen. Deshalb haben wir untereinander versucht, ein kleines Netzwerk zu basteln. Und es stellte sich damals schon heraus, dass ich ein gutes Medium bin: Menschen,

die betroffen waren, haben sich an mich gewandt und haben mit mir versucht, etwas zu klären oder zu ordnen. Diese Aufgabe ist mir nach 1989 geblieben. Am Ende habe ich sie mir zum Beruf gewählt: Ich bin bis zu meiner Berentung Beraterin für politisch Verfolgte und von Systemunrecht Betroffene gewesen. Das mache ich im Grunde auch weiterhin.

Für den Bereich der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze will ich etwas sagen und vor allem zum Thema der sozialen Lage von politisch Verfolgten und von Systemunrecht-Betroffenen im Land Brandenburg, wo ich zuletzt gearbeitet habe. In den 30 Jahren habe ich immer wieder festgestellt, dass die soziale Situation von politisch Verfolgten und Systemunrecht-Betroffenen wesentlich prekärer ist als die der Durchschnittsbevölkerung. Ich sehe diese Aufarbeitungsaufgabe weiterhin als eine wichtige Herausforderung, um darauf in der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Ich meine, die Gesellschaft ist im gewissen Sinne – auch wenn sie das nicht immer so wahrnehmen mag – verpflichtet, sich diese existenzielle Lücke bewusst zu machen und zu mildern. Denn wenn das nicht getan wird, dann bedeutet das, dass die Menschen, die sich für Freiheit oder Demokratie eingesetzt haben, selbst sehen müssen, wie sie klarkommen. Das möchte ich nicht so stehen lassen, weshalb es mein persönlicher Aufarbeitungsauftrag ist, nicht locker zu lassen und darauf zu drängen, dass es ein wichtiges Thema bleibt. Sonst gibt es für junge Leute keine Motivation, sich in einer Demokratie zu engagieren, wenn sie sehen, dass die Gesellschaft den Einsatz für Demokratie nicht wertschätzt.

**Claudia Euen:** Was bräuchte es denn Ihrer Meinung nach? Mehr Wertschätzung für den geleisteten Widerstand, eine andere Öffentlichkeit oder mehr Geld, mehr Struktur?

**Petra Morawe:** Wenn man sieht, wie die Bundestagsdebatten Anfang der 1990er Jahre waren und wie dort das Verständnis für diese Fragen war, dann ist es sehr erstaunlich, in welcher kurzen Zeit ein relativ hohes Wissen in unsere politischen Verantwortungsebenen gelangt ist. Die verabschiedeten Gesetze sind nicht schlecht. Ich verteidige sie immer, weil sie weitblickend sind, sie umfassen vieles. Aber bei der Umsetzung bestehen Defizite. Sie ist zum Teil katastrophal und ich weiß, dass ich vielen der Anwesenden aus dem Herzen spreche, weil die Anerkennung von Verfolgungsschäden ungenügend ist. Eigentlich ist das unverantwortlich. Unsere Gesellschaft hat schon mal einen ähnlichen Prozess mit den NS-Opfern durchlaufen. Heute ist bekannt, welche Fehler gemacht wurden. Und jetzt machen wir dieselben, weil sich die Mehrheitsgesellschaft nicht damit konfrontieren will.

Wieso das so ist, hat mit vielen Faktoren zu tun. Einer davon ist, dass das Thema in den 30 Jahren weggesackt ist. Zu den Feiertagen wird es mal hochgepusht und dann

fällt es wieder weg. Es gibt auch keine Kontinuität in den verschiedenen Verwaltungseinheiten. Zum Beispiel in Gerichten, die Personen herangebildet haben könnten, die über DDR-Unrecht Kenntnis haben und die dann auf einem hohen Niveau entscheiden. Im Gegenteil: Da herrscht eine starke Fluktuation, die Richter\_innen der Rehabilitierungskammern wechseln ständig. Die Gesellschaft hat es nicht vermocht, für Betroffene eine tragfähige Struktur zu bilden. Das ist eine Tatsache. Trotzdem kann ich nicht locker lassen zu sagen: Es muss verbessert werden.

Ein Punkt, der am wenigsten Arbeit machen würde, ist, das würdige Altern zu unterstützen. Das heißt, mindestens wenn ehemals politisch Verfolgte in die Rente gehen, sollten sie eine Grundabsicherung haben. Es ist aber nicht so. Für die Haftopfer gibt es die besondere Zuwendung, aber für alle anderen gibt es das nicht. Die Zersetzungsoffer bekommen lediglich ein Gnadenbrot von einmalig 1500 Euro, wenn sie eine Rehabilitierung haben. Wer das mal versucht hat zu bekommen, weiß, wie schwer das ist. Es geht hier nur um Angemessenheit; überzogene Forderungen kann ich auch nicht unterstützen.

**Claudia Euen:** Vielen Dank dafür. Herr Eckert wollte noch eine Anmerkung zur Stasi-Unterlagenbehörde machen, danach können Sie gerne Ihre Fragen stellen.

**Prof. Dr. Rainer Eckert:** Ich gehöre zu den vielleicht nur wenigen, die es für richtig halten, dass die Stasi-Unterlagenbehörde ins Bundesarchiv übergegangen ist, und zwar aus zwei Gründen: Das eine ist, dass die Akten als nationales Geschichtsgut für ewig aufgehoben werden. Der zweite Punkt, der ganz selten berücksichtigt wird, ist der physische Verfall der Archivalien. Dieser konnte in der Unterlagenbehörde nicht ausreichend aufgehalten werden. Da erhoffe ich mir vom Bundesarchiv mehr. Wenn ich mir in der letzten Zeit Akten angesehen habe, so zerrieselten diese oft fast zwischen den Händen – als wenn sie aus dem alten Ägypten stammen würden. Die hektographierten oder thermokopierten Seiten sind oft überhaupt nicht mehr zu lesen. Hier muss dringend etwas geschehen.

**Claudia Euen:** Vielen Dank nochmal dafür. Jetzt machen wir weiter mit den Fragen aus dem Publikum.

## Diskussion

**Frage aus dem Publikum:** Ich möchte nochmal etwas zur Nischengesellschaft sagen. Den Begriff kannten wir in der DDR nicht, aber für mich – ich bin Pfarrer – war die Kirche doch so etwas wie eine Nische. Und zwar ein Bereich, wo die Stasi und die DDR-Behörden nur im begrenzten Umfang etwas erreichen konnten. Ich nenne drei Beispiele: Ich habe als Pfarrer Dinge gesagt und getan, die hätte sich je-



Frage aus dem Publikum

mand anders nicht leisten können. Dafür wäre man wahrscheinlich im Knast gelandet. Ich hatte in meiner Gemeinde einen großen Friedhof, zehn Hektar. Dort haben wir oft Ingenieure als Friedhofsarbeiter angestellt, die nirgendwo anders arbeiten durften. 1979 ist ein Freund von mir als Hauptmann der NVA – er war mit der Ausbildung von Soldaten beschäftigt – im Sommer an seinem ersten Urlaubstag in die Kirche eingetreten. Er ist an dem Tag aus der SED ausgetreten und hat den Dienst mit der Waffe verweigert. Wir sind noch am selben Abend in Dresden bei der Leitung unserer Kirche gewesen. Der damalige Bischof ist am nächsten Tag zum Rat des Bezirkes Dresden gegangen. Meinen Freund hat man nach 14 Tagen in Unehren entlassen. Sein Freund, der das Gleiche ohne den Kontakt zur Kirche gemacht hat, ging über zwei Jahre in den Knast nach Cottbus. So viel zum Thema Kirche als Nische in der DDR.

**Claudia Euen:** Vielen Dank. Frau Morawe möchte etwas dazu sagen.

**Petra Morawe:** Das weiß ich natürlich alles, was die Kirche vermocht hat. Deshalb bin ich auch dort hingegangen, obwohl ich keine Christin bin. Ich würde ein anderes Wort dafür benutzen: Die Kirche war ein Überlebensraum. Das ist für mich

nicht die Nische, denn für mich hat Nische einen anderen Charakter. Deshalb finde ich es richtiger, wenn man sagt, sie hat Überlebensmöglichkeiten geboten.

**Peter Wensierski:** Die Kirche war die einzige nichtstaatliche Kraft in der DDR, mit Immobilien, mit Orten, wo man sich treffen konnte. Es hing natürlich von den Pfarrer\_innen ab und von deren Mut, was sie erlaubt haben. Natürlich gab es 3000 Inoffizielle Mitarbeiter\_innen in den Kirchen, darunter auch viele Pfarrer\_innen und vor allen Dingen die Kirchenjurist\_innen.

Natürlich wurden die Kirchen unter Kontrolle gehalten, aber die SED hat mit dem Treffen zwischen Honecker und den Bischöfen 1976 ein neues Konzept gehabt: nicht mehr wie in den 1950er Jahren mit den Lastwagen vor die Kirche fahren und die Leute von der Jungen Gemeinde raustreiben, sondern die Kirche sollte die Unruhegeister sammeln und unter Kontrolle halten. Das Konzept ist, wie wir wissen, nicht aufgegangen, aber so wurde es praktiziert. Die Pfarrer\_innen und die Bischöfe mussten ständig zum Staatssekretariat für Kirchenfragen, zum Beispiel zum Vater von Gregor Gysi, und wurden dort zurechtgewiesen. Über meinen Tisch liefen sämtliche internen Protokolle der Kirche, ich habe die jede Woche gelesen. Ich wusste immer, was in den Kirchenleitungen besprochen wurde. Manchmal wurde sich dem Druck gebeugt, manchmal nicht.

Es ist immer ein sehr dynamisches, sehr konfliktreiches Verhältnis gewesen. Diese Reibungsfläche hat auch wesentlich zum Untergang der DDR beigetragen, aber für all die Menschen, die ich interviewt habe, war die Junge Gemeinde der einzige Ort, wo sie die Erfahrung eines demokratischen Miteinanders machen konnten. Es war für viele Menschen in ihrer Sozialisation wichtig, dass sie sich in der Kirche mit anderen treffen konnten. Die Friedliche Revolution ist am Ende nicht durch die Hilfe der Kirchenleitungen gekommen, sondern durch die Basis, die die Kirchenräume mit den aufrechten Pfarrer\_innen benutzt hat. Es gab nichts anderes. Es gab keine Gewerkschaft, man konnte sich nicht mal in der Kneipe im Hinterzimmer treffen. Das wissen Leute heute nicht mehr. Das Wissen ist nach wie vor unglaublich gering und deshalb ist die Aufarbeitung oder die Erzählung von dem wirklichen Geschehen so wichtig.

**Frage aus dem Publikum:** An Frau Morawe: Die besondere Zuwendung bekommen diejenigen, die in der DDR in Haft waren. Zum Beispiel ein Mann, der 129 Personen von 1967 bis 1972 über die Tschechoslowakei ausgeschleust hat. Er hat am 3. Oktober 2019 das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommen. Seit Jahren kämpft er dafür, eine Anerkennung für seine posttraumatische Belastungsstörung zu erhalten. Er bekommt aber die besondere Zuwendung nicht, weil er in der Tschechoslowakei in Haft war. Also müsste dieses Gesetz novelliert werden. Zu Herrn Wensiers-

ki: Es gab vielfältige Bemühungen, die Opposition in der DDR zu unterstützen. Ein Haftkamerad von mir hier aus Bautzen II saß von 1968 bis 1974 in Haft. Der hat für das Ost-Büro der CDU gearbeitet, hat zwölf Personen über Ungarn nach Jugoslawien geschafft, hat für 69 Treffen das Ost-Büro der CDU benutzt, um von West-Berlin Material in den Osten zu schaffen und umgekehrt. Zu ihrem Argument, Gaus wohnte da im Bau: Ich habe 1988 mit Gaus diskutiert und als er hörte, dass ich „nur“ in Bautzen war, da hat er zu mir vom Podium runter gesagt: „Da habe ich ja viel mehr gesehen als Sie, denn ich war an vielen Stellen in der DDR.“

**Frage aus dem Publikum:** An Herrn Eckert: Das ist ja erstaunlich, dass Sie das geschafft haben, das Forum in Leipzig unter diesem Titel zu starten. Mir fehlt heute völlig der Begriff Widerstand in der Anfangsaufarbeitung der SBZ/DDR. Wenn Sie bis vor Kurzem in die Dauerausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin geschaut hätten, die es seit 30 Jahren gibt, dann finden Sie nichts zum Thema Widerstand. Wenn Sie da durchgehen, dann ist der 17. Juni kaum zu finden; dasselbe bei der Ausstellung zur Demokratiegeschichte in Deutschland im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt. Wissenschaftlich ist das alles aufgearbeitet. Was denken Sie, warum das in der öffentlichen Aufarbeitung viel zu kurz kommt?

**Prof. Dr. Rainer Eckert:** Das ist ja mein Lieblingsthema. Sie haben Recht. Entscheidend ist ein Paradigmenwechsel hin zur Geschichte des Widerstandes, zur Opposition in den deutschen Diktaturen und weg vom Opfer-Diskurs. Auf einem Opfermythos lässt sich keine historische Demokratieerzählung aufbauen. Noch ganz kurz: Als das Deutsche Historische Museum seine Dauerausstellung neu eröffnete, hing über dem letzten Bereich ein riesiges Schild mit dem Wort „Wende“. Das hat mich derartig geärgert, dass ich mit all meinen Möglichkeiten Einfluss genommen habe, sodass das Schild abgehängt wurde. Stattdessen hing danach „Friedliche Revolution“. Das ist mir und wohl auch anderen gelungen, manchmal sind jedenfalls auch scheinbare Kleinigkeiten möglich und notwendig.

**Silke Klewin aus dem Publikum:** Das Podium ist zwar schon an der Zeit, aber ich wollte noch einen kurzen Kommentar abgeben, weil ich ein bisschen irritiert bin: Sie haben ein relativ schlüssiges und überzeugend dargebrachtes Bild der 1980er Jahre der DDR geliefert, auch mit dem Hinweis, dass Gaus irrte. Das ist aber ein Bild, das sich mit der Mehrzahl der biografischen Erinnerungen von DDR-Bürger\_innen nicht deckt und das ist auch ein Problem der Aufarbeitung. Das, was Sie jetzt vermittelt haben, was unstrittig Ihre Erfahrungen und Erlebnisse sind, ist nicht repräsentativ und kann deswegen bei der Weitergabe des Staffeltabs nicht andocken. Das ist, glaube ich, ein Problem, weswegen wir nicht ernsthaft ins Gespräch kommen.

**Claudia Euen:** Was meinen Sie damit genau?

**Silke Klewin:** Sie waren sich ja unisono einig, dass das von Herrn Gaus vermittelte Bild, dass man in den 1980er Jahren in der DDR zufrieden leben konnte, ein falsches Bild sei.

**Petra Morawe:** Zum Teil.

**Silke Klewin:** Das ist genau eines der Probleme, die wir haben. Ich bin jetzt seit 25 Jahren hier in Bautzen, ich arbeite in der Gedenkstätte und es ist so, dass die Erfahrungswelt von vielen nicht die Repression ist. Jetzt kann man sagen, dass diese Leute nicht gemerkt haben, wie überwacht sie waren. Aber darüber machen wir doch wieder Fronten auf. Ich bin jetzt erstaunt, dass es im Jahr 2021 doch wieder so eindeutig vermittelt wird. Klar, Sie haben von sich erzählt und das sind Ihre Erlebnisse, aber ich fand die Aussagen, dass es zum Beispiel kein normales Leben in den 1980ern in der DDR gab, befremdlich. Das führt doch wieder zu solch einer gegenseitigen Verhärtung; da wollen wir doch gerade miteinander ins Gespräch kommen. Das sind Ihre Empfindungen, Sie haben das so erlebt, das ist völlig in Ordnung, das will ich Ihnen auch nicht abreden. Aber ich bin jeden Tag damit konfrontiert, dass es Massen an Besucher\_innen völlig anders erlebt haben. Das müssen wir doch auch mal zulassen. Mehr wollte ich gar nicht sagen.

**Claudia Euen:** Vielen Dank dafür. Vielleicht möchte jemand auf dem Podium noch etwas dazu sagen.

**Petra Morawe:** Ich würde gerne darauf reagieren, denn meine persönliche Erfahrung – aber worüber kann man denn sonst reden – ist eine andere. Ich wohne unweit von hier in einem kleinen Dorf in der Oberlausitz. Da ich ursprünglich aus Berlin komme, bin ich dort eine Exotin, aber man hat mich gut aufgenommen. So kann ich mit vielen Menschen sprechen. Und das ist für mich manchmal ein bisschen verrückt: Man redet über irgendetwas und kommt auf die DDR, das geht ganz schnell, da es noch sehr präsent ist. Und wenn man ein wenig am oberen Lack kratzt wie: „Damals hatten wir wenigstens alle einen Arzt“, dann geht es ganz rasch, dass man in die Erlebniswelt meiner Nachbar\_innen vordringt. Und siehe da – wenn ich die richtigen Fragen stelle, dann wird auch denen schnell klar, dass sich das, was sie vielleicht in ihrer Rückschau sehr positiv wahrnehmen, anders zugetragen hat, weil sie es möglicherweise vergessen haben oder sich unbewusst nicht erinnern wollen.

**Prof. Dr. Rainer Eckert:** Ich sage dazu auch noch etwas. Wissenschaftsgeschichtlich war es so, dass sich das Alltagsparadigma mit den Diskussionen der „Sabrow-Kommission“ zur Erarbeitung einer Gedenkstättenkonzeption für den Bund durchzusetzen begann. Wir haben damals als Kommission zusammengesessen und waren uns einig, dass das Leben in der Diktatur ohne Alltag nicht erklärbar ist. Das hat

sich zunehmend sowohl in der musealen Darstellung als auch in der Literatur durchgesetzt. Ich weiß noch genau, wie wir damals angegriffen worden sind: Unser Votum sollte der Bundesregierung auf der Bundespressekonferenz übergeben werden, wurde jedoch vorher „durchgestochen“. Und so startete Hubertus Knabe am Tag vor der Übergabe in der Zeitung Die WELT einen Angriff auf uns mit der falschen beziehungsweise verlogenen Aussage: „Linke Historiker-Kommission will DDR weichspülen.“ So war damals die Kampflinie und da ist in den letzten 20 Jahren viel erreicht worden.

**Dr. Jessica Bock:** Ich kann das schon unterschreiben, wenn ich an meine Familiengeschichte denke. Repressionserfahrung ist nicht ihre Lebenswelt gewesen, es war relativ unpolitisch. Mein Opa war selig auf der Lokomotive in der großen Filmfabrik in Wolfen-Bitterfeld. Mein Onkel war in der LPG auf dem Mährescher unterwegs. Da gab es nicht diesen Kontakt: Im Gegensatz dazu war der Vater meines Mannes inhaftiert, weil er auf ein gerahmtes Bild von Erich Honecker gelatscht ist. Da gibt es wieder diese Erfahrung. Es lag nah beieinander, aber auch wiederum nicht.

**Claudia Euen:** Ich würde das gerne abschließen: Ich glaube, dass in jeder Diktatur Menschen einen Alltag haben, selbst im Zweiten Weltkrieg, obwohl der vielleicht nochmal härter war, aber auch dort wird es Freude gegeben haben. Ich würde in dem Sinne nur widersprechen, dass es zum Beispiel im MDR unheimlich viele Sendungen zum Alltag in der DDR gibt, und natürlich ist es immer eine Gradwanderung. Wir sind auch heute hier, um uns mit der Aufarbeitung der Probleme und Hindernisse auseinanderzusetzen. Also, deswegen jemanden einzuladen, der oder die erzählt, wie schön es immer im Kleingarten gewesen ist, ist nicht zielführend. Dass es nicht auch ein schönes Leben in der DDR gab, will niemand in Frage stellen. Trotzdem glaube ich, dass die Politisierung in der DDR eine viel größere als heute war, weil die Stasi und die ganzen Strukturen, die es gab, sich viel tiefer in das Privatleben hineingezogen haben.

**Peter Wensierski:** Also, jetzt wird es ja richtig spannend. Gestern, als ich auf Ihre Gedenkstätte zugeht, habe ich bei dem Sonnenschein gedacht, was sich eigentlich die Bürger\_innen von Bautzen damals über diesen Ort inmitten der Stadt gedacht haben. Haben wir da ein schönes Leben in unserer Villa gehabt? Ja, weil wir die Augen vor den Dingen zugemacht haben. Es geht nicht. Man kann doch nicht in der DDR gelebt haben, ohne die Realitäten in der DDR zu sehen: dass an der Grenze geschossen wurde, dass hier in Bautzen inhaftiert wurde, dass diese Gruppen drangsaliert wurden.

**Silke Klewin:** Entschuldigen Sie, das ärgert mich jetzt gerade wirklich, weil wir auf

einem Diskussionsniveau sind, von dem ich dachte, das hätten wir die letzten zehn Jahre hinter uns gelassen. Natürlich geht es mir nicht darum, dass ich jetzt meine, wir müssten auch noch über die Freizeitkultur und den FKK-Bereich der DDR reden. Selbstverständlich gehört zu jedem Leben auch ein Alltag, aber ich meinte eben nicht mit meiner Aussage, dass wir noch jemanden auf dem Podium haben sollten, der oder die sagt: „Oh, ich habe aber trotzdem ganz schön meine Torte gegessen und Geburtstag gefeiert.“ Das ist doch eines der Probleme, die wir offenkundig noch nicht im Griff haben.

Die Masse der ehemaligen DDR-Bürger\_innen hat ein anderes Bild, als es ein breiter Bereich der Aufarbeitungsszene vermittelt. Deshalb dockt er ganz schlecht an. Die erste Erhebung ist, wie weit kann ich solch einen Ort vermitteln und wie wird er angenommen und wie weit kann ich Wissen über die DDR vermitteln. Das klafft auseinander, weil die Masse des Wissens, was Studien ergeben, über private Erzählungen weitergereicht wird. Eine Studie hat ergeben, dass nur sechs Prozent der Menschen meinen, durch den Geschichtsunterricht oder Gedenkstätten über die DDR Wissen zu erfahren; über 90 Prozent werden im familiären Umkreis vermittelt. Das ist doch ein Thema, über das wir auch reden müssen und nicht, wie Einzelne etwas erlebt haben. Wie können wir das übermitteln und wie gehen wir mit der Erkenntnis um? Wir können doch nicht behaupten, alle, die DDR anders sehen, sind Alltagsanhänger\_innen oder sind blöd. Und das war das, was mich wirklich geärgert hat. Entschuldigen Sie, dass ich jetzt so emotionalisiert bin. Dass ich nochmal die DDR verteidige und Leuten erkläre, wie sie in den 1980ern gelebt haben, ist einigermaßen absurd. Ich bin bekanntermaßen in Westdeutschland geboren. **Claudia Euen:** Nach diesem aufregenden Ende bedanke ich mich, dass Sie da waren. Und vielen Dank an alle Podiumsteilnehmer\_innen.



Stefan Krauss, Dr. Sarah Bornhorst, Silke Klewin, Katharina Franke, Markus Achtelik (v. l. n. r.)

## PODIUMSDISKUSSION

### Generation 1975: mit 14 ins neue Deutschland

Markus Achtelik, Dr. Sarah Bornhorst, Katharina Franke, Stefan Krauss

Moderation: Silke Klewin

**Silke Klewin:** Wir werden nun die Spätphase des geteilten Deutschlands in den Blick nehmen, den Verfall der DDR und das Zusammenwachsen der beiden Deutschlands seit 1990. Wir möchten Ihnen gemeinsam ein ganz besonderes Projekt vorstellen, ein wissenschaftlich-künstlerisches Interview-Projekt, das die benannten Themen aus der Perspektive von 1975 Geborenen aus Ost- und Westdeutschland beleuchtet. Es hat den Titel „Generation 1975 – mit 14 ins neue Deutschland“. Wir haben vier junge Leute eingeladen, die Ihnen über das Projekt berichten möchten.

Dr. Sarah Bornhorst ist Historikerin und Kuratorin für Zeitzeugenarbeit und Oral History der Stiftung Berliner Mauer. Sie war Mitglied der Projektgruppe „Generation 1975“, zu der mehrere Mitarbeitende der Stiftung Berliner Mauer, des Archivs Deutsches Gedächtnis der FernUni Hagen und der Uni Konstanz gehörten. Stefan Krauss ist Fotograf und Kameramann, er hat gemeinsam mit der Videokünstlerin Ina Rommee von der Produktionsfirma KRRO Film die Interviews geführt, das Filmmaterial geschnitten und in der Folge die Videoinstallationen erstellt. Katharina Franke und Markus Achtelik haben beide als Zeitzeugin und Zeitzeuge an dem Projekt mitgewirkt. Sie haben sich zu mehrstündigen Interviews bereit erklärt und von ihren individuellen Erfahrungen mit der Teilung, dem Zusammenbruch der DDR und dann dem Zusammenwachsen berichtet.

Zu diesem Projekt ist ein Film entstanden, der Auszüge aus den mehrstündigen Interviews zeigt. Es ist ein Zusammenschnitt von Frauen und Männern aus unterschiedlichen Regionen, aus Ost und West, mit sehr unterschiedlichen Sichtweisen. Darüber möchten wir diskutieren und Ihnen das Projekt noch weiter vorstellen. Sarah – wir sind alle per Du, weil wir uns gestern Abend etwas kennenlernen konnten –, wie ist das Ganze zustande gekommen, wer hatte die Idee, wie wird das bezahlt? Und warum gerade die 1975 Geborenen?

**Dr. Sarah Bornhorst:** Warum die 1975 Geborenen: Der Jahrgang war 1989 gerade 14 Jahre alt, das heißt, die Zeitzeug\_innen haben eigene Erfahrungen mit dem Aufwachsen, dem politischen System, mit der Gesellschaft, entweder in der Bundesrepublik oder in der DDR, gemacht. Die Zeitzeug\_innen stammen aus Ost-Berlin, West-Berlin, Baden-Württemberg und Brandenburg, also aus zwei Flächenländern und der damals noch geteilten Stadt. Sie können davon berichten, gehören aber nicht mehr zu der Generation, die politisch verantwortlich war in dieser Zeit, die man in Kategorien einteilen kann wie Täter\_innen, Opfer, Widerstandskämpfer\_innen, Mitläufer\_innen oder Ähnliches. Und sie sind die erste Generation, die von Eltern erzogen wurde, die ihre Sozialisation komplett entweder in der Bundesrepublik oder in der DDR erlebt haben. Diese Personen wurden mit diesem Projekt zum ersten Mal als Zeitzeug\_innen adressiert. Es sind wirklich neue Perspektiven, die so noch nicht gehört und noch nicht erzählt worden sind. Also natürlich in einem familiären Kreis, aber nicht in öffentlichen erinnerungskulturellen Debatten oder im Kontext der Aufarbeitung in der Gedenkstättenlandschaft oder in Museen. Das ist das Besondere an diesem Jahrgang.

Das Projekt entstand auf Initiative von Christiane Bertram, Professorin für Didaktik der Sozialwissenschaft an der Universität Konstanz, zusammen mit Stefan Krauss und Ina Rommee, die bereits Erfahrungen mit einem anderen umfassenden Inter-

viewprojekt haben. Frau Bertram trat an die Stiftung Berliner Mauer heran, hat dieses Projekt als Kooperation vorgeschlagen. Ein weiterer Kooperationspartner ist das Archiv Deutsches Gedächtnis der FernUni Hagen. Was uns daran gereizt hat, war dieser neue Blick – wir sind als Stiftung Berliner Mauer insgesamt auch dabei, weitere Perspektiven, weitere Themen in unsere Arbeit zu integrieren, und zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Gereizt hat uns ebenso die Verbindung zwischen Oral History und einer künstlerischen Umsetzung, was sehr eindrücklich in der Ausstellung zu erleben ist.

2018 ist das Projekt auf den Weg gebracht worden. Wir haben damals einen Antrag bei der Stiftung Aufarbeitung gestellt, der dann auch bewilligt wurde, 2019 ging es los. In diese Zeit fällt auch der Beginn der Beschäftigung mit dieser Transformationszeit, also dass man über Mauerfall und Wiedervereinigung hinaus schaute, was danach passiert ist. Darüber gelangten wichtige, auch neue Perspektiven aus anderen Feldern in die Aufarbeitungslandschaft.

**Silke Klewin:** Stefan, es gibt ja nun wirklich unzählige Zeitzeug\_inneninterviews, die in Ausstellungen, in Gedenkstätten zu sehen sind. Was ist das künstlerisch Besondere an eurem Ansatz? Und ich habe gelesen, dass ihr Zeitzeug\_innenschaft als Teil der künstlerischen Strategie begreift – was ist damit gemeint?

**Stefan Krauss:** Seit Jahren beschäftigen wir uns mit der Thematik Zeitzeug\_innenschaft und verbinden klassische Oral-History-Zeugnisse in Videoinstallationen. Ich denke, diese Verbindung ist das Besondere an der Arbeit. Ebenso der Schnitt, wir erstellen aus den einzelnen Erlebnissen der Zeitzeug\_innen dieser Generation eine gemeinsame Geschichte. Unsere Filmprojekte sind ja unter anderem auch die „Kriegskinder“ und die „Kinder der Blockade“ (Überlebende der Leningrader Blockade) mit insgesamt 60 Zeitzeug\_innen, die in verschiedenen Ausstellungen in Form von Videoinstallationen präsentiert wurden. Da waren es zehn im Halbkreis montierte Monitore, alle Zeitzeug\_innen saßen während des Interviews an einem schwarzen Tisch. Durch die Hängung der Monitore erinnerte das Gesamtbild an eine Art virtuellen Konferenztisch, Kaleidoskop oder Runden Tisch.

Auch bei der „Generation 1975“ befinden sich die Zuhörenden den Zeitzeug\_innen direkt gegenüber und können beobachten, wie die Generation 1975 beim Erzählen innehält und sich an die Jugend und Kinderzeit in der DDR oder der BRD erinnert. Wie die oder der jeweils Nächste den Erzählfaden aufgreift und mit den eigenen Erfahrungen weiterspinnt. Wir verbinden dokumentarische Ansätze mit künstlerischen Umsetzungen. Das Ganze gibt der Arbeit mit Zeitzeug\_innen etwas Frisches und Modernes. Wir arbeiten mit Oral-History-Zeugnissen, die man zwar aus den Geschichtswissenschaften und dem Museumsbereich kennt, doch wir schaffen mit



Katharina Franke

unserer Art, damit umzugehen, und durch die Gestaltung als mediale Installation noch mal einen neuen und eigenen Zugang zu diesen Erzählungen.

**Silke Klewin:** Und wie seid ihr an die Zeitzeug\_innen und zu dieser Auswahl gekommen? Auch über Zeitungsaufrufe?

**Stefan Krauss:** Die Zeitzeug\_innenakquise haben die Presseabteilung der Stiftung Berliner Mauer und die der Uni Konstanz übernommen. Dadurch hatten wir eine große Reichweite und unterschiedlichste Netzwerke wurden genutzt. In Tageszeitungen, Wurfsendungen, im Teletext, Online-Portalen, in sozialen Medien und auch in Radiosendungen wurden die Zeitzeug\_innen gesucht und gefunden. Die Auswahl erfolgte nach der Maßgabe einer möglichst breiten Abdeckung des Geschlechts, der politischen Orientierung und des Bildungsstands, damit wir möglichst ein Bild der gesamten Gesellschaft abbilden konnten.

**Silke Klewin:** Und sind die Interviews konkret zum Thema geführt worden oder waren es biografische Interviews, die viele Stunden in Anspruch nahmen?

**Stefan Krauss:** Es waren biografische Interviews. Wir haben uns von allen in zwei bis drei Stunden ihr Leben von der Frage, in welche Familie sie hineingeboren wurden, über die Kindheit, Jugend, über die Wendezeit 1989/90 erzählen lassen. Was



Stefan Krauss

ist passiert, was hat sich verändert, alles bis zum heutigen Datum. Mit der Projektgruppe wurde ein Fragebogen entwickelt, der nach dem lebensgeschichtlichen Interview drankam.

**Silke Klewin:** Da möchte ich mal die Frage an Katharina Franke richten. Wie bist du aufmerksam geworden und was hat dich veranlasst, da mitzumachen?

**Katharina Franke:** Mein Mann ist Mitglied in der Berliner Geschichtswerkstatt, so einem Geschichte-von-unten-Projekt in Berlin. Und da lief das über den Mailverteiler. Er las es, gab es mir weiter und sagte, das passt doch genau auf dich, du kommst aus Baden-Württemberg, Jahrgang 1975, melde dich doch da an. Das habe ich tatsächlich, ohne lange nachzudenken, getan, musste so einen kleinen Fragebogen mit biografischen Angaben ausfüllen, Schulbildung, politischen Ansichten, habe es abgeschickt und mir keinen Kopf gemacht, was es bedeutet oder was es für ein Projekt ist. Und ich ging auch davon aus, da melden sich Tausende an und es ist total unwahrscheinlich, dass ich davon noch mal etwas höre. Aber ich dachte, jungen Wissenschaftler\_innen mit Forschungsprojekten, denen muss man helfen. Irgendwann

kam eine Nachricht, dass ich ausgewählt worden sei, und die Frage, ob ich immer noch bereit sei mitzumachen. Dann wurde mir erst klar, worauf ich mich eingeladen hatte.

**Silke Klewin:** Dann hast du ja viel Zeit investiert, und du hast mir im Vorgespräch gesagt, du seist ja als Untersuchungsobjekt hier. Hast du dich tatsächlich verpflichtet gefühlt, die Forschung voranzutreiben, oder wie hast du dich im Verlauf dieser Interviews gefühlt? Was hat es mit dir gemacht, hast du dann ständig auch mit Freund\_innen und Bekannten über das Thema geredet?

**Katharina Franke:** Es hat schon etwas mit mir gemacht. Ich habe mich nicht in dem Sinn als Forschungsobjekt gesehen, aber schon auch, weil das ein Aspekt war. Es war klar, es geht um diese Kunstinstallation, aber es geht auch um Oral History, um historische Forschung, das Material wird archiviert und zugänglich gemacht, damit später Leute damit forschen können. Ich bekam dann einen dicken Bogen mit rechtlichen Dingen, die ich freigeben musste, da wurde mir klar, worauf ich mich einlasse: Was ist, wenn dieses biografische Interview wirklich für immer zugänglich ist und irgendwelche Leute, die Magisterarbeiten schreiben oder promovieren und das beforschen wollen, sich das dann angucken. Da fragt man sich natürlich schon, was mache ich da, was erzähle ich da, was machen die mit dem Material, ist vielleicht auch eine Gefahr dabei? – Also, das hat mich schon im Vorfeld beschäftigt und auch danach immer wieder. Ich habe mir dann diese andere Installation zu den Kriegskindern angeschaut und war total berührt davon, und das hat mich darin bestärkt, es für eine gute Idee zu halten, dass ich da mitmache, und dem auch zu vertrauen. Das war ein Schritt ins Ungewisse, sich da zu öffnen und sein ganzes Leben nachzuerzählen. Ich habe allerdings wenig darüber gesprochen, schon mit meinem Mann, der es ja irgendwie verursacht hatte, aber sonst mit keinem bis vor Kurzem, als diese Veranstaltung näher rückte. Ich habe mir auch das Material ganz lange nicht angeschaut, obwohl ich es bekommen hatte, weil ich Hemmungen hatte, mich damit zu konfrontieren. Das ist auch ein Prozess, der noch andauert.

**Silke Klewin:** Markus, wie war das bei dir? Wie bist du auf das Projekt gestoßen und dachtest: Da mach ich mit?

**Markus Achtélik:** Ich habe es in der Zeitung gelesen und dachte, ja, das bin ich, da kann ich was erzählen. Das habe ich meiner Frau erzählt, die fragte: „Wozu willst du da mitmachen, aber mach halt.“ Für mich war klar, dass ich dabei sein will, weil ich dachte, ich könnte vielleicht etwas weitergeben.

**Silke Klewin:** Mit 14 ins neue Deutschland, du kanntest ein bisschen DDR und hast dich danach auch immer wieder – bis heute – damit befasst. Wie war denn deine Sicht auf die DDR und wie hast du dann den Sturz der Mauer erlebt?

**Markus Achtelik:** Ich bin im Prenzlauer Berg in Ost-Berlin aufgewachsen und habe mich sehr intensiv mit dem Umbruch in der DDR auseinandergesetzt, auch weil es bei uns zu Hause die ganze Zeit Thema war. Wenn man so jung ist, versucht man die Welt zu greifen, Schlüsse zu ziehen, zu verstehen. Das war, glaube ich, bei mir auch sehr intensiv. Ich habe sehr wohl erfahren, was es für Repressalien in der DDR gab, weil ich aus einem Haushalt komme, der eher systemkritisch war und wir immer zusehen mussten, was wir wann wo sagen. In meiner frühen Kindheit habe ich in der Oderberger Straße, direkt gegenüber der Mauer gewohnt, ich hatte also die direkte Konfrontation mit dem System. Ich habe auch die Auseinandersetzung gespürt, die bei meinen Eltern passierte, ihre Ängste und wie sie sich mit dem System arrangieren mussten.

Das war auch der Punkt, warum ich an dem Projekt teilnehmen wollte: Ich wollte sagen, dass wir damals nicht unbedingt dafür gekämpft haben, dass die Mauer umfällt und wir vereinnahmt werden, sondern wir wollten eine Friedliche Revolution. Wir sind zum Neuen Forum in die Gethsemanekirche gegangen und haben so einen Aufbruch gespürt, in Richtung Neugestaltung des Systems, hin zu einem Wandel. Das war die Idee, die ist dann in der Wendezeit zugrundegegangen. Das war eine bewegte Zeit damals und für mich war es eine riesengroße Chance. Ich war in der achten Klasse, ich hatte keinerlei Aussicht auf Abitur, man hatte mir von vornherein gesagt: Du bist abgestempelt, aus dir wird nie mehr was. Ich hätte also einen langen Weg gehabt.

Dann brach auf einmal alles zusammen und es taten sich mir Türen auf. Ich hatte plötzlich Möglichkeiten, die ich vorher nie gehabt hätte. Ich bin direkt auf den Weg in Richtung Abitur gegangen, war für ein Austauschjahr in den USA. Ich habe studiert, konnte alles machen, was man so machen kann, und habe das genutzt. Ich habe die Früchte geerntet, die meine Eltern gesät hatten. Ich empfinde Dankbarkeit für diesen Umbruch. Das wollte ich mitgeben, deshalb fand ich das Projekt gut.

**Silke Klewin:** Katharina, wie war das bei dir, mit 14 ins neue Deutschland? Welche Bilder von der DDR hattest du, erzähl uns doch bitte davon.

**Katharina Franke:** Ich komme ja aus Baden-Württemberg, und zwar aus dem südwestlichsten Teil, also so weit weg von Berlin oder Leipzig, wie man nur sein konnte. Natürlich haben wir 1989/90 alles beobachtet und mitverfolgt, man hat sich damit befasst. Aber es war trotzdem weit weg, es passierte nicht unmittelbar vor unserer Haustür. Und ich hatte auch nicht das Gefühl, dass es mit meinem eigenen Leben unmittelbar etwas zu tun haben würde. Das ist mir dann erst sehr viel später klar geworden, das war so eine Fernsehnachricht wie andere Fernsehnachrichten auch, das war erstaunlich, das war unerhört, das hat auch meine Eltern und mein Umfeld sehr

bewegt. Aber wir hatten zum Beispiel keine Verwandten in Ostdeutschland, wir hatten so eine Päckchenfamilie, an die meine Mutter über die Kirche Pakete schickte und wo sie auch ab und zu hinfuhr. Aber ich hatte keinen persönlichen Bezug dazu. Das war eher so – das hätte auch in den USA passieren können, es hätte mich genauso bewegt, weil eben bewegende Dinge passierten. Wenn ich jetzt zurückblicke, kommt mir das natürlich unfassbar naiv vor, denn inzwischen lebe ich in dem vereinigten Berlin, ich arbeite in Brandenburg, ich bin brandenburgische Landesbeamtin, ich mache den Roten Adler auf irgendwelche Dokumente drauf. Das würde natürlich alles nicht so sein, wenn die Mauer nicht gestürzt worden wäre.

**Silke Klewin:** Stefan, wie sind deine Erfahrungen mit dem Projekt, was hast du gelernt und was für Erkenntnisse habt ihr als Team durch dieses Projekt gewonnen? Hast du auch etwas Neues erfahren?

**Stefan Krauss:** Besonders spannend fand ich erst mal, dass die Zeitzeug\_innen aus Ostdeutschland über die DDR völlig anders gesprochen haben, als wir es gewohnt sind. Sie verorten sich in der Gesellschaft der DDR weder als Opfer noch als Mitläufer\_innen oder etwa als Täter\_innen. Sie waren zu jung, um schon Verantwortung zu tragen, und sprechen deshalb über das Leben in der DDR unverstellt und unabhängig von den üblichen Redeweisen. Die Baden-Württembergischen Zeitzeug\_innen empfanden die DDR nicht als einen Teil Deutschlands, sondern als fremd, feindlich, den eigenen Staat hingegen als mehr oder weniger „perfekt“. In den Interviews wird noch einmal deutlich, wie unterschiedlich die Erfahrungen in Ost und West waren und wie schwierig es für die Menschen aus der früheren DDR war, sich in die neue Gesellschaft hineinzufinden.

**Silke Klewin:** Sarah, 26 Interviews, die auch zur Auswertung anstehen – ihr seid noch in der Sichtungphase. Kannst du erste Befunde mitteilen, die uns über das Einzelinterview hinaus neue Erkenntnisse liefern?

**Dr. Sarah Bornhorst:** Ganz wichtig ist bei diesem Projekt, dass die Westperspektive auf Mauerfall und Transformationszeit mitberücksichtigt wird, aber in Kombination mit der Ostperspektive. Damit werden diese Ungleichzeitigkeiten im Gleichzeitigen deutlich, die unser Land ja immer noch prägen. Wie Stefan schon erwähnte, haben alle ostdeutschen Interviewpartner\_innen einen richtigen Bruch in ihrer Biografie erlebt, entweder zum Positiven, wie Markus es geschildert hat, durch neue Bildungsperspektiven und Wege, die sich öffneten, die sonst verschlossen gewesen wären. Einige schildern aber auch, sie fühlten sich „schwebend“. Eine Zeitzeugin sagte, sie wusste nicht mehr, was gut und böse ist. Oder auch die Erfahrung, dass die Autoritäten wegbrechen, dass man in der Schule auf einmal die Lehrer\_innen nicht mehr wirklich ernstnehmen konnte – auch eine große Verunsicherung, die dann zur



Markus Achtelik

Pubertät noch dazukam, teilweise auch der Verlust der ökonomischen Sicherheit durch die Arbeitslosigkeit der Eltern.

Auf der anderen Seite kann man bei den Interviewten aus dem Westen sagen, wenn man es auf ein Schlagwort bringen will: Im Westen nichts Neues. In Baden-Württemberg ging das Leben weiter, die Interviewten berichten, dass ihre Eltern auf einmal Solidaritätszuschlag zahlen mussten, mehr aber nicht. Interviewte aus West-Berlin berichten etwas mehr davon, die bekamen alles natürlich direkter mit und erzählen davon, dass auf einmal die Stadt voller war. Aber auch hier: Es betrifft sie nicht so, es wirft nichts um in ihrem Leben.

Man könnte und sollte noch andere Perspektiven berücksichtigen, zum Beispiel von Menschen mit Migrationshintergrund, von Menschen, die als Ausländer\_innen gelesen werden, die berichten sehr oft davon, dass die Zeit in Berlin nach 1989 für sie mit massiv wachsendem Rassismus verbunden war. Das wäre eine weitere Perspektive, aber hier, bei den im Rahmen von „Generation 1975“ Interviewten ist die Erkenntnis: Im Westen nichts Neues. Und das zusammen zu sehen und zu erkennen, das sind die Erfahrungen, die diese Generation gemacht hat, und jetzt leben wir in

einem Land zusammen und haben diese ganz unterschiedlichen Erfahrungshintergründe, das ist ganz wichtig.

Was noch herauskam bei der Sicht vom Westen auf den Osten: Der Osten wird teilweise als etwas diffuses Dunkles beschrieben, das man nicht so genau benennen kann in dieser kindlichen Perspektive. Er ist häufig etwas Düsteres, wo Schreckliches passiert und was man sich nicht wirklich vorstellen kann. Das bedeutet dann wiederum aus der Perspektive der ostdeutschen Interviewpartner\_innen, dass sie, als sie mit dem Westen in Kontakt kamen, ganz vielen Vorurteilen begegneten. Im Interview berichtet ein Ost-Berliner von einem Schüler\_innenaustausch mit einer westdeutschen Schule. Er sagt, da hätten sich die Eltern darüber informiert, ob die Kinder aus Ost-Berlin auch mit Messer und Gabel essen können. Das sind so Vorurteile, mit denen diese Jugendlichen dann auch umgehen mussten, das sind auch Erfahrungswelten.

**Silke Klewin:** Zum Thema Vorurteile Ossi – Wessi, was du gerade angeschnitten hast: Ich finde es zwar unzeitgemäß, aber wir alle sind damit konfrontiert. Diese Gräben, könnt ihr euch erinnern, waren die vorher schon da oder sind die konstruiert und wir haben sie übernommen? Oder Katharina, als was zählst du dich jetzt, wenn du schon länger in Brandenburg arbeitest und in Berlin lebst – als Wessi oder Ossi? Ist man Wessi per Geburtsort?

**Katharina Franke:** Es ist vielleicht nicht der Geburtsort, aber wo man aufgewachsen ist, prägt einen schon. Das wird man nicht los, und das ist auch nicht schlimm. Das ist eben so. Ja, ich werde von meinen Kolleg\_innen in Brandenburg als Wessi gelesen, da kann und will ich auch gar nichts dagegen tun. Aber genauso werde ich von Norddeutschen als Süddeutsche gelesen, das ist eben auch so. Das ist normal, ich finde, damit kann man auch normal umgehen, das muss nichts Schlechtes sein. Thema Vorurteile, das ist noch mal was anderes, ob es eine Abwertung beinhaltet oder ob es einfach nur etwas ist, das ich zur Kenntnis nehme: Ah, du kommst aus dem Westen? Ja, da komm ich her.

**Silke Klewin:** 1991 oder 1992 war das Wort des Jahres „Besserwessi“, was meint, dass die Wessis den unbedarften Ossis erklären, wie es geht. Das ist etwas, das wir zum Glück überwunden haben, Fragezeichen?

**Katharina Franke:** Das gab es natürlich. Gerade in der Verwaltung, in der ich jetzt auch arbeite, gab es natürlich diese Westimporte, die gibt es heute noch, ich bin ja auch einer in gewisser Weise. Aber ich habe auch Kolleg\_innen, die wirklich in den 1990ern von Westfalen nach Brandenburg gekommen sind, um da Sachen aufzubauen, und die dann dageblieben sind. Das hat sein Gutes und sein Schlechtes. Es war sicher eine Reaktion auf die Dinge, wie sie da eben waren. Es kamen Leute aus

dem Westen und wussten, wie die Dinge funktionieren oder wie sie jetzt funktionieren sollten, und haben mit ihrem Wissen nicht hinterm Berg gehalten. Da gab es sicher eine Menge an interkultureller Kommunikation, die schiefgelaufen ist. Das trifft schon einen wahren Kern, auch wenn das von den Wessis vielleicht nicht unbedingt überheblich oder degradierend gemeint war. Aber es kam so rüber, das haben die Wessis damals vielfach nicht wahrgenommen oder es wurde nicht adressiert. Das ist sicher etwas, das heute auch noch vielfach mitschwingt, damit habe ich schon auch noch zu tun. Umso wichtiger finde ich es, dass wir ins Gespräch kommen.

**Silke Klewin:** Markus, wie ist deine Sicht auf die Dinge, was Ossi, Wessis und Besserwessi angeht?

**Markus Achtelik:** Da könnte ich jetzt lange drüber reden. Also, in meinem Alltag spielt es keine Rolle mehr, aber das liegt vielleicht auch an der speziellen Situation in Berlin. Ich habe sehr viele Freund\_innen in Ost und West, insofern bin ich „allgemein“ geprägt. Ich habe natürlich diese Geburt in Pankow und diese Zeit in der DDR, aber für das Heute und Jetzt spielt das keine Rolle. Das mit den Besserwessis kommt ja aus der Zeit unmittelbar nach der Wende, als die DDR von der Bundesrepublik übernommen und nicht die Chance ergriffen wurde, eine gemeinsame, einheitliche Verfassung zu entwerfen, beide Systeme zusammenzubringen und das Ganze als gemeinsamen Aufbruch zu gestalten. Ich will es gar nicht schlecht reden, ich denke, dass Helmut Kohl und die damalige Regierung genau das Richtige getan haben, weil der Zeitkorridor nur kurz offen war. Die haben nicht die Zeit gehabt, die sie in der Bundesrepublik gebraucht hätten, um so ein Referendum, so ein Mammutwerk wirklich nach vorn zu bringen. Die hätten sich wahrscheinlich fünf bis zehn Jahre totdiskutiert und dann wäre der Vorhang längst wieder gefallen gewesen. Insofern glaube ich, für den Moment haben die genau richtig regiert.

Aber jetzt kommt natürlich dieser Teil, diese Importe. Die gesamte Industrie, die gesamte Wirtschaft, Ministerien – alles wurde einfach abgeräumt. Ich kann das sagen, denn meine Eltern waren davon betroffen. Egal, wo man stand, ob links, rechts oder sonst wo, ob man kritisch war oder nicht – weg! Und das ist der Teil, der dieser älteren Generation – der meiner Eltern – immer noch sauer aufstößt. Dass sie nicht verstanden worden sind, sie in ihren Biografien nicht ernst genommen worden sind. Sondern nur eines zählte: Wir müssen jetzt unser System hier implementieren, das muss hier genauso funktionieren, wie es in der Bundesrepublik funktioniert, und dafür müssen wir jetzt unsere Leute hier an den Start bringen. Und wer da sonst noch ist, das interessiert uns nicht, die müssen wir auch nicht mitnehmen, denen sagen wir einfach, wie es geht, und dann ist gut. Das ist das, was ich unter dem Begriff „Besserwessi“ verstehe. Das ist vielleicht auch die Kritik insgesamt, dass man diesen



Dr. Sarah Bornhorst

gemeinsamen Aufbruch nicht anders gestaltet hat. Aber es war eine schwierige Situation, das Zeitfenster war kurz, man musste sich damit arrangieren, es ist so gelaufen, für mich heute spielt Ossi – Wessi keine Rolle mehr.

Eine kurze Anekdote noch am Schluss. Meine Frau ist West-Berlinerin, die arbeitet im Prenzlauer Berg in einer Schule. Kürzlich saß sie mit einer Kollegin zusammen, um einen Schüler\_innenausflug zu besprechen. Und sie sagte so: „Da machen wir den Ausflug an den Wannsee und gehen an die üblichen Stellen“, und ihre Kollegin fragte: „Was für übliche Stellen, und woher kennst du das alles so gut?“ Und sie sagte: „Na, da bin ich doch als Kind immer gewesen, an der Kiesgrube und da in der Gegend.“ Da sah die Kollegin sie so an und sagte: „Wieso als Kind, du bist doch so nett! Bist du aus dem Westen?“ Ich finde, das illustriert eigentlich ganz gut, dass bei manchen Leuten noch solche komischen Verknüpfungen im Kopf sind, die völlig aus der Luft gegriffen und totaler Quatsch sind. Die Herkunft hat einfach überhaupt nichts damit zu tun, wie man ist. Und wenn man es mal genau überprüft, dann sieht man, ach guck, ist ja gar nicht so schlimm. Deswegen ist Austausch, wie ihn ja auch das Projekt anregt, das Non-plus-Ultra. Dass wir ins Gespräch kommen, finde ich total gut, dann kann das vielleicht irgendwann mal zusammenwachsen. Und für meine Kinder ist das sicher auch kein Thema mehr.

**Silke Klewin:** Danke sehr! Sarah, siehst du das auch so? Hat das Projekt Potenzial, nicht nur die Aufarbeitungslandschaft zu verändern, sondern sich vielleicht sogar positiv auf das Zusammenwachsen und den Abbau der Unzufriedenheit in Ostdeutschland auszuwirken? Es wäre ein recht großes Ziel ...

**Dr. Sarah Bornhorst:** Ich glaube, für ein Projekt ist das tatsächlich zu groß. Aber auf jeden Fall trägt es dazu bei, die Aufarbeitungslandschaft zu verändern, wenn verstärkt solche Projekte initiiert werden. Vielleicht kann ich einen Punkt anfügen. Bevor die Ausstellung in Marienfelde eröffnet wurde, haben wir am 9. November 2019, am 30. Jahrestag des Mauerfalls, vier Zeitzeug\_innen-Podien bei uns veranstaltet, da ging es um Perspektiven, die bisher in so einem großen, offiziellen Gedenkraum nicht vorkamen. In einem Podium ging es um die Ausreisebewegung in den 1980ern als ganz wichtiger Faktor zur Destabilisierung des SED-Regimes, was durchaus auch bereits Raum gefunden hat. Ein zweites Podium hatten wir zum Thema „Generation 1975“, wo zwei der Beteiligten vor Ort in der Gedenkstätte gesprochen haben und wo nachher von der Zeitzeugin aus Ost-Berlin der Hinweis kam, dass es ganz wichtig für sie war, in so einem Rahmen auch mal gefragt zu werden. In einem Podium in Kooperation mit dem feministischen Archiv FFBIZ und dem Spinnboden Lesbenarchiv und Bibliothek ging es um die lesbisch-feministische Opposition in Ost-Berlin. Und eins in Kooperation mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V. beschäftigte sich mit den Erfahrungen türkeistämmiger West-Berliner\_innen nach 1989, die den Mauerfall und die Zeit danach als eine bedrohliche Zäsur wahrnahmen, weil der Rassismus ganz massiv zunahm.

Alle diese Perspektiven und Erfahrungen, die existieren ja. Es ist nur die Frage, in welchem Rahmen sie vorkommen, diskutiert werden und museal präsentiert werden. Da haben wir in der etablierten Aufarbeitungslandschaft noch Nachholbedarf. Und da ist dieses Projekt, diese Ausstellung, auch die ganzen Auswertungen, die damit einhergehen, das Bildungsprogramm, das daraus entwickelt wird, dies alles ist ganz wichtig, um das auch zu verändern und im Großen und Ganzen ein Stück dazu beizutragen, dass sich mehr Menschen gehört fühlen und – so verstehe ich auch Zeitzeug\_innenarbeit – man Menschen Gehör verschafft. Dass ihre Erfahrungen ernst genommen und dargestellt werden, dazu trägt das Projekt definitiv bei.

**Silke Klewin:** Stefan, wie geht es denn weiter, es liegen hier schon solche kleinen Flyer, es gibt ein Nachfolgeprojekt?

**Stefan Krauss:** Ja genau, in dem neuen Interviewprojekt „Generation Mauerbau“ befragen wir – 60 Jahre nach dem Mauerbau – Zeitzeug\_innen aus Baden-Württemberg, Sachsen und Ost- und West-Berlin, die 1961 geboren wurden, zu ihren Krisenerfahrungen und Bewältigungsstrategien. Auch in dem zweiten Generationenpro-

jekt sollen möglichst unterschiedliche Perspektiven auf die DDR, die BRD und das wiedervereinigte Deutschland zu Wort kommen. Die Interviewpartner\_innen der „Generation Mauerbau“ sind mit der Teilung als politischer Realität aufgewachsen. Darüber hinaus interessiert uns hier auch besonders, wie die Interviewpartner\_innen mit den unvorhergesehenen pandemiebedingten Veränderungen 2020 und 2021 umgegangen sind und welche Ressourcen sie aktiviert haben. Wie hat sich das eigene Leben durch die Corona-Situation verändert? Wie haben sie die Corona-Krise erlebt, wie nehmen sie die weiteren Krisen der Gegenwart (z. B. Klima, Demokratie) wahr? Welche Bewältigungsstrategien haben sie in einem nunmehr 60-jährigen Leben entwickelt, um mit gesellschaftlichen Krisen umzugehen.

**Dr. Sarah Bornhorst:** Ich möchte noch kurz darauf eingehen, was mit dem Material der „Generation 1975“ passiert. Es wird für Schulunterricht ausprobiert, wie Lehrer\_innen mit diesem Material arbeiten, dazu gibt eine umfassende Studie von der Deutschen Forschungsgesellschaft, gefördert von der Uni Konstanz, die das evaluiert. Das Material ist also nicht nur einfach archiviert und teilweise als Ausstellung zu sehen, sondern man kann damit arbeiten, man kann individuell beim Archiv des Deutschen Gedächtnisses forschen, es ist bei uns Teil der Bestände der Stiftung Berliner Mauer, auch wir können damit arbeiten. Es ist ganz wichtig, dass es weiter verwendet und genutzt werden kann.

**Silke Klewin:** Jetzt gibt es für alle Podiumsteilnehmer\_innen noch jeweils einen einzigen Satz für die Abschlussrunde zu sagen, danach öffnen wir die Runde für Ihre Fragen. Und zwar bitte ich jeden um ein Statement: Was wünscht ihr euch für die Zukunft unserer Erinnerungskultur?

**Stefan Krauss:** Ich wünsche mir frische, moderne und ästhetische Präsentationen der Erinnerungen.

**Dr. Sarah Bornhorst:** Ich wünsche mir auf jeden Fall eine Perspektiverweiterung für die Erinnerungskultur und auch eine Erweiterung der Formate um solche künstlerischen Darstellungen.

**Katharina Franke:** Ich wünsche mir grundsätzlich, dass wir neugierig sind auf andere Menschen, auf das, was sie erlebt haben, und dass wir versuchen, einander vorurteilsfrei zuzuhören. Ich glaube, da können wir sehr viel lernen und erfahren. Das sollten wir viel öfter tun.

**Markus Achtelik:** Das kann ich nicht beantworten. Ich finde, Austausch und gegenseitiges Interesse ist das Beste, wie es hier in diesem Projekt gemacht worden ist – ich habe es mir natürlich angeschaut. Das finde ich toll. Ich bin sehr dankbar, dass ihr das gemacht habt.



Silke Klewin

## Diskussion

**Silke Klewin:** Jetzt sind Sie dran, ich sammle Ihre Fragen und Wünsche.

**Jochen Stern aus dem Publikum:** Was aus Baden-Württemberg in Hinblick auf die Wiedervereinigung gesagt wurde, war zu erwarten. Dieses mangelnde Interesse habe ich auch erlebt. Ich war ja länger in Stuttgart engagiert. Da hieß es öfter: Was haben wir denn damit zu tun? Das war die Grundlage. Aber meine Frage: Die Kinder des Jahrgangs 1975 waren ja Anfang und Mitte der 1980er im Kindesalter und wurden dann in der Pubertät mit 14, 15 Jahren mit der Wiedervereinigung verhandelt. Im jeweiligen Elternhaus und dessen Umfeld haben sie ja sicher gemerkt, was die DDR-Geisteshaltung war. Jetzt kam plötzlich die Wende. Ich hatte in Frankfurt an der Oder über längere Zeit eine Zweitwohnung und habe dort auch kennenlernen dürfen, wie man in Ostland weiterhin gedacht hat. Und da stellte sich heraus, dass viele Jugendliche völlig irritiert waren, weil sie vorher die Geisteshaltung der DDR kennengelernt hatten und plötzlich etwas kam, das mit Freiheit zu tun hatte. Und dieselben Eltern und Lehrer, die vorher ganz anders dachten, kamen nun in die Zwick-

mühle. Ist das in der Untersuchung berücksichtigt worden, wie dann dieser Wandel sich auf das Verhältnis der Generationen auswirkte?

**Dr. Sarah Bornhorst:** Das kommt natürlich vor in den Interviews. Wie gesagt, das muss noch ausführlich ausgewertet werden, aber es ist durchaus eine Erfahrung, die die Interviewten gemacht haben, diese komplette Erschütterung im Umgang mit Autoritäten. Die haben erlebt, erst sagen sie das, jetzt sagen sie auf einmal das, wie soll ich sie denn noch ernst nehmen, was stimmt denn jetzt eigentlich? Das ist ja gerade eine Altersklasse, wo man so etwas natürlich auch schon bemerkt. Wenn man damals Achtjährige interviewt hätte, die hätten natürlich auch diese Erfahrung gemacht, aber die hätten das vielleicht noch nicht so einordnen können. Aber das ist ein ganz wichtiger Punkt, der auch genannt wird.

**Frage aus dem Publikum:** Ich bin sehr viel gereist, 2015 war ich in New York. In den USA und Kanada gibt es sieben Goethe-Institute. Ich kann Ihnen nur eins sagen: Wir sollten unsere Erinnerungskultur in die Goethe-Institute einführen, weil es einfach nicht angehen kann, dass jedes Institut abgesehen von der Sprachförderung für Deutsch zu diesem Thema nichts macht. Viele Jahre lang wurden manchmal politische Häftlinge eingeladen, im Ausland zu sprechen. Und ich darf Ihnen sagen: Bei meinen vielen Reisen bin ich auf größtes Interesse gestoßen, zum Beispiel in Ägypten, die überhaupt keine Ahnung hatten, was hier los war.

**Silke Klewin:** Danke!

**Frage aus dem Publikum:** Wenn ich zehn Zeitzeug\_innen für ein solches Projekt suchen würde, dann würde sicherlich ein ganz anderer Film herauskommen.

**Frage aus dem Publikum:** Aufwachsen mit unterschiedlichen Werte- und Demokratievorstellungen, inwieweit seid ihr heute identisch? Die Frage geht an Frau Franke und Herrn Achtélik. Müsst ihr immer noch arbeiten? Habt ihr die gleichen Wertvorstellungen vom Leben? Die gleichen Demokratievorstellungen?

**Markus Achtélik:** Das ist jetzt eine extrem schwierige Frage. Wie soll ich die beantworten? Ich glaube, wir haben eine recht ähnliche Ausbildung, wir arbeiten auch beide, aber sonst ...

**Silke Klewin:** Wir arbeiten alle, die wir hier auf dem Podium sitzen.

**Katharina Franke:** Zu den Demokratievorstellungen: Wir mussten uns ja outen, wo wir politisch stehen, um an dem Projekt teilnehmen zu können, denn es sollte ja möglichst repräsentativ sein mit verschiedenen Bildungsabschlüssen, verschiedener politischer Ausrichtung und so weiter. Dann wurde es so ausgewählt, dass ein möglichst großes Spektrum entstand. Ich würde mal vermuten, ohne es zu wissen, dass die Kategorien von Markus und mir sich nicht so stark unterscheiden, abgesehen von der Ost-West-Thematik.

**Frage aus dem Publikum:** Haben Sie auch die linke Klasse der Bundesrepublik mal interviewt? Es gibt in Baden-Württemberg einen ehemaligen DKP-Funktionär, der zu Grün gewandert ist, soll das unsere Zukunft werden?

**Dr. Sarah Bornhorst:** Die Frage zur politischen Haltung hieß: Wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, wen würden Sie wählen. Da haben wir welche dabei, die angaben, sie würden Die Linke wählen, aber auch welche, die sagten, sie würden die AfD wählen. Wir wollten ein breites Spektrum. Wir haben welche, die FDP wählen würden, die CDU, die Grünen, die SPD wählen, es ging wirklich darum, das nicht einzuengen.

**Stefan Krauss:** Und wir haben hier für Sie als Publikum nur einen Ausschnitt von fünf Minuten Länge gezeigt von einem Film, der nicht als Film gedacht ist. Man muss versuchen, es sich als Videoinstallation vorzustellen.

**Frage aus dem Publikum:** Ich habe eine Frage zur Verwertung des umfangreichen Materials. Wenn ich das richtig gerechnet habe, sind das etwa 100 Stunden Interviewmaterial. In welcher Form, nach welchen Kriterien ist dieses Material jetzt für die Ausstellung verwertet worden, oder wird daraus auch nochmal ein Film, den man eventuell im Fernsehen gerafft sehen kann?

**Stefan Krauss:** Das Gute an diesem Projekt ist, dass wir drei Projektpartner hatten, die jeweils Interesse hatten, das Material zu verwerten. Und alle drei haben ihr Ziel erreicht. Wir als Videokünstlerin und -künstler wollten aus diesem Material unsere Sicht dieser Ost-West-Perspektive erzählen. Natürlich würde – wie der Herr vorhin meinte – ein anderer Film herauskommen, wenn jemand anders ihn machen würde, das ist ja klar. Aber für uns, die dritte, vierte Generation nach dem Zweiten Weltkrieg, ist es unsere Perspektive, unsere Lösung, unsere Annäherung für die junge Generation. Unser Ziel war diese Videoinstallation, die Stiftung Berliner Mauer hat beispielsweise ein Bildungsangebot, in dem Schulklassen mit dem Material arbeiten dürfen.

**Dr. Sarah Bornhorst:** Genau. Dafür wird es verwendet, es gibt ein Modul in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, wo intensiv mit dem Material gearbeitet wird. Am Lehrstuhl von Christiane Bertram wurde bereits eine Masterarbeit über das Thema Vorurteile Ost gegenüber West und umgekehrt geschrieben, es sind ja durchaus beidseitige Vorurteile, dafür wurde dieses umfangreiche Material ausgewertet, also diese 26 Interviews. Es steht im Archiv Deutsches Gedächtnis zur Verfügung, es kann auch dort von der Forschung eingesehen und ausgewertet werden. Bei uns steht es auch zur Verfügung, ist archiviert und verschlagwortet. Das heißt, wenn die Anfrage kommt: „Wir suchen jemanden, der den Mauerfall in Brandenburg aus einer jugendlichen Perspektive erlebt hat“, dann können wir Kontakt ver-

mitteln oder das Material zur Verfügung stellen. Es ist sehr detailliert geklärt, was man mit dem Material machen kann, und dafür steht es auch zur Verfügung. Es kann in weitere Ausstellungen einfließen, aber die Archivierung ist natürlich auch eine wichtige Nutzung, es geht ja auch immer darum, diese Erfahrungen, Erlebnisse und Berichte zugänglich zu bewahren. Bei uns ist es komplett erschlossen, wir haben eine Archivdatenbank, damit ist es nutzbar.

**Silke Klewin:** Ich danke Ihnen allen für Ihr Interesse!

## KONZERT

Konzert mit Wolf Biermann am Abend des ersten Veranstaltungstages im Zentralkorridor der ehemaligen Haftanstalt Bautzen II, heute Gedenkstätte Bautzen





Ökumenische Andacht

## ANDACHT

### Pfarrer Christian Tiede

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gemeinde in dieser Gedenkandacht, an den Füßen der Himmelsleiter legt Jakob sich zur Ruhe.<sup>1</sup> Aber nichts deutet auf einen heiligen Ort, als er hierher kommt im Dunkel der Nacht. Jakob ist auf der Flucht vor seiner Vergangenheit, der Streit mit seinem Bruder Esau und der trickreich erschlichene Segen des Vaters sitzen ihm in den Fersen. Vor ihm liegt eine ungewisse Zukunft, die Nacht wird unruhig sein. Einen Stein nimmt sich Jakob und legt ihn neben seinen Kopf. Einen anderen Schutz hat er nicht auf dem Wüstenboden. Und dann schläft er ein.

Im Traum sieht Jakob die Leiter, auf der Engel hinauf- und heruntersteigen. Gott selbst spricht zu ihm im Traum. Und als Jakob erwacht, ist dieser Ort für immer ein

anderer. Im Unbehausten hat sich das Haus Gottes offenbart, im Ortlosen zeigt sich ein heiliger Ort. Und der Stein, eben noch anstößiges Zeichen der elenden Heimatlosigkeit, wird zum Denkstein und zum Hoffungsstein. Ein unbehauener, grober Stein wird zur Schnittstelle zwischen gebrochener Herkunft, Gegenwart (deren Ort ist ja noch immer Jakobs Wüste) und der Zukunft, die sich erst noch erweisen soll. Ein unbehauener, grober Stein, anstößig im wahrsten Sinne des Wortes.

An dieser Schnittstelle liegt Bethel, das Haus Gottes und ein Tor zum Himmel.

Heute sind wir auf dem Karnickelberg. Seit ein paar Jahren ist dieser Ort als Friedhof gestaltet, steht hier eine Kapelle, die dem Andenken und dem Erinnern gewidmet ist – an die Toten, die hier in den Jahren nach dem Krieg verscharrt wurden. Gleich im Anschluss werden wir über die Wiese zum Gedenkstein gehen.

Jahrelang sollte nichts an die Menschen erinnern, deren Zukunft an diesem Ort begraben liegt.

Jahrelang war hier ein Nicht-Ort, vergessen am Rande der Stadt. Kaum jemand wusste um dessen Vergangenheit, die Allerwenigsten hatten in ihrem Erinnern (oder in ihrer Gegenwart) eine Verbindung hierher. Erst die Errichtung der Kapelle und des Gedenksteins hat das Erinnern wieder in das Bewusstsein der Stadt gebracht, hat diesem Ort wieder eine Gegenwart gegeben, die eingebunden ist in die Vergangenheit und die Zukunft der Stadt Bautzen. Und dann: Erst die Errichtung der Gedenkstätte lässt das Anstößige wieder spüren, das sich mit diesem Ort – und ja: mit dem Namen unserer Stadt – seither verbindet.

Aber nichts anderes ist ja auch Bethel. Zwar errichtet Jakob nur das, was ohnehin da ist, nur einen unbehauenen Stein. Doch der ist spürbar anstößig. Man kann gar nicht anders, als sich an ihm zu stoßen. Aber nicht aus Unaufmerksamkeit oder Gedankenlosigkeit, sondern ganz im Gegenteil: Dieser Ort schärft fortan die Sinne. Hier konzentriert sich alles. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft treffen aufeinander, weil die Vergangenheit herausgehoben ist und anstößig bleibt. Weil Jakob sich spätestens hier seiner Vergangenheit nicht mehr entziehen kann. An diesem Ort eröffnet sich Zukunft.

Wer hierher auf den Karnickelberg kommt oder wer in die Gedenkstätte von Bautzen II geht, wird sich dem Anstößigen nicht entziehen können. Beides sind Orte, die sich nicht einfach in der Zukunft verlieren. Oder nicht verlieren dürfen. Weil die Fragen bleiben, die sie an die Vergangenheit stellen. Und die Fragen stellen sich immer wieder neu, nicht nur, aber ganz besonders aus der Perspektive derjenigen, die sich diesen Orten nähern. Das sind zuallererst Fragen an die Vergangenheit. Das sind aber auch Fragen an die jeweils eigene Gegenwart. Das sind Fragen nach den Menschen, deren wir hier und dort gedenken. Nach ihren Biografien, nach Lebens-

entscheidungen, nach den Zeitläuften, denen sie unterworfen waren. Das sind Fragen nach der Menschlichkeit, die zu oft abhanden gekommen ist an diesem Ort. Das sind Fragen an eine Vergangenheit, die in mehrfacher Hinsicht gebrochen war. Das sind Fragen, die anstößig bleiben. Aber wenn es gut geht (und das muss ja der Anspruch sein), stoßen die Antworten auf die Fragen Zukunft an.

Nichts anderes war es mit dem Gedenkstein, den Jakob errichtet hat. Der Fuß der Himmelsleiter lag genau dort, wo Jakob ermattet einschlieft auf seiner Flucht. Ausgesetzt den Finsternissen der Nacht, und der Stein als hilfloser Schutz. Aber der Stein wird für alle Zeit zum Anstoß im doppelten Sinn: Jakob kann seiner Vergangenheit eben nicht entfliehen. Und genau an diesem Ort eröffnet Gott neue Zukunft.

Amen

1) Zuvor wurde aus dem Alten Testament 1. Mose 28, 10–19 gelesen.

## Referent\_innen des 32. Bautzen-Forums

Markus Achtélik, Zeitzeuge „Generation 1975“

Dr. Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Wolf Biermann, Dichter und Liedermacher

Dr. Jessica Bock, Historikerin, Autorin des Buches „Frauenbewegung in Ostdeutschland. Aufbruch, Revolte und Transformation in Leipzig 1980–2000“

Dr. Robert Böhmer, Finanzbürgermeister der Stadt Bautzen

Dr. Sarah Bornhorst, Stiftung Berliner Mauer, Zeitzeugenarbeit/Oral History

Prof. Dr. Peter Brandt, Historiker, Berlin

Prof. Dr. Rainer Eckert, Historiker und Autor, Berlin

Matthias Eisel, Leiter Landesbüro Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipzig

Claudia Euen, Journalistin und Filmemacherin, Leipzig

Katharina Franke, Zeitzeugin „Generation 1975“

Anne Hähnig, Redakteurin, Leiterin Redaktion DIE ZEIT im Osten

Pia Heine, Historikerin, Leipzig

Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

Hanka Kliese, Mitglied des Sächsischen Landtags, SPD-Fraktion

Stefan Krauss, Fotograf, Kameramann, KRRO Film, Berlin

Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e. V.

**Markus Meckel**, Theologe, 1989 Mitbegründer der SDP in der DDR, letzter Außenminister der DDR

**Walter Momper**, 1989 bis 1991 Regierender Bürgermeister von (West-) Berlin

**Peter Wensierski**, Autor, Dokumentarfilmer und Journalist, u. a. DER SPIEGEL

**Petra Morawe**, ehemalige Bürgerrechtlerin, Mitgründerin des Neuen Forums

**Prof. Dr. Hermann Wentker**, Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte München, Berlin

## **Bautzen-Foren im Überblick**

(Die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber über [www.fes.de](http://www.fes.de) als pdf-Dateien heruntergeladen werden.)

Nr. 1 / Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990

Nr. 2 / Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991

Nr. 3 / Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992

Nr. 4 / Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993

Nr. 5 / Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994

Nr. 6 / Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995

Nr. 7 / Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996

Nr. 8 / Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997

Nr. 9 / Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998

Nr. 10 / Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999

Nr. 11 / Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000

Nr. 12 / Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR.  
Leipzig 2001

Nr. 13 / Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002

Nr. 14 / Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003

Nr. 15 / Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR.  
Leipzig 2004

Nr. 16 / Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur.  
Leipzig 2005

Nr. 17 / Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen  
Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006

Nr. 18 / Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und  
Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007

Nr. 19 / Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur.  
Leipzig 2008

Nr. 20 / Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung.  
Leipzig 2009

Nr. 21 / Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht.  
Leipzig 2010

Nr. 22 / 50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem „antifaschistischen Schutzwall“.  
Leipzig 2011

Nr. 23 / Ein ganz normaler Staat? Legendenbildung und Verharmlosung in der  
Rückschau auf die DDR. Leipzig 2012

Nr. 24 / Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der  
kommunistischen Diktatur. Leipzig 2013

Nr. 25 / Aufbruch zur Freiheit. Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und Osteuropa.  
Leipzig 2014

Nr. 26 / Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im  
vereinten Deutschland. Leipzig 2015

Nr. 27 / Macht und Gewalt. Zum Herrschaftssystem der SBZ/DDR. Leipzig 2016

Nr. 28 / Jung sein in der DDR. Leipzig 2017

Nr. 29 / „Überholen ohne einzuholen“ – Wirtschaft, Arbeit und Soziales in der SBZ/DDR.  
Leipzig 2018

Nr. 30 / Wie erinnern? Zum Umgang mit dem SED-Unrecht 30 Jahre nach der  
Friedlichen Revolution. Leipzig 2019

Nr. 31 / „30 Jahre deutsche Einheit und das Erbe der DDR-Diktatur“. Leipzig 2020

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Landesbüro Sachsen  
Burgstraße 25  
04109 Leipzig  
sachsen@fes.de

Redaktion Ines Eifler, Görlitz  
Matthias Eisel, Leipzig (verantwort.)  
Gestaltung Thomas Glöß, Leipzig  
Fotos Gaby Waldek, Leipzig  
Druck Druckerei Friedrich Pöge, Leipzig

ISBN 978-3-98628-038-3

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.



Der Schauspieler Jochen Stern, langjähriges Mitglied des Bautzen-Komitees, wurde an diesem Tag 93 Jahre alt.